
LANDTAGSWAHL PROGRAMM 2016

Sachsen-Anhalt



WAHLPROGRAMM

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt

Landtagswahl 2016

korrigierte Fassung, Stand 08.02.2016

Inhaltsverzeichnis

	Präambel	1
Kapitel 1	Umwelt und Tiere schützen – Erneuerbare nützen	4
	a) Umwelt, Klima und Tiere schützen	5
	b) Wir wollen 100 Prozent Erneuerbare Energien	16
Kapitel 2	Klasse statt Masse in der Landwirtschaft	23
Kapitel 3	Mit Bildung in die Zukunft	30
Kapitel 4	Ankommen in Sachsen-Anhalt	43
Kapitel 5	Für ein junges Sachsen-Anhalt	48
Kapitel 6	Mit grünem Wirtschaften zu besserer Lebensqualität	54
Kapitel 7	Für eine nachhaltige Finanzpolitik in Sachsen-Anhalt	62
Kapitel 8	Für ein mobiles Sachsen-Anhalt	66
Kapitel 9	Für echte Gleichstellung in Sachsen-Anhalt	73
Kapitel 10	Für ein Soziales Sachsen-Anhalt	82
Kapitel 11	Sachsen-Anhalt gesund und munter	89
Kapitel 12	Verbraucherschutz ermöglicht Selbstbestimmung	95
Kapitel 13	Für ein kulturell vielfältiges Sachsen-Anhalt	99
Kapitel 14	Ökologisch bauen, gesund wohnen, Städte und Gemeinden nachhaltig entwickeln	104
Kapitel 15	Für freies Netz und unabhängige Medien	107
Kapitel 16	Für einen demokratischen und verlässlichen Rechtsstaat eintreten	112
	Stichwortverzeichnis	124
	Impressum	126

Liebe Wählerin,
lieber Wähler,

wenn Sie an Sachsen-Anhalt denken, denken Sie vielleicht an die Elbauen, die guten Böden in der Börde, Bauhaus, Burgen und Schlösser im Saaletal, Waldhänge im Harz. Vielleicht denken Sie auch daran, dass das Land Vorreiter ist bei den Erneuerbaren Energien, dass Industrie und die exzellenten Hochschulen im globalen Wettbewerb gut dastehen.

Bewahrer dieser Schätze sind Sie, die Menschen,
die in Sachsen-Anhalt leben.

Sie denken aber vielleicht auch daran, dass im Land längst nicht alle die Chancen und den Respekt bekommen, die sie verdienen. Dass die große Koalition Probleme aussitzt, sich durchwurstelt und mit Kürzungen das Land spaltet. Für CDU und SPD ist die kurzfristige Bilanz wichtiger als gute Bildung für unsere Kinder.

Lebensfreude und Schaffenskraft: So sind wir in Sachsen-Anhalt

Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sind der frische Wind. Unser Sachsen-Anhalt ist ein Land, in dem alle Menschen ihre Schätze und Stärken nutzen und gemeinsam ihre Zukunft gestalten.

Lebensfreude ist unser Antrieb, Schaffenskraft unser Treibstoff und eine bessere Zukunft unser Ziel. Die beginnt mit guter Bildung. Gute Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas sollten ebenso selbstverständlich sein, wie ein gesundes Mittagessen für alle Kinder. Schulen brauchen ausreichend Personal, damit kein Unterricht ausfällt. Kinder sollen gemeinsam lernen und sich individuell entwickeln können. Mitbestimmung vor Ort ist dabei ein zentraler Punkt. Deshalb muss in den Orten gemeinsam entschieden werden, ob eine Grundschule erhalten bleibt und wie der Unterricht organisiert wird.

Die Hochschulen in Sachsen-Anhalt ziehen kluge junge Menschen an. Das macht Universitäten und Fachhochschulen zu einem unbezahlbaren Innovationsmotor für die Zukunft. Damit das so bleibt, brauchen sie ausreichende Finanzierung und vor allem genug und exzellent ausgebildetes Personal.

Politik sind alle – mitmachen und mitgestalten

Unsere Politik ist eine, die Gemeinsinn stiftet. Die Ihnen und Ihren Kindern Erfolgchancen bietet und sich für mehr Gerechtigkeit stark macht. Eine Politik, die den Menschen auch dann zuhört und ihnen mit Respekt begegnet, wenn sie anders denken als die Landesregierung. Heute, morgen und übermorgen.

Mit uns wird Sachsen-Anhalt zu einem Land, in dem Mitmachen im Mittelpunkt steht. Kinder sollten in der Kita über ihren Alltag mitbestimmen können. Schülerinnen und Schüler, Studierende und Eltern brauchen mehr Mitspracherechte. Ausländerinnen und Ausländer, die länger bei uns leben, sollten wählen dürfen. Bei Planungsentscheidungen müssen Bürgerinnen und Bürger frühzeitig echte Möglichkeiten zur Mitwirkung erhalten.

Wir GRÜNE stehen für ein weltoffenes Sachsen-Anhalt, in dem Menschen ein Zuhause finden und gerne bleiben. Jeder Mensch der zu uns kommt, um hier zu leben, ist ein Geschenk für unser Land.

Natur- und Klimaschutz sind echte Chancen

„Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.“ Nur mit wirksamem Klimaschutz können Menschen und Tiere überleben. Diese Erkenntnis treibt DIE GRÜNEN seit jeher an.

Der Schutz der Umwelt ist heute auf der ganzen Welt ein wichtiges politisches Ziel. Aber ausgerechnet in Sachsen-Anhalt geht es nicht voran. CDU und SPD halten noch immer an der Braunkohle fest und verbauen so die Chancen, die uns die neuen Energien bieten.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagen: 100 Prozent Erneuerbare Energien sind machbar. Dafür muss die Frage der Energiespeicher gelöst werden und das ist eine echte Chance – auch für unsere Unternehmen im Land.

Eine Landwirtschaft ohne Tierquälerei ist besser für Menschen, Tiere und Umwelt. Sie sorgt für gesunde Lebensmittel, sichert den Bäuerinnen und Bauern ein Einkommen und hilft, unsere Landschaften zu erhalten. Aber klar ist auch: eine ökologischere Landwirtschaft kann es nur mit den Bäuerinnen und Bauern in Sachsen-Anhalt geben. Wir werden gemeinsam mit ihnen daran arbeiten.

GRÜNE Ideen sind gut für unser Land

Statt weiter auf einen Großinvestor zu warten und die angespannte Wirtschaftssituation rosarot zu malen, wie die große Koalition es tut, muss das Land seine eigenen Stärken weiter entwickeln. Wir GRÜNE wollen Betriebe durch Forschungs- und Innovationsförderung unterstützen und ihnen helfen, neue Märkte zu erschließen. Mit Weltoffenheit, bester Bildung und seinen motivierten Menschen hat Sachsen-Anhalt eine gute wirtschaftliche Zukunft.

25 Jahre nach der friedlichen Revolution und der deutschen Einheit hat Sachsen-Anhalt viel erreicht und Neues aufgebaut. Aber es sind auch falsche Entscheidungen getroffen worden. In Sachsen-Anhalt muss nicht alles anders werden, doch vieles könnte besser gemacht werden. Wir wollen für unser Land einen Politikwechsel mit klarer sozial-ökologischer Handschrift. Wir setzen uns ein für Klimaschutz, Bildung, nachhaltiges Wirtschaften und gegen Rechtsextremismus.

Wenn Sie in fünf, zehn oder zwanzig Jahren an Sachsen-Anhalt denken, sollen Sie vor allem eines sein: stolz auf das Erreichte. Sie sollen optimistisch in die Zukunft schauen und wissen, dass Sie mit Ihren Kindern in einem lebens- und liebenswerten Land leben. Dafür bitten wir Sie am 13. März 2016 um Ihre Zweitstimme.

Kapitel 1 Umwelt und Tiere schützen – Erneuerbare nützen

Sachsen-Anhalt beeindruckt mit seiner Natur- und Landschaftsvielfalt. Zwischen Elbaue und Harz leben eine große Zahl von Pflanzen- und Tierarten an und in Flüssen, Wäldern, Dörfern, Städten, Feldern oder Naturschutzgebieten. Tiere brauchen Schutz - seien es Rotmilan, Luchs und Feldhamster – sie alle haben ein Lebensrecht und ihre Existenz ist ein Wert an sich. Sie gehören zu unserer Naturerbe und helfen - jede Art auf ihre Weise - das Netz des Lebens zu erhalten. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen ist ein zentraler Gründungsimpuls und nach wie vor zentrales Anliegen grüner Politik. Diesen Anspruch haben wir nicht nur für Schutzzone, sondern für alle Landschaften unseres Landes, auch für intensiv genutzte Räume wie Ortschaften und landwirtschaftliche Nutzflächen. Intakte Landschaften, eine gesunde Umwelt und saubere Gewässer sind nicht nur bestimmend für die Lebensqualität in Sachsen-Anhalt, sondern auch die Grundlage für die einheimische Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, Tourismus sowie Freizeit- und Erholungsnutzung. Die Zukunftsaufgabe, sich für Umweltschutz zu engagieren, erwächst aber vor allem aus der Verantwortung gegenüber künftigen Generationen, deren Lebensgrundlagen wir nicht gefährden dürfen. Unser heutiges Energie- und Wirtschaftssystem schädigt das Klima. Um unsere Existenzgrundlagen zu sichern, werden wir schnellstmöglich aus den fossilen Energien wie der Kohle aussteigen und in eine hundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien wechseln. Wir wollen eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft.

a) Umwelt, Klima und Tiere schützen

Umweltschutz geht alle an

Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen und erhalten. Schädliche Umweltwirkungen gehen von Abfallstoffen aus der industriellen Produktion und unserem Alltag aus, von Feinstaub und Stickoxiden, von Pestiziden und Herbiziden und auch von Lärm oder künstlichem Licht zu Nachtzeiten. Alle diese unnatürlichen Einträge machen Mensch, Tier und Pflanze krank, schädigen unsere Umwelt und mindern letztlich unsere Lebensqualität.

Gesunde Wälder, saubere Flüsse und schadstofffreie Luft gibt es in unserer industrialisierten Zeit nicht mehr von allein. Wir setzen uns daher grundlegend für die Reduzierung von Emissionen aller Art in Luft, Böden oder Gewässer ein. Umweltüberwachungsmaßnahmen müssen intensiv fortgeführt, Informationen verfügbar gemacht und Verfehlungen schnell abgestellt werden. Wir werden dafür sorgen, dass Naturschutzmaßnahmen auch umgesetzt werden. Dazu werden wir die Behörde mit den notwendigen Strukturen, personellen Kapazitäten und Kompetenzen ausstatten. Konkret fordern wir außerdem Modellprojekte für eine Weiterentwicklung der Abfall- hin zu einer Wertstoffwirtschaft, eine Stärkung von Beteiligungs- und Informationsrechten ohne abschreckende Kosten, eine Weiterentwicklung und Ausweitung der Umweltzonen, eine zügige Erstellung von Lärmaktionsplänen, ein Förderprogramm für Maßnahmen zur Lärminderung und ein generelles Nachtflugverbot.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Flächenverbrauch drastisch zurückfahren. Sachsen-Anhalt verfügt mit seinem hohen Anteil besonders fruchtbarer Schwarzerdeböden über ein einzigartiges Naturgut. Wir setzen uns für eine Bodennutzung ein, die dessen natürliche Funktionsfähigkeit erhält. Hierzu muss sowohl die exzessive Neuversiegelung von Boden eingedämmt, als auch das „Flächenrecycling“ – die Wiedernutzbarmachung von brachliegenden Siedlungsflächen – deutlich ausgeweitet werden. Wir wollen die Lebensgrundlagen in Sachsen-Anhalt auch

für kommende Generationen erhalten und brauchen deswegen eine nachhaltige Politik, die unsere natürlichen Ressourcen schont. Die Landesverwaltung muss dabei mit einer ehrgeizigen Nachhaltigkeitsstrategie eine Vorbildfunktion einnehmen, indem das Prinzip der Nachhaltigkeitsabschätzung für sämtliche Handlungsfelder eingeführt und insbesondere im Beschaffungswesen vorbildwirkend umgesetzt wird.

Natur braucht Schutz

Tiere und Pflanzen verdienen besonderen Schutz. Doch immer mehr Pflanzen- und Tierarten aus Sachsen-Anhalt sind zunehmend vom Aussterben bedroht. So hat sich beispielsweise die Anzahl der Vögel in unserer Agrarlandschaft halbiert. Dies ist Folge großräumiger Veränderungen mit dem Verlust natürlicher Lebensräume, einer zu intensiven Landwirtschaft, einer naturfernen Bewirtschaftung der Wälder und noch immer zu häufigen Versiegelungen von Flächen aufgrund unsinniger Baumaßnahmen. Der Rückgang des Rotmilans, Sachsen-Anhalts heimliches Wappentier, ist ein Beispiel für die zu intensive Landwirtschaft und eine naturferne Bewirtschaftung der Wälder. Der Rotmilan ist eine von 19 Tierarten, für die wir hier in Sachsen-Anhalt besondere Verantwortung tragen. Eine besondere Verantwortung für den Erhalt einer Tierart ist z. B. darin begründet, dass diese Tiere fast nur in Sachsen-Anhalt vorkommen oder sie hier ihre Jungen aufziehen. Mit speziellen Maßnahmen wollen wir Biodiversität bei gleichzeitiger weiterer Nutzung erhalten. So fordern wir z. B. dass der gesamte Landeswald nach FSC-Standard zertifiziert wird und dass Gebiete des Natura 2000-Netzes (FFH- und Vogelschutzgebiete) einzeln als Schutzgebiete ausgewiesen werden. Außerdem wollen wir mindestens zehn Prozent des Waldes aus der Nutzung herausnehmen, damit sich ein wertvoller und schützenswerter Naturwald entwickeln kann.

CDU und SPD sehen Natur- und Umweltschutz in Sachsen-Anhalt nur unter negativen Vorzeichen – und als lästigen Verwaltungsakt. Wir wollen einen Paradigmenwechsel, indem wir die Chancen des Natur- und Artenschutzes für das Land Sachsen-Anhalt hervorheben. Daher setzen

sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Ende der Ausbeutung unserer Natur ein: Flüsse brauchen ihren natürlichen Raum, Tiere und Pflanzen einen geeigneten Lebensraum, der nicht übernutzt wird. GRÜNE Naturschutzpolitik hat im Regierungshandeln in Sachsen-Anhalt schon viel zu lange gefehlt! Die Artenvielfalt sichert das Überleben auf unserem Planeten. Natürlichere Fließgewässer, Grünbrücken, naturnahe Brachflächen, und biologischer Landbau sind der richtige Weg.

Dies gilt insbesondere für die in Sachsen-Anhalt befindlichen Flächen des Nationalen Naturerbes – speziell für das Grüne Band entlang der früheren innerdeutschen Grenze. Wir wollen das Grüne Band entsprechend seiner naturschutzfachlichen und zeitgeschichtlichen Bedeutung als Nationales Naturmonument ausweisen. Damit fördern wir auch den Tourismus zu den Naturschönheiten Sachsen-Anhalts und setzen ein Zeichen, wie nachhaltiges Wirtschaften Realität werden kann. Außerdem setzen wir auf Biotopverbünde als wichtiges Instrument und werten damit jedes einzelne Biotop auf. Bundesweit machen wir uns für einen Biotopvernetzungsplan stark.

Wir wollen auch die Anstrengungen verstärken, um das Biosphärenreservat Karstlandschaft Südharz als UNESCO-Biosphärenreservat anerkennen zu lassen. Die Chancen, die sich damit verbinden, wollen wir vor Ort stärker betonen und damit die Menschen von dieser Idee weiter überzeugen. Wir unterstützen die Initiative, den Naturpark Drömling zu einem Biosphärenreservat weiterzuentwickeln und in der Colbitz-Letzlinger Heide - als einer der größten zusammenhängenden unzerschnittenen Räume in Deutschland - einen Naturpark auszuweisen. Der Nationalpark Harz war in der Vergangenheit eine Erfolgsgeschichte. Dies darf nicht durch Infrastrukturprojekte, die die Qualität des Nationalparks beeinträchtigen, auf das Spiel gesetzt werden.

Wir tragen in Sachsen-Anhalt für eine Reihe seltener Tier- und Pflanzenarten eine besondere Verantwortung. Doch die Biodiversitätsstrategie des Landes ist vollkommen unverbindlich. Sie muss deshalb grundlegend überarbeitet und dann auch umgesetzt werden. Besonders wichtig

ist es, Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der „Verantwortungsarten“ zügig umzusetzen. Zudem wollen wir das Förderprogramm für die Erhaltung historischer Nutztierassen weiterführen, um auch in der Landwirtschaft unsere heimische Artenvielfalt zu bewahren

In Sachsen-Anhalt sind die meisten Flächen bewirtschaftet, unser Land braucht aber auch Wildnis. Unser Ziel ist ein sachsen-anhaltisches Netz von Wildnisflächen als Refugium bedrohter Arten und Biotope.

Wenn wir Naturräume zerschneiden, greifen wir massiv in den Lebensraum unserer Wildtiere ein. Deshalb setzen wir uns an den Autobahnen und an der B 6n für den Bau weiterer Wildbrücken ein, um wichtige Wanderkorridore für das Wild zu verbessern. Sie dienen auch einem besseren Biotopverbund.

Die anerkannten Naturschutzverbände erledigen wichtige gesellschaftliche Aufgaben. Deshalb muss ihre finanzielle Förderung durch das Land aufgestockt werden. Die Naturschutzbeiräte haben sich als Instrument des kooperativen Naturschutzes bewährt und sollen deshalb flächendeckend in allen Landkreisen eingeführt werden. Auch vielfältige Bürgerinitiativen im Land leisten wertvolle Naturschutzarbeit. Deshalb müssen diese unterstützt und nicht behindert werden.

Unser Klima - unsere Zukunft

Der Klimawandel ist die weltweite Herausforderung dieses Jahrhunderts. Der Klimawandel betrifft nicht nur Menschen auf anderen Kontinenten oder in späteren Zeiten, sondern wirkt sich schon jetzt in vielen unserer Lebensbereiche negativ aus – zum Beispiel auf Gesundheit, Stadtklima, Land- und Forstwirtschaft, Wasser- und Energiewirtschaft. Erste Auswirkungen sind auch längst in Sachsen-Anhalt spürbar – das Hochwasser im Jahr 2013 hat gezeigt, dass extreme Wetterereignisse immer häufiger und intensiver werden. Wir sind gefordert, Vermeidungs- und Anpassungsstrategien zu entwickeln und den Katastrophenschutz anzupassen.

Bis zum Jahre 2050 müssen in den Industrienationen die klimarelevanten Emissionen wie CO₂ drastisch reduziert worden sein, um wenigstens

die unkalkulierbarsten Folgen des Klimawandels zu vermeiden (2-Grad-Obergrenze). Doch Sachsen-Anhalt hat bundesweit mit die höchsten pro Kopf-Kohlendioxidemissionen – trotz des hohen Anteils der Erneuerbaren Energien. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern vehement, dass Sachsen-Anhalt sich endlich seiner Verantwortung stellt und sich zum Vorreiter bei der Klimaschutzpolitik wandelt. Dazu werden wir die Anstrengungen auf Landes- und kommunaler Ebene deutlich verstärken und eine neue Energiepolitik und ambitionierte Energiesparmaßnahmen auf den Weg bringen. Diese würden mittel- bis langfristig auch die öffentlichen und privaten Haushalte entlasten.

Glaubwürdige Klimaschutzpolitik braucht verbindliche Ziele. Diese sollten durch ein Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden, mit dem bis 2050 der Ausstoß von Treibhausgasen weitgehend eingestellt wird.

Hochwasserschutz naturnah

Sachsen-Anhalt braucht angesichts des Klimawandels dringend einen vorsorgenden ökologischen Hochwasserschutz. Wo Flüsse natürlich fließen können, sind Hochwasserschäden viel geringer. Ziel muss es sein, den Flüssen mehr Raum durch zusätzliche Überflutungsflächen zu geben und sie so weit wie möglich natürlich und frei fließen zu lassen. Denn ansonsten nehmen sich die Flüsse im Hochwasserfall den Raum zurück. Wir werden deswegen die richtigen Prioritäten im Hochwasserschutz setzen und Deichrückverlegungen zügig umsetzen und auch weitere Überflutungsflächen wieder nutzbar machen.

Deiche und andere Hochwasserschutzanlagen sind zwar unverzichtbar, das Hochwasser 2013 hat aber gezeigt, dass technische Maßnahmen allein den notwendigen Schutz der Bevölkerung nicht herstellen können. Zudem wollen wir ein öffentlich zugängliches Kataster der Hochwasserschutzanlagen („Deichkataster“) erstellen, damit die Bürgerinnen und Bürger sich jederzeit über die jeweiligen Schutzanlagen vor Ort informieren können.

Notwendig ist auch eine bessere Information über Maßnahmen zur Eigenvorsorge, die von potenziell gefährdeten Hauseigentümern umgesetzt werden können. Bebauung von Überschwemmungsgebieten und von Vernässungsgebieten mit neuen Wohn-, Gewerbe- und Industriegebieten darf es zukünftig nicht geben. Vorhandene Bauleitpläne müssen im Hinblick auf vorhandene Hochwasserrisiken überarbeitet werden. Hochwasserschutz kann nur erfolgreich sein, wenn er länderübergreifend erfolgt. Deshalb muss insbesondere der Dialog mit den Landesregierungen in Sachsen (z. B. zum Hochwasserschutz an Elbe und Mulde) und Thüringen (u.a. zur Verbesserung der Rückhaltefunktion der Saalealsperren für den Hochwasserschutz) intensiviert werden.

Elbe schützen

Die Elbe ist einer der letzten naturnahen Flüsse Europas und ein unfassbarer Schatz für Sachsen-Anhalt. Ihre Auen haben eine herausragende Bedeutung für den Schutz der biologischen Vielfalt, doch leider stehen heute nur noch ca. 20 Prozent ihrer ehemaligen Überflutungsflächen zur Verfügung – das erhöht auch die Hochwassergefahr beträchtlich und nimmt Tieren und Pflanzen Lebensraum. Wir wollen daher die Auen wieder naturgemäß an die Elbe anbinden.

Die Elbe ist ein natürlicher Niedrigwasserfluss. Aufgrund dieser natürlichen Bedingungen kann es keine verlässliche Schiffbarkeit der Elbe für den Güterverkehr geben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen daher jeglichen Ausbau der Elbe ab. Dies betrifft Maßnahmen wie Buhnenverlängerung, Uferschotterung, Ausbaggerung sowie neue Staustufen. Diese Maßnahmen würden die letzten Auenlandschaften, darunter die Auenwälder, durch Wasserentzug und Austrocknung gefährden. Der Lebensraum für die vielen seltenen Tier- und Pflanzenarten würde verschwinden. Die Elbe braucht ein politisches Gesamtkonzept und eine Idee, um die einzigartige, naturnahe Elbe als Natur- und Kulturerbe der Menschheit zu bewahren.

Gewässerzustand verbessern

In Sachsen-Anhalt existieren zahlreiche Fließgewässer. Durch Ausbaumaßnahmen in der Vergangenheit ist deren Qualität jedoch teilweise beeinträchtigt. Eine Verbesserung ihrer Gewässerstruktur und -qualität ist daher vielerorts dringend geboten. Auch die Verwendung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln belastet die Gewässerqualität und sollte in Gewässerrandstreifen grundsätzlich untersagt werden.

Wir wollen die Flüsse und Bäche in Sachsen-Anhalt renaturieren. Das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern im Gewässerrandstreifen darf deswegen nicht länger durch die Unterhaltungsordnungen der Landkreise behindert werden. Weitere Ausbauprojekte wie den Saalekanal lehnen wir ab. Die Herabstufung der Saale in der Nutzwasserkategorie halten wir, unter der Voraussetzung des Schleusenerhalts, für einen Gewinn für den naturnahen Tourismus in unserem Land.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die konsequente Umsetzung der europäischen Wasser-Rahmenrichtlinie für eine nachhaltige und umweltverträgliche Wassernutzung.

Wildtiere gehören in die Natur

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Haltung, Mitführen, Dressur und Verwendung von Wildtieren in Zirkusbetrieben beendet werden. Tierhaltung zur Pelzgewinnung lehnen wir ab. Wir möchten uns im Bundesrat (auch weiterhin) dafür einsetzen, ein generelles Wildtierverbot für Zirkusse auf Bundesebene einzuführen. Des Weiteren unterstützen wir die Kommunen bei lokalen Auftrittsverboten von Zirkussen mit Wildtieren auf kommunalen Flächen.

Der Handel mit exotischen Tieren nimmt enorm zu. Millionen von Wildtieren werden unter fragwürdigsten Bedingungen privat gehalten. Auf Tierbörsen können auch völlig unerfahrene Besucherinnen und Besucher hochgiftige Tiere erwerben, ohne einen Sachkunde-Nachweis erbringen zu müssen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb den Kauf und Verkauf giftiger und exotischer Tiere reglementieren.

Verantwortung für Wild-, Wald- und Heimtiere übernehmen

Der Wolf ist zurück in Deutschland. Sachsen-Anhalt gehört mit zu den Ländern, in denen sich der Wolf wieder angesiedelt hat. Auch der Luchs konnte nach über 200 Jahren wieder im Harz angesiedelt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für den Schutz dieser Tiere ein. Wir müssen ihnen in Sachsen-Anhalt ein Zuhause bieten. Von Wildschäden betroffene Tierhalter sollen schnell, unbürokratisch und ausreichend entschädigt werden. Wir wollen Maßnahmen fördern, die Wildschäden verhindern helfen.

Die Jagd muss sich an ökologischen Prinzipien orientieren. Wir brauchen in Sachsen-Anhalt eine Novellierung des Jagdgesetzes. Die Fallenjagd und das Verwenden von bleihaltiger Munition muss unterbunden werden. Jagdhunde dürfen nicht am lebenden Tier ausgebildet werden. Außerdem fordert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Verbot des Abschusses von Haustieren wie zum Beispiel Hund und Katze.

Tierheime erfüllen eine unersetzbare Funktion bei der Gewährleistung des Tierschutzes. Die Tierheime werden vom Land nur gering oder gar nicht unterstützt. Bestimmte Tiere, wie etwa Pferde, können zumeist nicht untergebracht werden und werden aus „Platzmangel“ zum Schlachthof geführt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Unterhaltung von Tierheimen, Tierauffangstationen und Gnadenhöfen unter Einbindung ehrenamtlich tätiger Menschen öffentlich gefördert wird.

Das Hundegesetz in Sachsen-Anhalt wurde eingeführt, um die Beißvorfälle zu reduzieren. Die Rasseliste als Grundlage für die Beurteilung der Gefährlichkeit eines Hundes stellt hierfür jedoch kein adäquates Mittel dar. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher für eine Novellierung des Hundegesetzes ein, die ohne pauschale Rasseliste auskommt.

Abfall reduzieren statt importieren

Sachsen-Anhalt darf nicht länger die Müllkippe der Nation bleiben. Die hier entsorgten Abfallmengen und vorhandenen Entsorgungskapazitäten

sind deutlich höher als das Abfallaufkommen im Land. Dadurch werden heute die Altlasten von morgen geschaffen, die in Zukunft mit hohen Kosten und Belastungen für die Umwelt verbunden sind. Trotzdem setzen CDU und SPD weiterhin auf ein ungezügelttes Wachstum in diesem Bereich. Das ist nicht weiter hinnehmbar.

Insbesondere Schein-Verwertungsverfahren wie der Bergversatz untergraben die Ziele des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Im Bergversatz werden teilweise hoch belastete Abfälle unter dem Deckmantel der Bergsicherung in alten Bergwerksstollen abgelagert. Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu solchen Verfahren erschwert wird. Darüber hinaus muss sich die Zahl und Größe von Entsorgungsanlagen nach dem zukünftigen Bedarf richten. Wir wollen das Recycling von wertvollen Inhaltsstoffen im Abfall verbessern und sehen deswegen die thermische Verwertung nicht als vorrangiges Ziel an. Wir setzen auf die echte Umsetzung der fünfstufigen Abfallhierarchie und werden auch Maßnahmen zur Abfallvermeidung unterstützen.

Wir werden uns für flächendeckende Angebote zur getrennten Erfassung und Kaskadennutzung von biogenen Abfällen einsetzen. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Kehrtwende hin zu einem Wertstoffgesetz weg von dualen Systemen ein. Wir werden die Abfallberatung in den Kommunen fördern. Bestehende Entsorgungsanlagen sollen stärker beaufsichtigt werden.

Nicht zuletzt bleibt Abfallvermeidung ein zentrales Gebot der Vernunft und muss entsprechend befördert werden. Zur Vermeidung von Abfall bereits vor der Entstehung eignet sich der Cradle-to-Cradle Ansatz, welchen wir fördern werden.

Wasserversorgung und Abwasser

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen eine Privatisierung der Aufgaben von Wasserversorgung und Abwasserbehandlung strikt ab. Wir wollen, dass der Bereich der Daseinsvorsorge generell bei der öffentlichen Hand bleibt. Wir sprechen uns dafür aus, den zentralen Anschluss von kleinen

Orten und Ortsteilen an zentrale Kläranlagen nur dort vorzunehmen, wo dies die volkswirtschaftlich sinnvollste Lösung darstellt. Ansonsten sind dezentrale Anlagen vorzuziehen und vorrangig zu fördern.

Wir wollen eine Konkretisierung des Wassergesetzes. Es soll klargestellt werden, dass der Anschluss- und Benutzungszwang für Anlagen zur Beseitigung des Oberflächenwassers nur dann angeordnet werden kann, wenn das Oberflächenwasser nicht schadlos auf dem jeweiligen Grundstück versickert. Außerdem sollen gemeinnützige Stiftungen und Verbände von der Beitragspflicht für die Gewässerunterhaltung befreit werden. Wir sind gegen die Verwendung von Aluminiumsalzen zur Trinkwasseraufbereitung.

Klärschlamm ist eine wichtige Phosphorressource und wir wollen Technologien zur Phosphorrückgewinnung unterstützen. So kann der Einsatz von uranhaltigen Düngern in der Landwirtschaft verringert werden.

Gegen Lärm und für saubere Luft

Lärm macht krank und ist heute eines der größten Umweltprobleme. 70 Prozent der Bevölkerung leiden in Deutschland unter Verkehrslärm. Wir fordern daher, dass die Lärmkarten und -aktionspläne zügig fertiggestellt und dann wirksam umgesetzt werden. Darüber hinaus wollen wir ein Förderprogramm etablieren, mit dem Maßnahmen zur Lärminderung finanziert werden sollen.

Beim Fluglärm haben für uns die Lärmschutzinteressen der Anwohnerinnen und Anwohner Vorrang vor den Interessen der Luftverkehrswirtschaft. Wir engagieren uns für ein Nachtflugverbot. Für den Bahnverkehr fordern wir die Umrüstung auf leise Güterzüge, lärmabhängige Trassengebühren, Tempolimits in der Nacht für laute Güterzüge sowie eine Förderung des aktiven Schallschutzes an den Fahrwegen.

Noch immer ist an vielen Stellen die Belastung der Luft durch Feinstaub und Stickoxide viel zu hoch. Dies verursacht schwere Gesundheitsschäden wie Asthma und andere Atemwegserkrankungen, vor allem bei Kindern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen deshalb für konsequentes Han-

deln, damit die Konzentrationen von Schadstoffen in der Luft sinkt. Ein Ansatz dafür sind Dachbegrünungen auf geeigneten Gebäuden.

Wir wollen zudem dafür sorgen, dass die Gartenabfallverbrennung landesweit nur noch dann erlaubt wird, wenn dies z. B. für die Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten notwendig ist.

Lichtverschmutzung eindämmen

Lichtverschmutzung hat negative Auswirkungen auf die nachtaktive Tierwelt, den Tag-Nacht-Rhythmus des Menschen und die Sichtbarkeit des Sternenhimmels und stellt zudem eine erhebliche Energieverschwendung dar. Deshalb fordern wir die Begrenzung von Lichtmenge, -intensität und Beleuchtungsdauer für die öffentliche und kommerzielle Beleuchtung während der Nacht und die Nutzung wirkungsminimierender Lichtfarben.

b) Wir wollen 100 Prozent Erneuerbare Energien

Die Zukunft Sachsen-Anhalts liegt in den Erneuerbaren Energien. Wir wollen 100 Prozent Erneuerbare Energien und Sachsen-Anhalts Chancen nutzen. 100 Prozent erneuerbar heißt für uns, dass wir nicht mit Statistiken mogeln, sondern alle Bereiche der Energienutzungen einbeziehen, von der Wärme über den Verkehr bis zur industriellen Produktion. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir noch mehr Windenergieanlagen als heute. Da neue Anlagen aber wesentlich größer sind und effizienter Strom erzeugen, brauchen wir nur rund 20 Prozent mehr Windenergieanlagen.

Die Windenergie in Sachsen-Anhalt braucht politische Unterstützung, sonst kann sie sich nicht entwickeln. Dazu ist es erforderlich, dass mehr Vorrang- und Eignungsgebiete ausgewiesen werden. Wir wollen außerdem die Abstandsfläche zwischen den Windenergieanlagen auf den Faktor 0,4 der Anlagenhöhe verringern. Der Zubau wird somit erleichtert.

Wir wollen sensible Lösungen für den Konflikt zwischen dem Ausbau von Windenergie und dem Naturschutz, denn sowohl der Naturschutz als auch die Erneuerbaren Energien sind existenziell für unser Land und müssen gemeinsam gedacht werden. Für eine gelungene Regionalplanung wollen wir sowohl Landschaftsrahmenpläne als auch Datenbestände, zum Beispiel über das Vorkommen von Vogel- und Fledermausarten, aktualisieren und aktuell halten. Außerdem wollen wir, dass Landschaftsbildanalysen durchgeführt werden, um Landschaftsbilder besser in der Planung schützen zu können. Wo bereits Anlagen stehen, werden wir alles für den Tierschutz tun und beispielsweise die Anlagen bei bestimmten Windgeschwindigkeiten abschalten, bei denen Fledermäuse fliegen.

Naturschutzfachlich wertvolle Waldflächen mit Schutzstatus sind für uns tabu. Für Wälder ohne Schutzstatus sollte hingegen die Errichtung von Windenergieanlagen nicht von vorneherein ausgeschlossen werden. Dies

gilt insbesondere für artenarme und gleichförmige Nadelholzmonokulturen, wie Kiefern- und Fichtenwäldern.

Um 100 Prozent Erneuerbare Energien zu schaffen, wollen wir Photovoltaik- und Solarthermieranlagen auf allen geeigneten Dachflächen und auf sonst nicht nutzbaren Flächen unterstützen. Dabei muss der Artenschutz umfassend beachtet werden und die Nutzung von Dachflächen Vorrang haben. Wir setzen uns auch für eine ausgewogene Energiepflanzennutzung ein. Diese ist ohne Monokulturen oder Raubbau möglich – durch die Nutzung von nicht für den Nahrungsmittelanbau benötigten Landwirtschaftsflächen für einen extensiven, ökologischen Anbau von Energiepflanzen (Miscanthus, Wildkräutermischungen, Sylphie, ...), die Nutzung von Rest- und Abfallstoffen sowie eines kleinen Anteils vom jährlichen Holzzuwachs aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern. So kann vor allem ein Beitrag zum Schwankungsausgleich gelingen.

Energie sparen

An vielen Stellen gehen wir als Gesellschaft noch immer unglaublich verschwenderisch mit Energie um, z. B. schlecht geregelte Heizungen, schlechte Wirkungsgrade bei Elektrogeräten und zu große Autos. Zu unserem Klimakonzept gehört deswegen das Energiesparen. Der aktuelle Stand der Technik lässt schon heute zu, dass bei weniger Energieeinsatz gleiche Ergebnisse erzielt werden. Durch die Reduzierung derartiger Verluste in Wohn- und Nutzgebäuden, bei Alltagstechnik, im Verkehr und in der Wirtschaft können wir eine saubere Energieversorgung der Zukunft erreichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Senkung des Energieverbrauchs mit einem Klimaschutzgebäudegesetz fördern. Auch für die Landesverwaltung wollen wir ein transparentes und systematisches Energiemanagement einführen, um Erdgas, Heizöl, Fernwärme und Elektroenergie einzusparen. Ein sehr großes Potenzial zur Energieeinsparung ist die Wärmerückgewinnung in Nicht-Wohngebäuden wie Industriehallen, Büros, Schulen und Hotels. Hier wollen wir Pilotprojekte fördern. Im Bereich der Mobilität muss das Land mit positivem Beispiel vorangehen und den Treibstoffverbrauch reduzieren.

Wir wollen weiterhin ein systematisches Energiemanagement zur Verbrauchssenkung in allen Landesliegenschaften verbindlich machen. Ein Pilotprojekt zur Wärmerückgewinnung aus Nicht-Wohngebäuden soll deren Schlüsselrolle bei den nötigen Energieeffizienzverbesserungen unterstreichen.

Den Umbau des Energiesystems beschleunigen

Die grundlegenden Techniken für die Erzeugung erneuerbarer Energien sind vorhanden und haben ihr Ertragspotenzial längst bewiesen. Um den versorgungssicheren Umbau des Energiesystems auf 100 Prozent zu erreichen, ist die Forschung an vielen Stellen zu beschleunigen. Wir sehen vorrangig Forschungs- und Entwicklungsbedarf bei Strom- und Wärmespeichern, Wärmerückgewinnung, Flexibilitätsoptionen und Systemdienstleistungen wie Lastmanagement. Wir setzen uns für die schnelle Umsetzung in Pilotprojekten und eine wirtschaftlich tragfähige Infrastruktur ein.

Netzausbau voranbringen

Wir müssen die Stromnetze optimieren, verstärken und ausbauen, um sie für die erneuerbaren Energien fit zu machen. Erneuerbare Energien stehen in zeitlich schwankender Menge zur Verfügung. Daher wird neben Speichertechnologien auch das Stromleitungsnetz einen wichtigen Beitrag für den Ausgleich zwischen Regionen und Tageszeiten leisten. Ein Netzausbau ist daher sowohl im Lokalen als auch für große Übertragungsleitungen nötig, sollte aber auf das absolut notwendige Maß beschränkt werden.

An den Ausbau stellen wir hohe Anforderungen. Die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitung (HGÜ) von Wolmirstedt nach Gundremmingen in Südbayern beispielsweise darf aus grüner Sicht nur für den Transport von regenerativer Energie gebaut werden. Die HGÜ-Leitung darf nicht der Türöffner für eine langfristige Verstetigung der klimaschädlichen Braunkohleverstromung und schon gar nicht für den Neubau von Kohlekraftwerken werden. Eine Braunkohlestromexporttras-

se schließen wir aus. Dieser Ausbau funktioniert nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger ernsthaft beteiligt werden und es einen demokratischen Interessenausgleich gibt. Daher sind wir in sensiblen Bereichen und in der Nähe von Siedlungsgebieten für die Nutzung von Erdkabeln. Wir fordern eine bundesweit gleiche Umlage der Netznutzungsentgelte auf allen Spannungsebenen, damit es keine regionalen Unterschiede mehr gibt.

Aus Kohle und fossilen Energieträgern aussteigen

Eine echte Energiewende ist mit Braunkohle nicht vereinbar, dennoch: Die Braunkohleverstromung feiert im Zusammenhang mit dem halbherzigen und zu langwierigen Atomausstieg derzeit eine Renaissance. Als vermeintliche Brückentechnologie würde sie die erreichten CO₂--Einsparungen durch den Ausbau der EE sofort wieder zunichtemachen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten den vollständigen Ausstieg aus der Förderung und Verbrennung von Kohle mittelfristig für erforderlich und machbar. Wir sind gegen neue Tagebaue und gegen den Bau von neuen Kohlekraftwerken. Wir lehnen es deshalb ab, bei Profen im südlichen Sachsen-Anhalt ein neues Kohlekraftwerk zu errichten und einen Tagebau in der Region Lützen aufzuschließen. Wir wollen verhindern, dass noch mehr Menschen für einen Energieträger von vorgestern aus ihrer Heimat vertrieben werden, Röcken und Sössen sind nur einige der gefährdeten Ortschaften, die wir vor der Abbaggerung bewahren wollen. Wir sind die einzige politische Kraft im Landtag, die glaubhaft für den Kohleausstieg kämpft.

Wir wollen die Laufzeiten der vorhandenen Kohlekraftwerke bis spätestens 2030 begrenzen und alle direkten und indirekten Subventionen für die Braunkohleindustrie schnellstmöglich abschaffen. Das gilt auch für ihre bestehenden Privilegien im Emissionshandel, bei der Erhebung von Feldes- und Förderabgaben bei Wasserentnahmeentgelten.

Braunkohle birgt auch erhebliche Gesundheitsrisiken. Daher wollen wir uns gemäß der UN-Quecksilberkonvention von 2013 für einen strengere

ren Grenzwert für den Quecksilberausstoß einsetzen. Die Novellierung des Bundesbergbaugesetzes ist notwendig, damit die Interessen sowohl der betroffenen Menschen als auch der Umwelt stärker berücksichtigt werden und nicht allein die wirtschaftlichen Interessen der Bergbauunternehmen. Deswegen wollen wir im Zusammenhang mit fossilen Energieträgern auch ein Enteignungsverbot in diese Novelle aufnehmen.

Wir nehmen die Zukunftsängste der Menschen ernst, die heute in Bergbau und Kraftwerken tätig sind. Den Menschen muss eine berufliche Perspektive eröffnet werden. Ein wirtschaftliches und soziales Umbaukonzept muss schnellst möglich auf den Weg gebracht werden.

Neue Investitionen in fossile Energien lehnen wir ab, da sie den Ausbau der Erneuerbaren Energien verhindern. Wir wollen keine neuen Gasbohrungen in der Altmark. Das geplante neue Erdgasfeld würde sich sogar bis in den Naturpark Drömling erstrecken. Es besteht auch keine Notwendigkeit für das hoch kritische und schädliche Fracking-Verfahren zur Gewinnung von Erdgas, welches wir auch für bestehende Felder abschließen.

Wenn die Verstromung von Braunkohle um das Jahr 2030 ausläuft, stehen für die mögliche stoffliche Verwertung von Braunkohle zur Herstellung von Montanwachsen genug Reserven in bereits aufgeschlossenen Tagebauen zur Verfügung. Allerdings wollen wir die Braunkohle nicht für die Chemiegundstoffproduktion heranziehen. Denn schon jetzt stehen technologische Alternativen wie die Wasserstoffherstellung durch Elektrolyse über Strom aus Windenergieanlagen zur Verfügung.

Keine Endlagerung von Kohlendioxid

Die Technologiekette zur Abscheidung, zum Transport und zur unterirdischen Verpressung von Kohlendioxid - auch als CCS-Technologie (Carbon, Capture and Storage) bezeichnet - lehnen wir ab. Diese Technologie ist keine Option für angeblich sauberen Strom aus fossilen Energien oder für den Klimaschutz. Vielmehr birgt die unterirdische Verpressung von Kohlendioxid sehr hohe Risiken für das Trinkwasser oder Ausgasun-

gen an die Oberfläche (zum Beispiel durch Erdbeben). BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher weiterhin dafür ein, dass über ein Landesgesetz die Erprobung und Demonstration der dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid mittels CCS in den Gebieten des Landes unzulässig wird.

Alternativen Ansätzen, um abgeschiedenes CO₂ aus Industrieprozessen dezentral zur Methanisierung mit regenerativ hergestelltem Wasserstoff zu nutzen, stehen wir offen gegenüber.

Atommüll-Endlager Morsleben: Sicherheit muss Priorität haben

Eine sichere Endlagerung von radioaktiven Abfällen wird es nicht geben können. Deshalb muss die verantwortungslose Atomenergie schnell beendet werden und das weitere Anwachsen von radioaktivem Abfall gestoppt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern ein tragfähiges Stilllegungskonzept für das einsturzgefährdete Endlager für radioaktive Abfälle in Morsleben (ERAM). Da rund 80 Prozent der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle aus Atomkraftwerken stammen, fordern wir, dass die beteiligten AKW-Betreiber angemessen an den Stilllegungskosten beteiligt werden.

Wir wollen die sicherste Lösung für das ERAM. Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) als Betreiber des ERAM sieht die Schließung durch Verfüllung mit Salzbeton vor. Dieses Konzept ist noch nicht genehmigt – aber schon gescheitert. Denn bei Versuchen, Abdichtungsbauwerke zum Ostfeld als Barrieren gegen die Freisetzung radioaktiver Stoffe zu errichten, zeigten sich Risse und mangelnde Abdichtwirkung im verbauten Spezialbeton.

Als zuständige Genehmigungsbehörde ist auch das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt besser personell und finanziell für das ERAM auszustatten.

Deshalb und wegen der dramatischen Entwicklungen in der Asse II fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von der Bundesregierung, dass das BfS eine Neubewertung und Neuentcheidung für das ERAM-

Schließungskonzept vornimmt, welches Reversibilität und dauerhafte Überwachung vorsieht. Das ehemalige Salzbergwerk Morsleben ist als Atommüll-Endlager ungeeignet und würde selbst nach Aussage des BfS nach heutigen fachlichen Maßstäben nicht genehmigt werden. Daher müssen die zwischengelagerten Abfälle (Radiumfass), für die es keine Endlagergenehmigung gibt, ausgelagert und das nicht genehmigte Ostfeld geräumt werden.

Wir sind besorgt über die Folgen für die Bürgerinnen und Bürger, die in der näheren Umgebung mit Schacht Konrad, Asse II und Gorleben weitere atomare Müllkippen akzeptieren sollen. Alle potentiell möglichen Standorte müssen bei der Endlagersuche einbezogen werden.

Wer GRÜN wählt, ...

- ... tritt für einen echten Natur-, Umwelt-, Tier und Klimaschutz ein;*
- ... erhält die Elbe als natürlichen Lebensraum und will die Saale naturnah touristisch genießen;*
- ... gibt den Flüssen mehr Raum und gewährleistet funktionierenden Hochwasserschutz;*
- ... stärkt Sachsen-Anhalt als Standort moderner Energietechnologien, die das Klima schützen;*
- ... erteilt CCS und Fracking eine Absage;*
- ... arbeitet aktiv mit dem zivilgesellschaftlichen Natur- und Umweltschutz zusammen.*

Kapitel 2 Klasse statt Masse in der Landwirtschaft

Fruchtbare Böden, saubere Luft und sauberes Wasser, Tiere, denen es gut geht und eine reiche Tier- und Pflanzenwelt: Diese Art der Landwirtschaft, die gute und gesunde Lebensmittel produziert, wollen die meisten Menschen in unserem Land. Doch die Realität ist davon noch ein viel zu großes Stück entfernt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt so verändern, dass die Qualität der Arbeit und der Lebensmittel, der Schutz der Umwelt und der Tiere im Vordergrund stehen. Wir wollen, dass seitens der in der Landwirtschaft Tätigen an das Morgen denkt und unser Klima sowie unsere natürlichen Ressourcen geschont werden. Wir wollen öffentliche Mittel viel stärker für eine naturverträgliche Landwirtschaft einsetzen, die die Tiere schützt und ihren Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt, dem Schutz des Wassers und im Kampf gegen den Klimawandel leistet. Zudem wollen wir, dass alle Landwirte, ihre Familien und Angestellte ein auskömmliches und anständiges Einkommen beziehen, anstatt mit Dumpingpreisen kämpfen zu müssen. Dies stärkt den ländlichen Raum und bietet langfristige Entwicklungsmöglichkeiten. Wir wollen auch kleine und kleinste Landwirtschaftsbetriebe stärken, zum Beispieldurch Modelle zur kommunalen Versorgung und Teilnahme an regionalen Kreisläufen.

Tierquälerische Haltungsbedingungen müssen endgültig beendet werden! Dank unserer Initiativen sind z. B. der Ausstieg aus dem Schnäbelkürzen, die Verbreiterung der Kastenstände und das Verbot des Ferkeltötens aus wirtschaftlichen Gründen beschlossen worden. Darüber hinaus machen wir uns für grundsätzlich bessere Haltungsbedingungen stark: mehr Platz im Stall, Auslauf, Einstreu, die Abschaffung von Kastenständen und ausreichend Beschäftigungsmaterial. Ein Abschneiden von Körperteilen darf es nicht mehr geben. Das Töten von männlichen Küken bei der Legehennenzucht wollen wir verbieten. Wir setzen auf das Zweinutzungshuhn, das eine mittlere Legeleistung und gleichzeitig einen guten Fleischansatz hat. Diese Vorgaben sollen Grundlage für die

Stallbauförderung in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus in Gesamtdeutschland sein. Sie müssen in Gesetzen und Verordnungen festgeschrieben werden – dann sind die Spielregeln für alle gleich und eine tiergerechte Haltung ist kein wirtschaftlicher Nachteil mehr.

Tierschutz erhöhen – Tiertransporte und Qualen in der Zucht verringern

Tiere müssen als fühlende Mitgeschöpfe wahrgenommen werden, und ihren Bedürfnissen muss entsprochen werden, sowohl in den Ställen als auch in den Schlachthöfen. Wir wollen keine Mega-Schlachthöfe, sondern dezentrale Schlachtstrukturen. Das reduziert die Transportzeiten und verringert das Leid der Tiere.

Die industrielle Tierhaltung entwickelt sich zu einem Wettlauf um die größten Stallanlagen, wo Tiere eingepfercht sind und zum maximalen Fleischertrag gezüchtet werden. Wir unterstützen ein Klagerecht für anerkannte Tierschutzverbände, damit Tiere bei der Durchsetzung ihrer Rechte eine Stimme haben. Wir wollen einen Tierschutzplan wie in Niedersachsen, welcher konkrete Schritte zur schrittweisen Verbesserung der Tierhaltung vorgibt. Auf Landesebene wollen wir eine unabhängige Tierschutzbeauftragte einsetzen, die sich hauptamtlich für eine bessere Entwicklung der Zustände einsetzt. Zudem wollen wir ab einer bestimmten Tierplatzzahl Präsenztierärztinnen und Präsenztierärzte einsetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Reform der tierschutzrechtlichen Kontrollen und fordern, dass systematisch vollumfängliche und grundsätzlich unangekündigte Kontrollen durchgeführt werden. Wir wollen, dass bei Tierhaltungsbetrieben zu Erwerbszwecken die entstehenden Kosten kostendeckend über Gebühren finanziert werden.

Für den effektiven Vollzug des Tierschutzrechtes wollen wir, dass sich Behörden untereinander in Bezug auf tierschutzrechtliche Kontrollen besser koordinieren, zum Beispiel im Rahmen der Gremien der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz (LAV). Das verbessert die Gesamtschau auf die Haltungsbedingungen bei einem Tierhalter mit Anla-

gen in mehreren Landkreisen oder mehreren Bundesländern und erleichtert die Durchsetzung von Anordnungen.

Die Tiere und auch wir Menschen haben die Schnauze voll von Antibiotika! Der übermäßige Einsatz verschlechtert die medizinische Wirkung auch für uns Menschen und Tiere brauchen immer höhere Dosen. Wir setzen dagegen auf eine bessere Tiergesundheit durch bessere Haltingsbedingungen. Dann erübrigt sich der Einsatz von Antibiotika weitgehend. Für kranke Tiere müssen separate Krankenställe für ihre Behandlung bereit stehen, damit Antibiotika gezielt und nicht vorsorglich eingesetzt werden müssen. Mengenrabattierungen auf Antibiotika wollen wir verbieten, damit kein Anreiz mehr besteht, mehr Antibiotika als notwendig zu kaufen und zu verabreichen. Wir wollen überprüfen, ob eine Trennung von Verschreibung und Verkauf von Antibiotika praktikabel ist. Langfristig wollen wir einen Ausstieg aus der Anwendung von Antibiotika anstreben. Es bedarf der Entwicklung neuer, effizienter Heilverfahren.

Klasse Tierhaltung ohne Geruchsbelästigung

Unsere Nase, unsere Gesundheit und unser Ökosystem werden es uns danken: Bei allen großen Tierhaltungsanlagen sollen Filteranlagen verpflichtend eingebaut werden. Bei allen kleinen Anlagen soll geruchsbindende Einstreu eingeführt werden. Filteranlagen können einen Großteil der Ammoniakemissionen und Bioaerosole und damit auch multiresistente Keime zurückhalten. Bislang verfügt nur etwa ein Prozent aller Tierhaltungsanlagen in Deutschland über Filteranlagen. Dort zeigen sie große Wirkung. Geruchsemissionen und die Konzentration von Bioaerosolen in der unmittelbaren Umgebung sind deutlich niedriger als in der Nähe von anderen Tierhaltungsanlagen.

Vielfalt für Biene und Co.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für den Erhalt und die Renaturierung der Lebensräume einer vielfältigen Flora und Fauna ein, welche von unschätzbarem Wert sind. Feldraine und Wasserrandstreifen sind

hierfür wichtige Biotope, da sie zum Beispiel Lebensraum und Nahrung für Bienen und andere Insekten, Kleinsäuger, Reptilien und Amphibien bieten. Für ein Mehr an Ökologie in der Kulturlandschaft fordern wir die Einsetzung von Wildlebensraumberatern, die helfen sollen, die Artenvielfalt zu erhalten und zu verbessern. Honig- und Wildbienen am Feldrand sind nicht nur Symbol für eine naturnahe Landwirtschaft sondern wegen ihrer Bestäubungsleistung auch Garant für wirtschaftlichen Erfolg. Rinder, Ziegen und Schafe gehören auf die Weide. Deshalb werden wir uns für den Grünlanderhalt und die finanzielle Unterstützung der Weidehaltung (Weideprogramme) einsetzen. Risiken, die von wildlebenden Tieren z.B. Wolf, Fuchs, Marderhund und Waschbär ausgehen, sollen bei Auslauf- und Weidehaltung ermittelt und die Landwirte adäquat entschädigt werden. Dazu muss ein Konzept erarbeitet werden. Außerdem setzen wir uns für ein Maßnahmenpaket für die Bienen ein, das unter anderem die Unterstützung der Bienensachverständigen, ein besseres Blühstreifenprogramm und die Förderung des Anbaus von Eiweißpflanzen enthält.

Sauberes Wasser statt Nitratbelastung

Wir wollen unsere Böden und unser Wasser schützen und treten daher für eine bodengebundene Landwirtschaft ein. Der Anbau von Futtermitteln und die Ausbringung von Wirtschaftsdünger müssen eine ökologisch sinnvolle Kreislaufwirtschaft ergeben.

Für Wirtschaftsdünger muss ein funktionierendes Kataster aufgebaut werden, um die anfallenden Mengen und Im- und Exporte je Tierhaltungsbetrieb zu erfassen. So kann die Einhaltung der Düngeverordnung besser kontrolliert und die Nitratgrenzwerte im Grundwasser eingehalten werden. Mais für Biogasanlagen soll maximal 10 Prozent der Ausgangsmasse betragen, denn Mais benötigt viel Dünger (Stickstoff) und nimmt dabei kaum Stickstoff auf. Das erhöht das Risiko hoher Nitratkonzentrationen im Grundwasser.

Heimische Eiweißpflanzen statt Sojaimporte

Heimische Eiweißpflanzen, sogenannte Leguminosen, sind die Lösung vieler unserer ökologischen Sorgen. Körnerleguminosen können Sojaimporte aus Übersee ersetzen und feinsämige Eiweißpflanzen können teilweise als Grundfutter statt Maissilage eingesetzt werden. Eiweißpflanzen lassen sich gut in Fruchtfolgen integrieren. Sie tragen zur Artenvielfalt auf dem Acker bei und verbessern die Böden. Auch Schädlinge können sich dann nicht mehr so stark vermehren. Da der Anbau dieser Pflanzen eine emissionsarme und umweltschonende Stickstoffdüngung darstellt, wollen wir den Anbau von Eiweißpflanzen auch als Hauptkultur, also über die gesamte Vegetationsperiode, fördern. Weiterhin wollen wir an einheimischen Eiweißpflanzen forschen, um sie gegen die Folgen des Klimawandels fit zu machen und den Landwirten eine verlässliche Ernte gewährleisten zu können. Gentechnisch ausgerichtete Forschung lehnen wir hierbei ab.

Gute Böden in Sachsen-Anhalt

Unsere kostbaren Böden sind heißbegehrt. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehört der Boden in die Hände derjenigen, die ihn bewirtschaften. Daher wollen wir außerlandwirtschaftliche Investorinnen und Investoren vom Bodenmarkt zurückdrängen. Landwirtschaftliche Betriebe sollen die Flächen zu angemessenen Preisen kaufen oder pachten können.

Die Bodenerosion durch Wasser und Wind führt zu drastischem Bodenverlust. Katastrophale Erosionsereignisse finden auch in Sachsen-Anhalt statt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Erosionsschutzmaßnahmen wie Heckenpflanzungen und erosionsmindernde Bewirtschaftungsmethoden stärker gefördert werden.

Wir wollen die Vielfalt im ländlichen Raum erhalten und kleine sowie mittlere Strukturen in der Landwirtschaft schützen. Gemeinden sollen besser mitentscheiden können, ob sie eine große Tierhaltungsanlage auf ihrem Gemeindegebiet haben wollen. Dazu wollen wir ihre kommunale

Planungshoheit stärken. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für die Änderung des Baugesetzbuches ein, damit die Privilegierung von Nutztierhaltungsanlagen im Außenbereich für alle Anlagen wegfällt, die nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigungspflichtig sind.

Mehr Öko in der Landwirtschaft

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Stärkung des Ökolandbaus als umweltfreundlichste und ressourcenschonendste Landbewirtschaftung ein und wollen erreichen, dass 20 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche nach den Ökorichtlinien bewirtschaftet werden. Damit sich dieser Herausforderung auch kleinere Betriebe stellen, sehen wir in einem pauschalen und erhöhten Kontrollkostenzuschuss pro Betrieb einen Anreiz. Landeseigene Flächen und BVVG-Flächen sollen vorrangig an Ökobetriebe zu solchen Konditionen verpachtet oder verkauft werden, die einen wirtschaftlichen Betrieb ermöglichen. Eine Teilbetriebsumstellung auf Ökolandbau soll wieder möglich werden, damit Betriebe den Schritt zu mehr Ökolandbau wagen. Um dem Ökolandbau einen höheren Stellenwert einzuräumen, soll es dafür einen separaten Ausbildungszweig geben und in den landwirtschaftlichen Ausbildungen soll der Ökolandbau als Fach angeboten werden. Um die wirtschaftlichen Nachteile aufgrund der besonders umweltgerechten Wirtschaftsweise auszugleichen, muss auf Bundesebene auf eine weitere Erhöhung der Ökoprämie hingewirkt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Landwirtschaft, die ohne Pestizide auskommt. Um auf diesem Weg ein Stück weiter zu kommen, wollen wir die Förderpraxis der EU-Mittel neu ausrichten und einen stärkere Bindung der Mittel für eine Landwirtschaft, die mit dem Naturschutz vereinbar ist, festlegen. Außerdem werden wir uns für ein Glyphosatverbot einsetzen. Wir stehen für eine nachhaltige Ausnutzung der Ressourcen, indem der verpflichtende Einsatz von Einstreu in der Tierhaltung durch die anschließende Ausbringung als Wirtschaftsdünger in räumlicher Nähe mit dem Pflanzenbau kombiniert wird. Alle öffentlichen För-

derungen der Landwirtschaft müssen auf die Belange von Natur-, Umwelt und Tierschutz ausgerichtet werden.

In etlichen Fällen werden noch immer längst verbotene Pflanzenschutzmittel angewendet. Wir fordern ausreichende Kontrollen bei deren VerkäuferInnen und NutzerInnen. Anwendungsbestimmungen wie Abstandsauflagen zu ackernahen Gewässern und spritzfreie Intervalle vor der Ernte sollen die Umwelt und uns Verbraucher vor unververtretbaren Auswirkungen der Pestizide schützen.

Natürlichkeit statt Gentechnik

Im Jahr 2012 lagen die drei deutschen Gentechnik-Versuchsfelder in Sachsen-Anhalt. Kein Zufall, denn in Sachsen-Anhalt wurde seit Jahrzehnten trotz erheblicher Bedenken und Ablehnung in der Mehrheit der Bevölkerung in diese Technologie und die Gentechniklobby investiert. Wir wollen aus der Agro-Gentechnik aussteigen und uns für Anbauverbote sowohl national als auch europaweit einsetzen. Unser Ziel ist es, dass Sachsen-Anhalt in das „Europäische Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ aufgenommen wird. Zudem müssen Lebensmittel gekennzeichnet werden, wenn die Tiere mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert worden sind.

Wer GRÜN wählt, ...

... fordert gesunde, ökologische und regionale Lebensmittel;

... hat ein Herz für unsere tierischen Mitgeschöpfe;

... stimmt gegen Gentechnik.

Kapitel 3 Mit Bildung in die Zukunft

Mehr Gerechtigkeit und höhere Qualität: darauf kommt es uns an. Gemeinsam mit allen Beteiligten wollen wir unsere Bildungslandschaft weiterentwickeln. Sie soll allen Menschen gute Bildungsangebote unterbreiten, sie befähigen, sich zu entfalten und an der Gesellschaft teilzuhaben. So sind wir den Herausforderungen der Zukunft gewachsen und können ein Leben lang lernen.

Kitas sind der erste Baustein im Bildungssystem

Der positive Bildungseffekt des Krippenbesuchs ist belegt. Insbesondere kann der Krippenbesuch die Bildungschancen von Kindern aus benachteiligten Verhältnissen deutlich verbessern. Deshalb wollen wir die politische Verantwortung für Krippen und Kindergärten in das Bildungsressort legen. Für uns sind Kitas auch Kinderstuben der Demokratie, in denen Kinder bei allen sie betreffenden Angelegenheiten mitentscheiden und -handeln.

Wir begrüßen den Rechtsanspruch für alle Kinder auf ganztägige Bildung und Betreuung in einer Kindertagesstätte. Unsere Kinder brauchen mehr Erzieherinnen und Erzieher, damit jedes Kind angemessen gefördert werden kann. Jede Familie soll sich einen Kitaplatz leisten können. Die Gebühren sind darum nach Einkommen zu staffeln und zu deckeln. Für einen guten Start in die Schule müssen sprachliche und motorische Defizite möglichst früh erkannt und behoben werden. Wir wollen eine verbindliche, qualifizierte Sprachstands-Erhebung bei allen Vierjährigen einführen, damit gezielte Unterstützungsangebote unterbreitet werden können. Die Öffnungszeiten der Kitas müssen sich noch flexibler den individuellen familiären Situationen anpassen. In den Familien vorhandenen Potentiale sollen im Sinne von Erziehungspartnerschaften unterstützt und genutzt werden.

Die Ausbildungsanforderungen an die Erzieherinnen und Erzieher wachsen mit deren Aufgaben. Eine praxisorientierte dreijährige berufliche Erstausbildung muss über die gesamte Ausbildungsdauer einen kontinu-

ierlichen Wechsel von Theorie und Praxis gewährleisten und diese Ausbildung angemessen vergütet werden. Eine Offensive für den Ausbau von pädagogischen Studiengängen und die Nachqualifizierung in der Frühpädagogik an den Hochschulen ist dringend notwendig. Eine der gestiegenen Qualifikation entsprechende Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher sowie die Vergütung der Vor- und Nachbereitungszeiten muss selbstverständlich sein.

Qualität in Krippe, Kindergarten und Schule sichern

Durch das Konzept der Ganztagschulen erhält die pädagogische Arbeit an den Schulen eine stärkere Bedeutung, gerade im Grundschulbereich muss das entsprechende Angebot ausgebaut werden. Qualitätsstandards an den Schulen und vorschulischen Bildungseinrichtungen sollen deshalb sowohl die pädagogische Qualität und den Bildungserfolg, als auch die materielle und personelle Ausstattung definieren und vergleichbar machen. Der Bildungserfolg misst sich am Kompetenzzuwachs der Schülerinnen und Schüler in den unterschiedlichen Fächern. Multiprofessionelle Teams, ausreichend gut ausgebildetes Personal, sehr gute Fortbildungsmöglichkeiten und inklusive Bildungskonzepte sind unsere Eckpfeiler für Qualitätsstandards in Bildungseinrichtungen. Qualifizierungen hierzu müssen durch das Land zielgenau angeboten werden. Die Eltern können anhand der Konzepte verschiedene Bildungsangebote vergleichen und informiert entscheiden.

Kurze Beine, kurze Wege, lokale Lösungen

Jede lokale Situation sieht anders aus, daher kann direkt vor Ort besser geplant werden, ob eine Schule eröffnet oder geschlossen werden soll, ob es Schulverbünde auch unterschiedlicher Schulformen geben soll, wie der Unterricht organisiert wird. Längeres gemeinsames Lernen wird durch die Gemeinschaftsschule ermöglicht. Verbünde von Grundschulen mit einer Gemeinschaftsschule können darüber hinaus das längere gemeinsame Lernen befördern, so dass alle Schulabschlüsse, vom Sekundarschulabschluss bis zum Abitur, ermöglicht werden. Ganztägiger Un-

terricht fördert gezielt besondere Fähigkeiten, einschließlich musischer und sportlicher, gleicht Schwächen aus und schließt Wissenslücken. Bürgerinnen und Bürger, Schulträger und Gemeinden vor Ort benötigen von der Landesregierung erheblich mehr Gestaltungsspielräume. Mindestgrößen für Schulen und Klassen sind der falsche Weg.

Wir wollen Kommunale Bildungslandschaften, die alle Angebote und Ideen von Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Wirtschaft, Sport, Kultur, Politik und Verwaltung zusammenführt. Derartige Konzepte müssen in den Kommunen ausgearbeitet und umgesetzt werden. Sie geben mehr jungen Menschen Chancen, beugen Abwanderung vor und verbessern die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Auch die Wege zu den weiterführenden Schulen sind zu lang. Ein dichtes und bedarfsgerechtes Netz von ganztägigen Gemeinschaftsschulen soll entstehen und so zu kurzen Schulwegen führen. Gemeinschaftsschulen können sich zu sozialen und kulturellen Zentren vor Ort entwickeln. Sie können aus bereits existierenden Schulen heraus entstehen und unterschiedliche Profile und Schwerpunkte setzen.

Fördern statt Sitzenbleiben

Wir gestalten in den Grundschulen eine flexible, kindgerechte, jahrgangsgemischte Schuleingangsphase, die je nach Entwicklungsstand und Lerngeschwindigkeit eines Kindes ein bis drei Jahre dauern kann. Durch lückenschließenden Unterricht an der Ganztagschule wird das Sitzenbleiben abgelöst. Studien zeigen: Rückstellungen beim Schuleintritt und Sitzenbleiben fördern die Lernentwicklung nicht, sondern legen den Kindern weitere Steine in den Weg! Eine neue Lernkultur, die auf jedes Kind individuell eingeht und das Lernen voneinander ermöglicht, fördert die Leistungsstarken ebenso wie die Leistungsschwachen.

Länger gemeinsam lernen

Um die soziale Gerechtigkeit zu erhöhen und allen Kindern eine Bildungschance zu geben, wollen wir das viel zu frühe Sortieren der Kinder beenden. Zumal die Sortierung nach der vierten Klasse stark durch den

sozialen Hintergrund bestimmt ist. Dazu schaffen wir das Angebot einer zehn- bis dreizehnjährigen gemeinsamen Lernzeit in der Gemeinschaftsschule. Als Weg dorthin begreifen wir auch Schulverbünde von Grundschulen mit Gemeinschaftsschulen. Wir fordern eine Bildungspolitik, die die Gemeinschaftsschule dauerhaft als zweite Säule neben dem Gymnasium etabliert.

Der Zugang zu Bildung darf nicht vom Portemonnaie der Eltern abhängen. Deshalb sind Lernmittel ab der 1. Klasse sowie die Schülerbeförderung für Vollzeitschülerinnen und -schüler aller Schulen im Land bis zum Ende der Schulzeit kostenfrei zu gewähren. Bildungsgerechtigkeit muss auch beim Erwerb von Medienkompetenz hergestellt werden, da diese immer noch zu stark von der sozialen Herkunft abhängt und zudem geschlechtsspezifische Unterschiede verfestigt. Für alle Kinder und Jugendlichen wollen wir ein gesundes regionales Essen in allen Kindertagesstätten, Horten und Schulen anbieten, für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen kostenlos.

Gemeinschaftssinn, Gerechtigkeit und Toleranz sind Beispiele für Werte, die im Schulalltag gelebt und altersgerecht reflektiert werden müssen. Zum gemeinsamen Lernen gehört für uns auch, dass nicht wie bisher konfessionell gebundene und nichtreligiöse Kinder getrennt, sondern gemeinsam über Werte und Normen, Religionen und ihre Ausprägungen und über die vielfältigen Möglichkeiten der Lebensgestaltung in einer pluralistischen Gesellschaft sprechen und diskutieren. Wir möchten einen für alle verpflichtenden Werteunterricht einführen. Dies sehen wir, gerade in einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft als nötig an. Es wird immer schwieriger werden, allen Religionsgemeinschaften einen eigenen Religionsunterricht anzubieten, ohne dabei andere zu benachteiligen. Es muss möglich sein, dass sich die Schülerinnen und Schüler gemeinsam über ihre Werte und gesellschaftliche Gegebenheiten austauschen, eigene Vorstellungen entwickeln sowie über strittige Fragen offen mit Schülerinnen und Schülern anderer Religionen diskutieren.

Lernen endet nicht mit dem Schulabschluss. Zu guten Bedingungen für lebenslanges Lernen gehören die Programme von Volkshochschulen und Seniorenakademien ebenso wie bezahlbare Kursangebote auch im ländlichen Raum.

Schulautonomie fördern

Gute Schulen benötigen mehr eigene Gestaltungsspielräume. Jede Schule sollte unabhängig von ihrer Trägerschaft pro Schuljahr je Schülerin und Schüler einen festen Finanzbeitrag erhalten, mit dem die Schule selbstständig arbeiten kann, sofern sie sich im Gegenzug verpflichtet, allen Kindern einen unentgeltlichen Zugang zu gewähren. Die Schulen bestimmen dann selbst über Personen und pädagogische Konzepte und darüber, wie viel Geld in Lehrmittel oder in Personal investiert wird. Gleichzeitig muss das pädagogische Personal von Verwaltungsarbeit entlastet werden.

Freie Schulen müssen allen Kindern unentgeltlich offen stehen. Wir wollen unter dieser Bedingung die freien Schulen weitgehend den staatlichen Schulen finanziell gleichstellen.

Die Verantwortung der Schulleiterinnen und -leiter wächst. Sie müssen daher durch einen entsprechenden Aufbaustudiengang unterstützt werden.

Inklusion ermöglichen

Wir erwarten die konsequente Umsetzung der zum 1. Januar 2009 in Kraft getretenen UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Sie führt zu einer schrittweisen Auflösung von Förderschulen und Verlagerung der Förderangebote an allgemeinbildenden Schulen. Inklusiver Unterricht bereitet Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf besser auf ihr Erwachsenenleben außerhalb des geschützten Lernortes Förderschule vor und verbessert ihre Lebensqualität. Bis zur dieser vollständigen Umgestaltung können wir die Förderschulen nicht alleine lassen und werden sicherstellen, dass die Lern-

und Aufenthaltsbedingungen auch an auslaufenden Förderschulen angemessen sind und jedes Kind optimale Förderung erfährt.

Bei der Einführung inklusiver Schulkonzepte dürfen wir die Schulen nicht allein lassen, was derzeit leider häufig geschieht. Inklusiver Unterricht erfordert gute Vorbereitung. Die Betreuung an den allgemeinbildenden Schulen muss mit mehr gut qualifiziertem Personal erfolgen. Die für die Förderschulen bisher aufgewendeten Finanzmittel und Personalstellen werden dafür umverteilt. Die baulichen, sächlichen und schulorganisatorischen Rahmenbedingungen für den inklusiven Schulbesuch sind an vielen Orten noch zu schaffen. Es ist zu prüfen, in welchen Fällen spezialisierte Förderklassen für besonders schwere Behinderungen sinnvoll sind.

Demokratie lernen

Schule ist der zentrale Ort in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Hier entwickeln sie eine Vorstellung von Demokratie, lernen den fairen Umgang miteinander, erfahren von Toleranz, Kompromissen und Regeln. Damit Schülerinnen und Schüler ein starkes demokratisches Bewusstsein entwickeln, müssen vier Voraussetzungen gegeben sein: Anerkennung der individuellen Persönlichkeit, Beteiligung an Organisation von Schulveranstaltungen und Gestaltung von Unterricht, gelebte Demokratie im Schulalltag und vielfältiger Sozialkundeunterricht.

Das Demokratieverständnis und den Gemeinsinn an Schulen wollen wir stärken, indem wir mehr einfache und niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Dazu gehört eine gleichberechtigte Teilnahme von Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern sowie eine Mitwirkung der sonstigen Angestellten (Drittelparität-Plus) in der Schulkonferenz. An allen Schulen müssen demokratiepädagogische Konzepte, Anti-Mobbing-Projekte und Programme zur Gewaltprävention ermöglicht werden, damit Kinder und Jugendliche soziale, ethische und demokratische Kompetenzen erwerben.

Jungen Menschen muss freiwilliges gesellschaftliches Engagement außerhalb der Schule ermöglicht werden. Wir prüfen entsprechende Freistellungsmöglichkeiten.

In Umweltfragen (weiter)bilden

Unsere Umwelt bestimmt unsere Zukunft. Für wissenschaftliche und politische Fragen des Klima- und Umweltschutzes, des Naturschutzes, der Kulturlandschaften sowie des Verbraucherschutzes müssen Kinder und Jugendliche altersgerecht sensibilisiert werden. Umweltthemen sind durch lernfeldorientierten Unterricht zwischen verschiedenen Fächern, wie z. B. Biologie, Chemie, Sozialkunde oder Ethik besser zu berücksichtigen. Auch die Ökoschulen, Umweltbildungszentren und Ökologiestationen des Landes Sachsen-Anhalt leisten einen wichtigen Beitrag zur Umweltbildung. Die Umweltbildungszentren und Volkshochschulen im Land sollen zur Umweltbildung auch Erwachsener stärker gefördert werden.

Homophobie und Geschlechterstereotypen von Anfang an entgegenreten

Schon der Unterricht in der Schule muss unterschiedliche sexuelle Identitäten als selbstverständliche Lebensweisen vermitteln. Leitbild und Ziel der schulischen und außerschulischen Bildung ist die vorurteilsfreie und selbstbestimmte Findung der eigenen sexuellen Identität. Den Jugendlichen muss ein Coming-out an ihrer Schule möglich sein, ohne körperliche oder verbale Gewalt zu befürchten. Fortbildungen sollen die Lehrerinnen und Lehrer befähigen, unterschiedliche sexuelle Identitäten als selbstverständliche Lebensweisen zu vermitteln und wertneutral zu behandeln sowie Geschlechterstereotypen zu erkennen und diesen entgegen zu wirken. Lehrmittel müssen dem entsprechen.

Berufliche Ausbildung für alle

Eine gute Zukunftschance für alle Jugendliche ist ein Gebot der Gerechtigkeit und unserer Solidarität. Es darf niemand abgehängt oder aufgegeben werden. Wenn Unterstützung hilft, dann wollen wir sie ermöglichen.

chen. Wir setzen uns deshalb für ein Landesprogramm „Ausbildungsplatzgarantie“ ein: Ausbildung ist das Recht eines und einer Jeden, unabhängig von demographischen und volkswirtschaftlichen Begründungszusammenhängen.

Kleine und mittlere Betriebe und Unternehmen benötigen Unterstützung bei der Ausbildung. Gemeinsame Kooperation in Verbundausbildungen, bei der die Ausbildungsinhalte zusammen mit den Kammern zu Modulen organisiert werden, ist ein viel versprechender Ansatz. Allen jungen Menschen wollen wir zu einer erfolgreichen beruflichen Ausbildung verhelfen durch individuelle sozialpädagogische Ausbildungsbegleitung und Ausbildungscoaches.

Eine verbesserte verbindliche Berufsorientierung ist beispielsweise durch Praktika und Berufsorientierungstage in allen Schulformen anzubieten: ab der fünften Klassenstufe, in Gymnasien gleichberechtigt neben der Studienorientierung.

Lehramtsstudiengänge modernisieren

Der Beruf der Lehrerinnen und Lehrer wird anspruchsvoller und vielfältiger. Umgang mit zunehmend heterogeneren Lerngruppen und Inklusion stellen eine Herausforderung an die Ausstattung der Schulen, aber auch an die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer dar. Notwendig ist, die pädagogischen, didaktischen und psychologischen Anteile in der Ausbildung zu verstärken. Sie sollen gleichgewichtig neben der fachlichen Ausbildung stehen. Auch fächerübergreifender Unterricht muss stärkeres Gewicht bekommen. Inklusion, interkulturelle Kompetenz und Deutsch als Zweitsprache skizzieren die Eckpunkte einer zukunftsfesten Ausbildung. Die Lehramtsstudiengänge orientieren sich zukünftig am Alter der Schülerinnen und Schüler - somit an den entwicklungspsychologischen und didaktischen Unterschieden und nicht mehr an den Schulformen: das Studium des Lehramts an Grundschulen sowie das Studium des Lehramts an der Sekundarstufe I und II. Die Lehramtsstudiengänge beginnen mit einer gemeinsamen Studieneingangsphase. Für alle Be-

schäftigten muss es zertifizierte Fortbildungen geben, die es ihnen erlauben, sich den wandelnden Anforderungen kompetent zu stellen.

Um gerade Jungen in Kindergarten und Grundschule die Identifikation mit männlichen Vorbildern zu ermöglichen, unterstützen wir alle Maßnahmen mit dem Ziel, den Männeranteil im Erzieher- und Grundschullehrberuf deutlich anzuheben.

Sehr viele ältere Lehrerinnen und Lehrer gehen in den kommenden Jahren in den Ruhestand. Die schwarz-rote Landesregierung hat nicht vorgesorgt. Deshalb nimmt der Unterrichtsausfall an allen Schulformen dramatisch zu. Studien- und Referendariatsplätze müssen weiter ausgebaut werden. Es müssen mehr Pädagoginnen und Pädagogen mit einem Förderschwerpunkt als zweitem Fach ausgebildet und die Lehrerinnen und Lehrer sowie pädagogischen Fachkräfte der Schulen entsprechend fort- und weitergebildet werden.

In Lehre und Forschung investieren

Leistungsfähige sowie international ausgerichtete Hochschulen sind zentrale Pfeiler der Zukunftspolitik für Sachsen-Anhalt, in die wir investieren wollen. Die Hochschulen sind in Sachsen-Anhalt erheblich unterfinanziert und die schwarz-rote Landesregierung setzt auf weitere Kürzungen in den Hochschulbudgets. Um die Freiheit von Lehre und Forschung zu gewährleisten, ist eine angemessene Grundfinanzierung der Hochschulen zu sichern. Insgesamt ist eine solide Grundausstattung der Hochschulen abzusichern, um auch Forschungsgelder von außen einzuwerben.

Mit Gleichstellungspolitik muss endlich Ernst gemacht werden an unseren Hochschulen; Stellenbesetzungen erfolgen nur noch gemäß dem Kaskadenmodell. Danach soll der Frauenanteil jeder wissenschaftlichen Karrierestufe mindestens so hoch sein, wie derjenige der direkt darunter liegenden Qualifizierungsstufe, bis die Professuren geschlechtergerecht verteilt sind.

Jegliche Studiengebühren lehnen wir auch künftig ab, weil sie potenzielle Studierende abschrecken. Auch die vorhandenen Langzeitstudiengebühren fördern keine Studienabschlüsse. Stattdessen müssen die Möglichkeiten zum Teilzeitstudium, z. B. für Studierende mit Kindern oder mit teilweiser Berufstätigkeit, weiter ausgebaut werden. Unsere Hochschulen müssen durch geeignete Begleitungsangebote allen Menschen den Weg zu einem erfolgreichen Hochschulstudium eröffnen. Dies gilt auch für Menschen ohne Abitur, für Menschen mit Behinderungen sowie für Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen und aus unterschiedlichen Herkunftsländern gleichermaßen. Die prekären Beschäftigungsverhältnisse an unseren Hochschulen müssen beendet werden. Der wissenschaftliche Nachwuchs braucht international konkurrenzfähige Karrierepfade durch Einrichtung von Tenure-Track-Positionen.

Die Humboldtsche Universität im 21. Jahrhundert etablieren

Bildung ist ein individueller Entwicklungsprozess, dem Gestaltungsspielräume eröffnet werden müssen. Die Ergebnisse des Bolognaprozesses sind Verschulung der Lehre sowie Bürokratisierung und Entdemokratisierung der Hochschulen. Hochschulbildung muss neu gedacht werden, und zwar unter gleichberechtigter Beteiligung der Betroffenen: Studentinnen und Studenten, Forschenden und Lehrenden. Das Mandat der beteiligten Gruppen (Studierende, Professorinnen und Professoren, wissenschaftlicher Mittelbau) ist gegenüber der Hochschulleitung und dem Land zu stärken.

Das Bachelorstudium ist heute allzu häufig mit Befürchtungen verbunden, keinen Masterstudienplatz zu bekommen. Die Hochschulen müssen in ausreichender Zahl Master-Studienplätze zur Verfügung stellen.

Wir wollen ein selbstbestimmtes Studium und lehnen die derzeit gängige Praxis der Massenabfertigung ab, sowie die Verschulung in den Bachelor- und Masterstudiengängen. Zu einem umfassenden Bildungsverständnis gehört auch das gesellschaftliche Engagement.

Die Gewissensfreiheit der Studierenden muss gewahrt bleiben. Wer es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann, Tiere zu sezieren, der sollte dazu nicht gezwungen werden. Darum fordert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abschaffung der Pflicht zum Sezieren von Tieren in der Ausbildung dort, wo es nicht notwendig ist.

Für Nachhaltigkeit forschen

Wissenschaft und Forschung zu Nachhaltigkeit wollen wir in Sachsen-Anhalt als eine zentrale Leitidee zukünftiger Hochschulentwicklung fest verankern. Hierzu benötigen wir konkurrenzfähige Förderprogramme und thematische Schwerpunkte unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen, ökologischen Lebensweise. Sachsen-Anhalt soll seine Spitzenposition bei den Erneuerbaren Energien behalten. Hierbei messen wir der Forschung zu Speichertechniken und intelligenten Stromnetzen eine besondere Bedeutung zu. Das wird sich langfristig für unser Land rechnen. Gute Wissenschaft benötigt die Unabhängigkeit der Forschung an den Hochschulen, deshalb müssen Kooperationen mit Unternehmen transparent gestaltet werden.

Dem Tierschutz in der Forschung messen wir große Bedeutung zu. Das öffentliche Erkenntnisinteresse muss erheblich sein, um den Einsatz von Labortieren in Ausnahmefällen zu rechtfertigen. Diese Versuchstiere müssen nachweisbar artgerecht gehalten werden. Die Entwicklung von Alternativverfahren müssen stärker gefördert sowie die Ersatzmethoden schneller anerkannt werden.

Forschung zu neuen Atomreaktoren und gentechnisch manipulierten Lebensmitteln lehnen wir grundsätzlich ab. Wir halten Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Organismen überall, besonders aber nahe Gatersleben, dem Ort einer weltweit bedeutenden Genbank, für unverantwortlich.

Informationen allen zugänglich machen

Wir wollen die öffentlichen Bibliotheken erhalten und ihre Angebote ausweiten und elektronisch zugänglich machen. Wir sehen dies als

kommunale Pflichtaufgabe. Der Zugang zu Wissens- und Informationsbeständen ist ein elementares Grundrecht. Bibliotheken und Schulen wollen wir vernetzen und gerade im ländlichen Raum zu Kultur- und Bildungszentren vor Ort entwickeln. Alle Menschen müssen ungehinderter Zugang zu Informationen im Internet haben, insbesondere zur ständigen Fortbildung. Bibliotheken verstehen wir daher als Bildungseinrichtungen und Medienvermittler.

Zum freien Zugang zu Informationen gehören auch verlässliche Informationsträger. Deswegen wollen wir in unserem Bundesland Werbung, Sponsoring und andere Versuche der Einflussnahme, wie kostenlose „Unterrichtsmaterialien“ mit einseitiger Ausrichtung an bestimmten Interessen, an Kindertagesstätten und Schulen verbieten.

Mit staatlichen Geldern erforschtes Wissen gehört der Allgemeinheit und muss frei verfügbar sein. Wir unterstützen daher nachdrücklich „Open Access“-Initiativen und Netzneutralität.

Das Bund-Länder-Kooperationsverbot in der Bildung abschaffen

Das Grundgesetz wurde im Rahmen der Föderalismusreform unsinnigerweise so geändert, dass der Bund sich in der Bildungspolitik nur schwer engagieren kann und Länder bei Bildungsinvestitionen kaum durch den Bund unterstützt werden können. Der Bund muss angesichts knapper Kassen in den Ländern und Kommunen mehr Verantwortung für die Bildungsfinanzierung übernehmen. Über den Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, diesen Passus wieder ganz zu streichen. Die Streichung nur für die Hochschulen reicht uns nicht.

Insbesondere die kleinen Fächer, die „Orchideenfächer“, sind besonders förderungsbedürftig durch den Bund, weil sie den überregionalen Bedarf abdecken.

Wer GRÜN wählt, ...

- ... ermöglicht eine Schulstruktur mit leistungsfähigen und inklusiven Schulen vor Ort;*
- ... investiert in mehr qualifiziertes Personal für eine bessere Bildung in jedem Alter;*
- ... stimmt für zukunftsfähige Hochschulen und bessere Perspektive für den wissenschaftlichen Nachwuchs;*
- ... spricht sich für ein Landesprogramm „Ausbildungsplatzgarantie“ aus.*

Kapitel 4 Ankommen in Sachsen-Anhalt

Wir stellen uns der Verantwortung für die Geflüchtete in unserem Land und kämpfen für einen Paradigmenwechsel in der Zuwanderungspolitik. Wir setzen auf ein Sachsen-Anhalt, in dem Weltoffenheit und Vielfalt als gelebte Werte unserer Demokratie für alle Menschen erfahrbar sind, unabhängig von ihren Fluchtgründen. Wir setzen nicht auf Abschottung, sondern wir wollen Geflüchtete willkommen heißen und ankommen lassen. Wir wollen Migration als Chance erfahrbar machen - für uns und die Menschen, die zu uns kommen.

Was heute in vielen Bereichen der Kultur, der Wirtschaft und Wissenschaft längst selbstverständlich ist, wird auch die anderen Bereiche unseres gesellschaftlichen Miteinanders in Sachsen-Anhalt bereichern. Interkultureller Geist tut Sachsen-Anhalt gut. Dabei braucht unser Bundesland mehr Zuwanderung, um die Zukunft erfolgreich zu meistern.

Zugleich müssen wir mit gestärkten Bürgerrechten und einer vitalen Zivilgesellschaft entschlossener gegen Fremdenhass und Rassismus in unserem Bundesland vorgehen.

Integration vom ersten Tag an – für Alle

Wir unterteilen nicht in gute und schlechte Zuwanderer. Alle Menschen, die hier leben sind gleich wertvoll und genießen die gleiche Wertschätzung. Jeder, der bei uns leben und arbeiten möchte, muss vom ersten Tag an die Möglichkeit dazu bekommen, unabhängig vom Aufenthaltsrechtlichen Status. Dies gilt insbesondere für die mehreren tausend in Sachsen-Anhalt lebenden Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie „Geduldete“, von denen Integration zwar häufig gefordert, denen sie tatsächlich aber schwer gemacht wird. Den Zugang zu Deutschkursen als wichtigste Integrationsvoraussetzung werden wir für alle vom ersten Tag an ermöglichen.

Die Integration vom ersten Tag für die Kinder Geflüchteter liegt uns besonders am Herzen. Für sie müssen ausreichend Kita-Plätze zur Verfü-

gung gestellt werden. Alle schulpflichtigen Kinder müssen normale Schulen besuchen können und dort ausreichend Deutsch als Fremdsprache unterrichtet bekommen. Für interkulturell geschultes Personal ist zu sorgen.

Zuwanderung fördern, Hürden senken

Wir wollen Sachsen-Anhalt für Zuwanderung aus dem In- und Ausland attraktiv machen. Innerdeutsche Zuwanderinnen und Zuwanderer sollen sich ebenso wie jene aus EU- und Drittstaaten eingeladen fühlen, sich hier erfolgreich zu verwirklichen. Sachsen-Anhalt muss mehr dafür tun, dass junge Zuwanderinnen und Zuwanderer hier leben, Familien gründen, eine Ausbildung absolvieren und arbeiten.

Die Hürden bei Zuwanderung sollen abgebaut werden. Die Einkommensgrenzen für Fachkräfte aus dem Ausland müssen gesenkt werden, gerade auch für Angehörige von Drittstaaten, die etwa die „Blaue Karte EU“ in Anspruch nehmen möchten. Internationalen Studierenden muss der Verbleib in Sachsen-Anhalt nach Studienabschluss wesentlich erleichtert werden.

Bildungsabschlüsse aus anderen Ländern wollen wir leichter anerkennen und Angebote unterbreiten, um sie mit Hilfe von Fortbildungen deutschen Abschlüssen vergleichbar zu machen. Schließlich müssen Menschen, die hier arbeiten, wesentlich früher als bisher die Möglichkeit zur Einbürgerung bekommen, ohne dabei auf den Pass ihres Herkunftslandes verzichten zu müssen. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Doppelte Staatsbürgerschaft keine Verhandlungsmasse, sondern Herzensangelegenheit.

Ausländerbehörden zu Willkommenszentren gestalten

Behördengänge sind für Migrantinnen und Migranten in Sachsen-Anhalt oft eine besondere Belastung, weil sie wie „Menschen zweiter Klasse“ behandelt werden und kaum Wertschätzung erfahren. Das wollen wir ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Maßnahmenplan für das ganze Land entwickelt wird, damit die Ausländerbehörden im Land zu ech-

ten Willkommenszentren werden. Dazu gehört für uns insbesondere sprachlich und interkulturell qualifiziertes Personal. Eine Trennung der aufenthaltsrechtlichen Bearbeitung von allen anderen Fragestellungen ist dabei unerlässlich, um einen fairen Umgang zu sichern.

Flucht entkriminalisieren – Geflüchtete aufnehmen

Derzeit sind weltweit mehr Menschen auf der Flucht vor Kriegen, Terror, Hunger und Not, als je zuvor nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Es ist ein Menschenrecht, Schutz und Zuflucht gewährt zu bekommen. Für uns ist es ein Gebot der Humanität und Solidarität, dieses Menschenrecht zu gewähren. Darüber hinaus haben Deutschland und Sachsen-Anhalt die völkerrechtliche Verpflichtung, Geflüchtete aufzunehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigen sich solidarisch mit allen Geflüchteten und setzen sich für deren umfassende Integration in Sachsen-Anhalt ein.

Wir widersetzen uns entschieden Strömungen in Politik und Gesellschaft, die mit rassistischen, antireligiösen und diskriminierenden Vorurteilen Hass gegen Geflüchtete schüren und damit das Klima in der Gesellschaft vergiften. Neben den Fluchtursachen in den Herkunftsländern und den verbrecherischen Praktiken der Schlepper ist die Abschottung der EU-Außengrenzen mitverantwortlich für den qualvollen Tod zehntausender Menschen auf dem Mittelmeer. Dieser humanitären Katastrophe kann nur durch die Einrichtung legaler Fluchtwege nach Europa, Deutschland und Sachsen-Anhalt Einhalt geboten werden, beispielsweise in Form humanitärer Visa.

Dezentrale Unterbringung in Wohnungen

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Asylsuchenden und Geduldeten dezentral in Wohnungen untergebracht werden. Damit beenden wir ihre soziale Isolation und ermöglichen ein gutes Zusammenleben. Wohnungen sind ausreichend vorhanden. Wir wollen durch eine Änderung des Aufnahmegesetzes Sachsen-Anhalts erreichen, dass das Land die Unterbringung auf die Städte und Gemeinden überträgt, statt auf die Landkreise und kreisfreien Städte. Auf dieser Ebene sind die Kenntnisse über

vorhandenen Wohnraum am besten vertreten. Außerdem müssen die Kommunen ausreichend finanziell dafür ausgestattet sein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass bis zu einer vollständigen dezentralen Unterbringung aller Geflüchteten in Wohnungen Qualitätskriterien verbindlich festgeschrieben werden. Dies betrifft insbesondere die Betreuung durch mehr qualifizierte Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Weitere Kriterien sind die Lage der Einrichtung und der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln, zu Kultureinrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten. Dazu werden wir ein unabhängiges Beschwerdemanagement einrichten.

Faire Asylverfahren für alle

Alle Geflüchteten müssen das Recht bekommen, frei zu wählen, in welchem europäischen Land sie ihren Asylantrag stellen möchten. Dort muss sie ein faires und nach qualitativen Maßstäben ausgerichtetes Verfahren erwarten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden pauschale Forderungen nach schnelleren Asylverfahren nicht mittragen, wenn dies auf Kosten von deren Qualität und Fairness geht. Ankommende Geflüchtete gelangen in Sachsen-Anhalt zunächst in die „Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber“ (ZASt) in Halberstadt. Die dortigen Unterbringungsbedingungen sind insbesondere für Kinder und Familien weiterhin unzumutbar. Die Unterbringung der Geflüchteten in Containern lehnen wir ab. Wir setzen uns für umfassende Maßnahmen ein, das Umfeld der ZASt mit ausreichenden Spiel- und Freizeitmöglichkeiten auszustatten und insbesondere die Kinderbetreuung und soziale Beratung auszubauen. Da die Kapazitäten einer Einrichtung erschöpft sind, fordern wir eine Zweite an einem geeigneten Ort in Sachsen-Anhalt. Sachsen-Anhalt nimmt derzeit 2,9 Prozent der Asylsuchenden auf, die nach Deutschland kommen. Es ist in unserem Interesse, diese Quote zu erhöhen.

Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten öffnen

Demokratische Gesellschaft ist kein Privileg, das an den deutschen Pass gebunden ist, sondern Menschenrecht. Wir wollen Mitbestimmung für

alle möglich machen, die ihren Lebensmittelpunkt in Sachsen-Anhalt haben. Deshalb sollen künftig Migrantinnen und Migranten, die in Sachsen-Anhalt leben, lernen, arbeiten oder Steuern zahlen, bei Kommunal- und Landtagswahlen wählen dürfen.

Einführung der Gesundheitskarte für Asylsuchende

Gesundheitsversorgung ist Menschenrecht. Wir setzen uns für die Einführung einer Krankenversicherungskarte für Geflüchtete ein, um den gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitssystem zu gewährleisten. Nur so können Krankheiten rechtzeitig erkannt und behandelt werden.

Geflüchtete benötigen darüber hinaus individuelle therapeutische Unterstützung. Außerdem kann nur geschultes Fachpersonal den besonderen Bedarfen der Geflüchtete gerecht werden.

Ein Ministerium für alle Aufgaben

Willkommen heißen und ankommen lassen – das zeigt sich auch in klaren Strukturen, die jede und jeder nachvollziehen und verstehen kann. Deshalb wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Landesregierung die Kompetenzen für Zuwanderung und Integration gebündelt in einem Ministerium zusammenfassen und im Namen des Ministeriums verankern. Dadurch wird die Verantwortung für Integration als Querschnittsaufgabe zusammengefasst sowie nach außen und innen sichtbar.

Wer GRÜN wählt, ...

- ... stimmt für eine leichtere und schnellere Anerkennung ausländischer Studien- und Berufsabschlüsse;*
- ... ermöglicht Mitbestimmung durch ein Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten;*
- ... spricht sich für flächendeckenden und frühzeitig beginnenden Deutschunterricht aus;*
- ... stimmt für die Einführung einer Krankenversicherungskarte für Geflüchtete;*
- ... hilft dabei, alle Geflüchtete dezentral in Wohnungen unterzubringen.*

Kapitel 5 Für ein junges Sachsen-Anhalt

Kinder und Jugendliche sind Menschen mit eigenen Hoffnungen, Wünschen und Möglichkeiten, aber auch eigenen Forderungen, deren Sicht auf Gesellschaft und Politik sich meist von jenen der Erwachsenen unterscheidet. Politische Entscheidungen sollen daraufhin geprüft werden, welche Auswirkungen sie auf Kinder und Jugendliche in unserem Land haben. Um dies zu erreichen, sind Kinder und Jugendliche so oft wie möglich und altersgerecht in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Denn sie sind bereits jetzt und hier als Kinder und Jugendliche Bürgerinnen und Bürger und Teil unsers politischen Gemeinwesens. Zudem brauchen unsere Kinder ein stabiles familiäres Umfeld und gute Bildung. Familie ist da, wo Kinder sind. Die ganze Gesellschaft muss sich ihrer Verantwortung Kindern gegenüber bewusst sein.

Kinderrechte stärken

Kinder haben eigene Rechte: Rechte auf Schutz, Förderung ihrer Entwicklung sowie Beteiligung. Diese Rechte sind in der UN-Kinderrechtskonvention festgehalten und von Deutschland unterschrieben wurden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für die konsequente Umsetzung und Einhaltung dieser Rechte. Wir wollen sie in der Landesverfassung verankern. Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen bedeutet, sie frühzeitig und altersangemessen an der Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft zu beteiligen. Wir wollen deshalb die Beteiligungsstrukturen für Kinder und Jugendliche auf Kommunal- und Landesebene ausbauen. Dazu gehört für uns auch die Absenkung des aktiven Wahlrechts auf 14 Jahre bei allen Wahlen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden im Bundesrat eine Initiative einbringen, um Kinderrechte auch im Grundgesetz zu verankern. Ihr Recht auf Bildung und individuelle Förderung muss gestärkt werden.

Kinderrechte müssen vor Ort erlebbar und realisiert werden, zum Beispiel durch umfassende Beteiligung bereits im Kindergarten, durch Drittelparität in der Schule und verbindliche Beteiligung bei kommunalen

Planungsprozessen. Damit dieses Anrecht auf kommunale Beteiligung einklagbar wird, wollen wir ein Verbandsklagerecht für demokratische Jugendverbände gesetzlich ermöglichen. Zur Bündelung der Interessen von jungen Menschen sollen kommunale Kinder- und Jugendgremien gefördert werden. Kommunale Kinderbeauftragte sind als verlässliche lokale AnsprechpartnerInnen zu schaffen. Im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe sollen Beratungs- und Beschwerdestellen (Ombudschaftsstellen) gleiche Augenhöhe zwischen den jungen Klienten, dem Jugendamt und den Einrichtungen schaffen.“

Um auch im Landesparlament den Rechten und Anliegen von Kindern und Jugendlichen mehr Gehör zu verschaffen, wollen wir fraktionsübergreifende Kommission für die Belange von Kindern und Jugendlichen (Kinderkommission) einsetzen.

Auch Kinder in anderen Erdteilen verdienen Schutz und Rechte. Wir tragen durch unsere Lebensweise für sie Verantwortung und werden deswegen Produkte, die durch Kinderarbeit entstanden sind, zurückdrängen und den Kampf gegen Kinderarbeit in die Bildungsarbeit einfließen lassen.

Eltern stärken – Familien unterstützen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen junge Menschen ermutigen, sich für eine Familiengründung zu entscheiden. Dafür sind gute Rahmenbedingungen zu schaffen: die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt, die Modularisierung der Ausbildung, die individuelle und zeitnahe Betreuung in schwierigen Situationen. Wir stehen für ein sicher finanziertes und engmaschiges Netz von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Eltern und Kinder ein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen familienentlastende Angebote wie Schwangerschaftsberatungsstellen, Familien- und Erziehungsberatungsstellen sowie Familienzentren erhalten und fördern. Angebote der Elternbildung, Selbsthilfe, Sprach- und Gesundheitsförderung müssen besser vernetzt werden und auch in der Fläche überall niedrigschwellig

erreichbar sein. Dazu sind Kindertagesstätten hin zu Familienzentren zu entwickeln. Wir begrüßen die Förderung von Familienurlaube und möchten damit noch mehr Familien und vor allem auch Väter erreichen. Generationsübergreifende neue Wohnformen sollen gefördert werden.

Unterschiedliche Formen von Familie müssen bei allen familienpolitischen Maßnahmen berücksichtigt werden. Wir wollen alle Lebensformen stärken, in denen Kinder gewünscht und willkommen sind. Dazu gehört, allen Eltern, ganz gleich ob verheiratet oder nicht verheiratet und Regenbogenfamilien, die gleichen Rechte und Pflichten zu gewähren. Auf Bundesebene setzen wir uns für ein uneingeschränktes Adoptionsrecht für homosexuelle Paare ein.

Eine moderne Unternehmenskultur bedeutet für Eltern neben familienfreundlichen Arbeitszeiten eine betriebsnahe flexible Kinderbetreuung. Besonders für kleine und mittelständische Unternehmen muss der Absicherungsfonds der Versorgungsämlter entbürokratisiert und verbessert werden, um den Arbeitszeitausfall durch Schwangerschaft, Mutterschutz oder Erkrankung des Kindes abzufedern. Bei der öffentlichen Fördermittelvergabe in Sachsen-Anhalt soll der Familienfreundlichkeit besonders Rechnung getragen werden.

Mehr Raum für Kinder und Jugendliche schaffen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mehr öffentliche Räume für Kinder und Jugendliche schaffen. Dies sind Freiräume ohne staatliche oder gesellschaftliche Vordefinitionen, in denen so wenig wie möglich von außen gesteuert und vorgegeben wird, damit sie Erfahrungen sammeln und sich erproben können. Dafür wollen wir ihnen Expertinnen und Experten zur Seite stellen, die in der Lage sind, ihnen diese Freiräume zu schaffen und zu erhalten, ihnen aber gleichzeitig Halt und Hilfestellung bieten, wenn sie diese benötigen und einfordern. Auch sollen beispielsweise Schulsportanlagen Kindern und Jugendlichen auch außerhalb des Unterrichts offen stehen. Wir wollen in den Kommunen Wohnen, Arbeiten und Freizeit wieder enger zusammenführen sowie Stadtteile und

Innenstädte beleben und begrünen. Davon profitieren alle, junge und alte Menschen. Zu diesem Zweck erwarten wir in den Kommunen eine bessere Abstimmung der Schulentwicklungs-, der Stadt- und der Jugendhilfeplanung. Jugendverbandsarbeit gibt jungen Menschen Raum sich auszuprobieren und zu beweisen. Wir setzen uns für eine Anschubfinanzierung zum Strukturaufbau in den Kreisen ein. Zu Freiraum gehört auch selbstständige Mobilität mit einem SchülerInnenticket, welches auch in der Freizeit gilt.

Kinder und Jugendliche geschlechtergerecht fördern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen geschlechtergerechte Arbeit der Jugendhilfe fördern. Mädchen und junge Frauen wollen in vielen Lebensbereichen anders angesprochen, erreicht und motiviert werden als Jungen und junge Männer. Jede Form sexueller Identität verdient sensiblen Umgang. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen entsprechende Einsichten in die Arbeit der Jugendhilfe integrieren. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen für diese Tätigkeit qualifiziert werden.

Ein jährlich stattfindender, verbindlicher „Zukunftstag für Jungen und Mädchen“ bietet für geschlechtergerechte Orientierung gute Möglichkeiten. Die Schulen werden verpflichtet, Angebote für Jungen in frauentypischen Berufen und Angebote für Mädchen in männertypischen Berufen zu entwickeln und den Zukunftstag vor- und nachzubereiten. Die Unternehmen im Land werden aufgefordert, solche Angebote zu installieren. Dafür machen wir uns stark.

Kulturräume für Kinder und Jugendliche verstärken

Kinder und Jugendliche entfalten eigene Kreativität, die für ihre Persönlichkeitsbildung entscheidend ist. Neue Welten können sie an Musikschulen, in Jugendzentren, in freien Theater- oder Tanzprojekten usw. entdecken. Hier werden Teamgeist und Solidarität, Respekt für andere, Weltoffenheit und Toleranz praktisch erlebt und gelernt. Wir wollen nicht hinnehmen, dass solche Einrichtungen in ihrer Existenz bedroht sind. Zugänge zu den Einrichtungen müssen unabhängig vom Geldbeu-

tel der Eltern ermöglicht werden. Ein „Freizeitgutschein“ für alle bedürftigen Kinder kann den regelmäßigen Besuch von Musik- und Malschulen oder kulturellen Veranstaltungen erleichtern.

Jugendstrafrecht – Prävention statt Strafe

Wir wollen gegen Jugendkriminalität mit der Bekämpfung ihrer Ursachen vorgehen. Dazu gehören für uns: Verbesserung der sozialen und kulturellen Lebensbedingungen, gerechte Bildungschancen, lebenswerte Wohnquartiere und der Kampf gegen das Abkoppeln von Personengruppen und ganzer Stadtteile von Präventionsmaßnahmen. Wir wollen darüber hinaus die Opferberatung und die Begleitung von jungen Verbrechenopfern ausbauen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind entschieden gegen eine Verschärfung des Jugendstrafrechts. Finanzmittel sind in verbesserte Bildung und Ausbildung sowie in soziale Integration zu investieren. Im Umgang mit jugendlichen Straftäterinnen und Straftätern muss grundsätzlich Hilfe und Unterstützung Vorrang vor Bestrafung haben. Die Zusammenarbeit der Polizei untereinander sowie mit Einrichtungen der Jugendhilfe, den Schulen, Ausbildungsstätten sowie Vereinen und Verbänden muss erweitert und verbessert werden. Bestehende Projekte wie „Täter-Opfer-Ausgleich“, „Anti-Gewalt-Training“ und das Projekt „Schülergremien“, die zu einer Vielzahl von zielgenauen Maßnahmen im Jugendstrafrecht beitragen, sollen verstetigt und ausgebaut werden. In Jugendstrafverfahren dringen wir darauf, dass die Gerichte und Behörden bei aller Sorgfalt die Dauer von Prozessen minimieren. Wir wollen, dass alle Akteure schon vor dem Prozess strukturiert zusammenarbeiten, um zeitnah mit den Jugendlichen Lösungsansätze zu entwickeln.

Wer GRÜN wählt, ...

- ... gibt Kindern und Jugendlichen eine gleichberechtigte Stimme;*
- ... hilft, den Schutz von Kindern und Jugendlichen zu stärken;*
- ... setzt sich für mehr Mitbestimmung
und ein Wahlrecht ab 14 Jahren ein;*
- ... unterstützt die Mobilität junger Menschen;*
- ... verbessert die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt.*

Kapitel 6 Mit grünem Wirtschaften zu besserer Lebensqualität

Unsere Wirtschaft soll für die Menschen arbeiten und im Einklang mit der Natur stehen. Daher messen wir den Erfolg von Wirtschaftspolitik nicht nur am Bruttoinlandsprodukt, sondern daran, dass es Mensch und Natur in unserem Land gut geht. Zusätzlich liegt uns auch die „Eine Welt“ am Herzen. Wir wollen unsere Wirtschaftspolitik so gestalten, dass unser Handeln Mensch und Umwelt anderswo nicht schadet und Menschen in anderen Ländern und Kontinenten die Möglichkeit haben, eine gleichberechtigte Wirtschaft aufzubauen. Wir berücksichtigen die Begrenzung der natürlichen Ressourcen für eine gute Lebensqualität der jetzigen und künftigen Generationen. Für uns macht es einen großen Unterschied, ob unsere Wirtschaft auf Sonnen- und Windenergie basiert oder aus umweltschädlichen Brennstoffen kommt. Für Jahrzehnte geht kostbare Natur durch Kohleabbaugebiete verloren. Auch wollen wir eine erfolgreiche Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen und guten Löhnen. Für ein zukunftsfestes Sachsen-Anhalt wollen wir Wissenschaft und Forschung gezielter fördern und unterstützen. Besonders nachhaltige und ökologische Forschungsinvestitionen sichern uns ein konkurrenzfähiges Land für die Zukunft. So wollen wir unsere Spitzenposition bei den Erneuerbaren Energien behalten und langfristig verteidigen und so auch gute Arbeit schaffen und sichern.

Erneuerbare Energien als Entwicklungschance

Bei konsequenter und zügiger Ausgestaltung bedeuten die Erneuerbaren Energien die einmalige wirtschaftspolitische Chance für Sachsen-Anhalt: Wir können endlich von einem „Nehmerland“ zu einem Energieexportland mit kontinuierlichen Einnahmen werden. Wir wollen, dass die Produktion von Erneuerbaren-Energie-Anlagen weiter einen Platz in Sachsen-Anhalt hat. Auch die Forschung und Entwicklung von Erneuerbaren Energien wollen wir in diesem Land vorantreiben.

Windkraft, Solarenergie und ökologisch angebaute Biomasse (keine Monokulturen) bieten uns eine Entwicklungschance für ein verlässlich wirtschaftliches Standbein dieser Region. Damit bestehen gute Chancen, Arbeitsplätze in der Region und der Landwirtschaft zu entwickeln und zu erhalten. Und wenn dann auch noch dezentrale Organisationsformen wie Stadtwerke oder Bürgerenergiegenossenschaften besonders gefördert werden, können die Gewinne dem regionalen Wirtschaftskreislauf zugeführt sowie der bisherige relevante Abfluss von Kapital für im Ausland eingekaufte Energieträger gestoppt werden. Kommunale Verwaltungen sollen auf die Nutzung regenerativer Energien festgelegt werden. Es müsste keine Energie mehr aus dem Ausland eingekauft werden. Dies kann ein entscheidender Impuls für die Zukunftsfähigkeit vieler Regionen und damit eine ernsthafte Alternative zu bisherigen Wirtschaftsförderungsansätzen sein.

Rahmenbedingungen für innovative und konkurrenzfähige Unternehmen schaffen

Sachsen-Anhalt hat für zukunftsfähige und innovative Unternehmen viel zu bieten. Unsere wirtschaftlichen Zugpferde im Land wie die Ernährungswirtschaft, die Informationstechnologie, die Chemie-/ Kunststoffindustrie, die Erneuerbaren Energien, die Biotechnologie und die Pharmabranche wollen wir stärken und günstige Rahmenbedingungen schaffen. Dazu wollen wir einen Förderschwerpunkt auf den Bereich Forschung und Entwicklung legen. Wir wollen, dass gut bezahlte Arbeitsplätze entstehen, die für eine erhöhte Anziehungskraft des Landes sorgen. Die Förderkriterien müssen so weiter entwickelt werden, dass Mitnahmeeffekte vermieden und soziale und ökologische Effekte wirkungsvoller berücksichtigt werden. Für eine wirtschaftliche Zukunft Sachsens-Anhalts brauchen wir innovative Unternehmen, die es sich auch selbst leisten können, in Forschung und Entwicklung zu investieren. Diese Ausgaben sollen auch steuerlich berücksichtigt werden können.

Der demografische Wandel ist eine große wirtschaftliche Herausforderung für unser Land. Sachsen-Anhalt kann es sich nicht mehr leisten,

junge Menschen im Bildungssystem zurückzulassen, wenn Unternehmen gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Ort fehlen. Wir wollen eine Arbeitsmarktpolitik, die auch Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern auf dem Arbeitsmarkt bessere Chancen ermöglicht. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Berufsabschlüsse von Migrantinnen und Migranten schneller anerkannt werden. Wir fördern lebenslanges Lernen und die Weiterbildungsaktivitäten in den Unternehmen. Wir stärken die Hochschulen in Sachsen-Anhalt, um die Attraktivität für Studierende aus anderen Bundesländern und dem Ausland zu erhalten.

Unternehmen brauchen Internet. Doch Sachsen-Anhalt ist Schlusslicht im bundesweiten Vergleich im Ausbau der Breitbandversorgung. Das verhindert die Ansiedlung neuer Unternehmen und schwächt die Kreativwirtschaft und die meisten bestehenden Unternehmen. Hier wollen wir investieren und für flächendeckend schnelles Internet sorgen.

Kommunen konkurrieren untereinander um die Ansiedlung von Unternehmen auf ihren wenig genutzten Gewerbegebieten, weil die Koalitionen der Vergangenheit Unmengen an Landesgeld in zu vielen dieser Betonbrachen versenkt haben. Wir wollen diese Situation ändern, indem wir die Kommunen darin unterstützen, bei der Ansiedlung von Unternehmen (noch) mehr zu kooperieren und somit lenken zu können. Dadurch entstehen Standortvorteile für einzelne Industrien (bspw. Lieferanten und Kunden an einem Ort), sodass auch die bestehenden Industriebranchen im ländlichen Raum Entwicklungschancen bekommen könnten. Größere Unternehmen sollten gezielt auf die schon bestehenden und noch ungenutzten Gewerbegebieten der Städte gelockt werden. So können wir unnötigen Verkehr vermeiden und Arbeitsplätze schaffen, die auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sind.

Natur plus Kultur – Nachhaltige Tourismuskonzepte voranbringen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen im Tourismus mit den Schwerpunkten Naturerfahrung, sportliche Betätigung, Kulturerlebnis und Reise in die Geschichte einen Wirtschaftszweig, der zukünftig weiter an Bedeutung

gewinnen muss. Schon heute sind bereits zahlreiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Sachsen-Anhalt direkt und indirekt in der Tourismuswirtschaft beschäftigt.

Sachsen-Anhalt ist in Deutschland für sein einzigartiges kulturelles Erbe mit vier UNESCO-Welterbestätten, einem Netz von historischen Gärten und Parks sowie der Straße der Romanik bekannt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen durch sanften und nachhaltigen Tourismus die Regionen stärken und die Umwelt erhalten. Dabei sehen wir als besondere Vermarktungsschwerpunkte im Tourismus den Rad- und Flusstourismus sowie die Weltkulturerbestätten. Während sich die öffentliche Aufmerksamkeit vorrangig auf den Elberadweg konzentriert, geraten die anderen Radwege in Vergessenheit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb die Erarbeitung eines Unterhaltungskonzeptes für landesbedeutsame Radwege unter Einbeziehung des Landes, der Kommunen und Landkreise voranbringen. Die kommunale Einbeziehung soll auch die örtlichen Initiativen umfassen. Ferner wollen wir den Aufbau eines Leitsystems für Radtouristen initiieren. Ein solches System soll Hinweise auf örtliche Tourismus-Angebote ermöglichen. Weil die Elektromobilität zukünftig auch den Rad- und Bootstourismus prägen wird, wollen wir uns dafür einsetzen, dass der Aufbau eines Netzes von Ladestationen mit Fördermitteln unterstützt wird.

Im Wassertourismus bietet Sachsen-Anhalt heute schon viele Besonderheiten und kann mit einigen richtigen Investitionen noch viel für unsere Zukunft dazugewinnen. Viele unserer Gewässer wie Elbe, Saale und Unstrut sind im hohen Maße naturbelassen und liegen an einmaligen Kulturstätten. Dies bietet den Gästen Abwechslung und macht unser Land zum Ziel von Rad-, Kanu- und Kulturtouristinnen und -touristen. Um dieses Potenzial zu nutzen wollen wir in die entsprechende wassertouristische Infrastruktur investieren. Beispielsweise setzen wir uns für den Erhalt und touristischen Betrieb von Schleusen an der Saale und ein gut ausgestattetes Netz von Kanu-Rast-Stationen ein.

Wir setzen uns auch für die friedliche Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide ein. Sie soll nicht länger Übungsgelände der Bundeswehr sein, sondern für naturverträglichen Tourismus erschlossen werden. Touristische Infrastruktur, insbesondere überregionale Radwege, müssen in Verantwortung des Landes aufgebaut und gepflegt werden. Tourismusregionen wie z. B. der Harz müssen stärker länderübergreifend kooperieren, wofür wir uns einsetzen wollen.

Wissenschaft und Wirtschaft – Innovative Unternehmen gezielter fördern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Zukunftsbranchen, die unternehmensnahe Forschung und Entwicklung, regionale Kooperationen sowie die bedarfsgerechte Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten stärken. Die Förderung muss nachhaltig sein. Wir wollen Neuinvestitionen in kleine und mittlere Unternehmen (KMU), denn diese sind stark mit ihrer Region verbunden und sorgen für die meisten der Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Die Chancen im Umfeld von Universitäten und Fachhochschulen sollen durch gezielte Ansiedlung und Ausgründung von technologie- und wissenschaftsorientierten Unternehmen genutzt werden. Erfolgreiche Unternehmen brauchen gut ausgestattete und breit aufgestellte Hochschulen. Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen attraktiver für Nachwuchskräfte aus Wissenschaft und Wirtschaft machen. Wir wollen den Zugang zum Landesprogramm „Innovationsassistent“ erleichtern und damit attraktiver für Nachwuchskräfte aus Wissenschaft und Wirtschaft machen.

Handwerk stärken

Die Zukunft des Handwerks in Sachsen-Anhalt liegt in guten Arbeitsplätzen durch gute Aufträge. Ökologischer Umbau und Denkmalschutz brauchen den verantwortungsvollen Betrieb, der sich fachlich auf dem neuesten Stand hält: Häuser sanieren sich nicht von allein, Solarmodule kommen nicht von selbst auf die Dächer. Hier liegen neue Chancen.

Bestehende Förderprogramme müssen in regelmäßigen Abständen mit wissenschaftlichen Methoden auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für einen effizienten Einsatz der knappen öffentlichen Mittel ein.

Den Meisterbrief wollen wir als eingeführtes Qualitätsmerkmal, das Verbraucherinnen und Verbrauchern als gute Orientierung dient, beibehalten.

Mit Ausbildungsverbänden wollen wir die Attraktivität von Handwerksbetrieben steigern, damit sie ihre Ausbildungsplätze besetzen können. Daher wollen wir diese weiter entwickeln.

Unternehmensübergabe befördern – Arbeitsplätze sichern

In Sachsen-Anhalt werden Unternehmensnachfolgerinnen und -nachfolger immer dringender gesucht. Knapp 40.000 Beschäftigte sind von dieser Unsicherheit betroffen, da dort derzeit noch nicht klar ist, wer innerhalb der nächsten drei Jahre das Ruder übernehmen wird. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diesen Generationenwechsel aktiv unterstützen. Gemeinsam mit den Kammern und den Unternehmens-Netzwerken müssen die Strategien für erfolgreiche Unternehmensübergaben weiterentwickelt werden. Wir wollen Fortbildungsprogramme, die eine betriebswirtschaftliche Qualifizierung von Beschäftigten für die Unternehmensführung ermöglichen. Außerdem wollen wir in einem Pilotprojekt prüfen, ob finanzielle Hilfen die Entscheidung von Beschäftigten, ein Unternehmen zu übernehmen, positiv beeinflussen können.

Die Chemie muss stimmen

Die Chemieindustrie ist in Sachsen-Anhalt ein weiterer erheblicher Wirtschaftsfaktor. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine grünere Chemieindustrie in Sachsen-Anhalt und so auch ihre langfristige Wettbewerbsfähigkeit stärken. Chemie, mit grünen Inhalten kann zum Beispiel helfen, Solarstrom zu erzeugen, umweltfreundlichere Fahrzeuge zu bauen und die Materialeffizienz zu steigern. Wir setzen auf eine Chemiewende, analog zur Energiewende, zum Beispiel durch die Gewinnung von Koh-

lenstoffverbindungen aus nachwachsenden Rohstoffen und damit den mittelfristigen Ausstieg aus Kohle und Erdöl.

Regionale Wirtschaftsentwicklung stärken

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen die Stärkung von regionalen Wirtschaftsstrukturen als wichtiges Instrument. Denn es sind größtenteils die kleinen und mittelständischen Handwerks-, Produktions- und Dienstleistungsbetriebe, die Sachsen-Anhalts Wirtschaft vor Ort tragen. Sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft.

Jeder Region muss die Möglichkeit gegeben werden, eigene Potentiale zu entwickeln. Die Gewinne wirtschaftlicher Aktivitäten in einzelnen Regionen sollten auch den Menschen vor Ort zugutekommen. Die räumliche und branchenübergreifende Zusammenarbeit soll im Fokus des wirtschaftlichen Handels stehen. So entstehen zukunftsfeste Strukturen, die umweltschonend und verkehrsentlastend wirken, wie z. B. die Chemieregionen Bitterfeld und Leuna.

Kommunale Unternehmen gehören auch in Sachsen-Anhalt oft zu den größten Arbeitgebern vor Ort. Sie sind in einer verzweigten Wirtschaft auch wichtige Auftraggeber für Handwerk, Handel und Dienstleister. Deshalb wollen wir die kommunalen Unternehmen stärken, aber auch mehr Transparenz und Kontrolle möglich machen.

Außerdem setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für genossenschaftliche Initiativen ein, die neue Wege bei der Selbstversorgung und Selbstverantwortung gehen. Damit wollen wir insbesondere im ländlichen Raum das soziale Gefüge festigen. Beispielsweise wollen wir die Gründung von Dorfläden als sozialen Kommunikationspunkt unterstützen. Auch Regionalwährungen können wirtschaftlich nachhaltige Impulse setzen und verdienen Unterstützung.

Mehr Transparenz und Kontrolle bei der Vergabe von Fördergeldern

Wir sehen Reformbedarf bei der Fördermittelvergabe. Die Schaffung von mehr Transparenz und Kontrolle bei gleichzeitiger Entbürokratisierung

ist unser Ziel. Die zuletzt bekannt gewordenen Vorkommnisse um die Vergabe von Fördermitteln, beispielsweise bei der Jahnsporthalle in Wolmirstedt oder des IHK-Bildungszentrums in Dessau, zeigen, dass die öffentliche Verwaltung nicht nur im Vorfeld sondern auch im Nachgang einer Fördermittelgewährung verstärkt prüfend tätig werden muss. Wir wollen, dass Verwendungsnachweisprüfungen zeitnah und neutral erfolgen. Wir wollen, dass in der öffentlichen Verwaltung alle Entscheidungsstrukturen dahingehend überprüft werden, ob sie Korruption oder Vorteilsgewährung begünstigen. Hierbei setzen wir uns für ein Maximum an Transparenz ein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in diesem Zusammenhang auch die Geschäfte der Investitions- und Beteiligungsgesellschaft (IBG) des Landes sehr kritisch. Das Land stellt über die IBG Risikokapital zur Verfügung. Es wurde kein Start-Up-Klima geschaffen, sondern viel Geld in alte Industriestrukturen gesteckt. Bei der Vergabe von Risikokapital müssen Innovation und die Zukunftsperspektiven für Sachsen-Anhalt im Vordergrund stehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass dem Grundsatz der Nachhaltigkeit beim Einsatz öffentlicher Mittel eine weitaus höhere Bedeutung beigemessen wird als bisher. Die Vergabe öffentlicher Mittel für Start-Ups gehört in die öffentliche Hand.

Wer GRÜN wählt, ...

- ... sichert und schafft Arbeitsplätze*
- ... etabliert Sachsen-Anhalt als international beachteten Standort grüner Technologien;*
- ... setzt auf eine nachhaltige und am Gemeinwohl orientierte Wirtschaftspolitik;*
- ... will eine neue und transparente Förderpolitik;*
- ... setzt auf ein nachhaltiges Tourismuskonzept.*

Kapitel 7 Für eine nachhaltige Finanzpolitik in Sachsen-Anhalt

Wir wollen unseren Kindern und Enkeln ein Land übergeben, indem sie selbstbewusst politisch gestalten können. Eine herausfordernde Aufgabe angesichts der strukturell bedingt geringen sowie der ungenutzten Einnahmemöglichkeiten, der bereits angehäuften Schulden, des demographischen Wandels und dem erwarteten Rückgang von Zuschüssen aus dem Solidarpakt und den EU-Strukturfonds. Doch wir können dies jetzt zusammen bewältigen - durch GRÜNE Konzepte und eine GRÜNE Wahlentscheidung. Unser Anspruch: Wir investieren in Köpfe und sparen beim Beton! Wir investieren dort, wo es für die Zukunft unserer Kinder sinnvoll ist, also vor allem in Schulen, Universitäten und in den Erhalt unserer Natur. Hingegen sollte Sparen auch bei Regierung und Verwaltung selbst beginnen. Für die Landesverwaltung wollen wir schnellstmöglich ein wirksames Energiemanagement einführen. Öffentliche Gebäude müssen energieeffizient auf Grundlage von Lebenszykluskosten erbaut, instandgesetzt und modernisiert werden. In der öffentlichen Beschaffung müssen außerdem Kriterien wie Langlebigkeit und Umweltverträglichkeit eine größere Rolle spielen, vor allem beim Fahrzeugpark der Landesregierung. Diese Maßnahmen führen mittel- und langfristig zu einer Entlastung des Landeshaushaltes.

In Zukunft investieren

Mehrausgaben sind für uns immer dann wertvoll, wenn diese einmal unseren Kindern und Enkeln zugutekommen. Dazu gehören vor allem Investitionen in Umwelt- und Klimaschutz, bessere Bildung, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe, weil diese gutes Leben ermöglichen und langfristig zu mehr wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Stabilität führen. Verantwortungsvolle Politik muss sich immer auch an der Frage messen lassen, ob die ihr zur Verfügung stehenden Mittel sinnvoll und effizient im Sinne des Allgemeinwohls eingesetzt werden. Daraus ergibt sich für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Notwendigkeit einer stetigen Aufgaben- und Effizienzkritik.

Kommunen brauchen Gestaltungsspielräume

Unsere Kommunen sind angewiesen auf die kommunalen Zuweisungen des Landes, da sie für viele gesellschaftliche Aufgaben Sorge tragen und dazu relativ wenige Einnahmemöglichkeiten haben. Viele Kommunen stehen vor großen Schwierigkeiten- einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen- und können kaum die notwendigen Unterhaltungsaufwendungen und Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, wie beispielsweise Spielplätze, Straßen und Wege oder kommunale Immobilien tätigen. Wir wollen, und die Kommunen brauchen, deutlich höhere kommunale Zuweisungen vom Land, welche bisher stetig gekürzt worden sind, damit das Land finanziell besser dasteht.

Zugleich wollen wir den Kommunen mehr Anreize geben, ihre Schulden durch kluges Wirtschaften auch selbst abzubauen. Gutes Wirtschaften darf nicht bestraft werden. Wenn bei der Erhebung der sogenannten Bagatellsteuern die Einnahme eines zusätzlichen Euros sofort den Finanzierungsbedarf im kommunalen Finanzausgleich um einen Euro senkt, dann haben die Kommunen kaum einen Anreiz, ihre eigene Einnahmeposition zu verstärken.

Darüber hinaus sehen wir im Berechnungsverfahren weiteren Änderungsbedarf, damit der kommunale Finanzausgleich zu einem verlässlichen und verständlichem Instrument der Kommunalfinanzen wird und nicht zum jeweiligen Ausgleich des Landeshaushaltes dient. Mittelfristig zum Beispiel sollten die anfallenden Abschreibungsbeträge in die Bedarfsberechnung einbezogen werden.

Nachhaltige Finanzpolitik heißt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch, dass die öffentlichen Haushalte im Land als Gesamtheit zu betrachten sind. Wir halten es aus diesem Grund für nicht sinnvoll und auch nicht verantwortlich im Landeshaushalt Schulden zu tilgen und zugleich die kommunale Verschuldung hochzufahren. Die von CDU und SPD verfolgte Sanierung des Landeshaushalts auf Kosten der Kommunen lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Schuldenpolitik mit Augenmaß

Wir wollen in Zukunft ein eigenständiges und selbstbewusstes Sachsen-Anhalt. Wir wollen keine neuen Schuldenberge hinterlassen. Unsere Zukunftsinvestitionen wollen wir durch Umschichtung im Haushalt erreichen und keine neuen Schulden einplanen. Doch Investitionen, die sich langfristig rechnen, müssen trotzdem möglich sein. Mit Haushaltsüberschüssen wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weitere Zukunftsinvestitionen in Bildung, Wissenschaft und Umwelt ermöglichen und die finanzpolitischen Vorsorgeelemente wie die Steuerschwankungsreserve stärken.

Gleichwertige Lebensverhältnisse anstreben:

Gerechter Länderfinanzausgleich

Die zukünftige Ausgestaltung des Länderfinanzausgleichs, der die Umverteilung von Steuereinnahmen zwischen dem Bund und den Ländern regelt, ist unsicher. Die Finanzkraft unserer öffentlichen Hand liegt aber immer noch weit unter dem Bundesdurchschnitt. Wir möchten dafür sorgen, dass der Finanzbedarf Sachsen-Anhalts in einem neuen Länderfinanzausgleichssystem korrekt erfasst wird. Dieser muss auch für die Zukunft neu und solidarisch ausgerichtet werden, unabhängig von den Himmelsrichtungen. Am Ende des Verhandlungsprozess müssen finanzschwache Länder und Regionen besser gestellt sein, um unter anderem den immensen Investitionstau zu beheben.

Aufgabenbezogene Personalpolitik

Alle Aufgaben des Landes, der Aufbau der Verwaltung und die landeseigenen Gesellschaften müssen einer genauen Aufgabenkritik unterzogen werden. Hierarchien müssen flacher werden. Ziel muss sein, all das weiter zu entwickeln, was die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit des Landes fördert sowie solche Kosten konsequent zu vermeiden, die demographisch unsinnig und umweltschädlich sind. Die Ergebnisse der Analyse müssen sich in der Personalpolitik des Landes spiegeln. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen keine Personalpolitik nach Kassenlage. Wir ste-

hen für eine Personalpolitik, die den Aufgaben des Landes entspricht aber auch ihrer Verantwortung gegenüber den Beschäftigten nachkommt, ihre Leistungen anerkennt und sie nicht als wegzukürzende Kostenfaktoren betrachtet.

Steuern gerecht erheben, Einnahmesituation verbessern

Das Land muss seine Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung konsequent nutzen. Das heißt für uns, dass die Finanzverwaltung gestärkt werden muss. Den von der schwarz-roten Landesregierung geplanten Personalabbau bei der Landesfinanzverwaltung, insbesondere bei den Prüfungsdiensten, lehnen wir ab. Wir wollen, dass einem steuerehrlichen Unternehmen keine Wettbewerbsnachteile entstehen. Außerdem wollen wir, dass die Zuständigkeit zur Prüfung von Konzernen und Einkommensmillionären zukünftig von den Länderfinanzverwaltungen auf eine bundesweit tätige Spezialeinheit („Large Tax Payer Unit“) übertragen wird. Die neue Spezialeinheit muss personell und technisch auf Augenhöhe mit den Steuerabteilungen der Konzerne sein. Wir wollen Steuervermeidungs- und Steuergegestaltungsstrategien begrenzen. Deshalb wollen uns für eine andere, nachhaltige und ökologische Steuerpolitik auf Bundesebene einsetzen. Dies ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor allem auch eine Frage der Steuergerechtigkeit.

Zudem muss das Land seine Einnahmesituation auch im Rahmen seiner Pflicht zur Sicherung einer nachhaltigen Landesentwicklung verbessern. Sachsen-Anhalt soll nicht länger leichtfertig auf Förderabgaben aus dem Bergbau, z. B. dem Braunkohletagebau, verzichten.

Wer GRÜN wählt, ...

- ... investiert in Köpfe statt Beton;*
- ... fordert eine nachhaltige Haushaltspolitik;*
- ... setzt sich für eine moderne Finanzverwaltung und mehr Steuergerechtigkeit ein;*
- ... stärkt die Kommunen.*

Kapitel 8 Für ein mobiles Sachsen-Anhalt

Mit guter Mobilität verbessern wir die Lebensqualität und ermöglichen Selbstbestimmung sowie Freiheit der Menschen. In unserem Alltags- und Arbeitsleben ist sie ein Schlüssel für soziale Teilhabe. Darum werden wir auch Sozialtickets fördern. Auch Energiewende und Klimaschutz gehen nur mit einer neuen Verkehrspolitik, die unsere Umwelt schützt, lebenswerte Räume erhält und attraktive Orte schafft. Mit guter Verkehrspolitik schaffen wir auch mehr Wirtschaftskraft im Land. Wir wollen die Mobilitätsangebote im Lande so entwickeln, dass wir Verkehr für alle Menschen umweltfreundlich, klimaschützend, sicher und bequem gestalten. Dies schaffen wir, indem wir Verkehr vermindern, verlagern und verbessern!

Unser Ziel ist eine neue Verkehrspolitik für Sachsen-Anhalt. Wir werden die negativen Folgen des Verkehrs mindern, wollen die „vision zero“ – null Verkehrstote – erreichen, die CO₂-Emissionen deutlich senken und Verkehrslärm besonders in Wohngebieten reduzieren. Dafür sehen wir die Verlagerung von Verkehr als Schlüssel. Wir stehen für die Förderung von Alternativen zum Auto. Unser Fokus ist der Ausbau von Bahn-, Bus-, Fuß-, und Radverkehr sowie die Etablierung neuer Mobilitätsangebote. Wir wollen die Menschen von Sachsen-Anhalt zum Umstieg begeistern und mit ihnen das Verkehrsangebot verbessern. Die Menschen im Land sind oft in ihrem Mobilitätsverhalten weiter als die derzeitige Politik und gehören stärker beteiligt. Wir wollen das Angebot im Öffentlichen Nahverkehr verbessern, neue Angebote wie Car- und Ridesharing fördern und WLAN in Bus und Bahn einführen.

Klimafreundlich unterwegs – mit allen Verkehrsmitteln

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein Sachsen-Anhalt, in dem es möglich ist, auf ein eigenes Auto zu verzichten, ohne auf bequeme und verlässliche Mobilität verzichten zu müssen. Deswegen wollen wir den umwelt- und klimafreundlichen Fortbewegungsmitteln Vorfahrt geben. Wir sorgen dafür, dass Fahrradfahren attraktiv wird. Darum setzen wir

uns zum Beispiel für mehr und bessere Fahrradwege und die Öffnung von Einbahnstraßen ein. Außerdem sollen Fahrräder in allen Nahverkehrsmitteln überall mitgenommen werden dürfen.

Wir wollen, dass der ÖPNV familienfreundlicher und barrierefrei wird. Dies bedeutet u.a., dass genügend Stellplätze in Bussen und Bahnen für Kinderwägen, Rollstühle und Rollatoren vorhanden sind. Ein Umstieg auf Bus und Bahn wird erst dann zur Alternative, wenn es regelmäßige, modern und komfortabel ausgerüstete, gut aufeinander abgestimmte und verlässliche Linien gibt. Indem Bus- und Bahnfahren attraktiver wird, steigen mehr Menschen um vom Auto und Mobilität in Sachsen-Anhalt wird umwelt- und klimafreundlich. Deswegen setzen wir uns für das Ende des Tarifdschungels und für ein bezahlbares und in allen Verkehrsmitteln gültiges Ticketsystem ein. Für uns ist darum klar: Eine Reduzierung des Bus- und Bahnangebots im Landesnetz wird es mit uns nicht geben. Wir stellen uns entschieden den Streckenschließungen entgegen und werden alles tun, damit die schwarz-rote Landesregierung den Bahnverkehr nicht weiter vor die Wand fahren kann.

Vom Land (mit-)finanzierter und bestellter Nahverkehr auf der Schiene und den Buslinien des Landesnetzes ist grundsätzlich auszuschreiben. Für den Fall eines Betreiberwechsels von Bahnstrecken ist sicherzustellen, dass die bisherigen Standards bei der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen auch für den neuen Betreiber weiter gelten. Wir wollen die Bahnhöfe zu Mobilitätspunkten entwickeln, an dem die Verkehrsmittel optimal miteinander verbunden sind und es bequem und bezahlbar ist, mobil zu sein. So gelingt der Umstieg in eine Mitfahrgelegenheit, auf das eigene Fahrrad, in einen Bus oder in ein Taxi ohne große Probleme.

Zudem ist Car-Sharing besonders im ländlichen Raum ein wichtiger Baustein für eine bequeme, komfortable und umweltschonende Eigenmobilität: Immer ein Auto, wenn es gebraucht wird – aber eben nur dann. Das entlastet den Verkehr, die Kommunen und den Geldbeutel. Deswegen wollen wir ein flächendeckendes Car-Sharing-Angebot unter-

stützen, auch in Klein- und Mittelstädten ab 5000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Die Mobilität mit alternativen Antrieben wie dem Elektroauto, ist eine Alternative für alle, die nicht auf das Auto verzichten möchten. Um sie ins Rollen zu bringen, werden wir den öffentlichen Fuhrpark schrittweise mit Elektroautos ausstatten und Extraparkplätze für Elektroautos zur Verfügung stellen. Natürlich muss so ein Fuhrpark mit Ökostrom betrieben werden. Modelle zur Nutzung von Car-Sharing sollen geprüft werden.

Wir sehen im Fernbusverkehr eine sinnvolle Ergänzung zur Bahn. Allerdings dürfen Busse nicht von Straßen-, Park- und anderen Gebühren befreit werden. Dadurch wird Wettbewerb verzerrt und der Allgemeinheit werden zusätzliche Kosten auferlegt.

Vorrang für Fuß- und Radverkehr

Die meisten Menschen, die sich im Verkehr bewegen, benutzen ihre Füße, schonen dadurch die Umwelt und tun etwas für ihre Gesundheit und ihren Geldbeutel. Wir wollen die Gemeinden im Land dabei unterstützen, das Zufußgehen und das Fahrradfahren angenehmer zu gestalten. Fehlen zum Beispiel Zebrasteifen oder klaffen Löcher im Gehweg, ist die Lust am Laufen rasch dahin. Wir wollen, dass Kinder gefahrlos ihre Wohngegend erkunden können und dass der Weg zur Schule oder zum Arzt nicht zur ungewollten Achterbahnfahrt wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Tempolimits und Verkehrsberuhigungen im Innenstadtbereich gezielt für mehr Sicherheit sorgen.

Auch mit dem Fahrrad können wir schnell und umweltschonend weite Wege zurücklegen. Deswegen wollen wir deutlich mehr Geld für den Radwegebau zur Verfügung stellen, um den Anteil des Radverkehrs zu erhöhen. Wir nehmen dabei auch den ländlichen Raum in den Blick und wollen die Nahmobilität dort stärker forcieren. Es muss möglich sein, von einer Gemeinde in die andere mit eigener Kraft zu kommen. Wir wollen deswegen mehr Rad- und Fußwege ausbauen und Radschnell-

wege aufbauen. Wir wollen, dass neue Radwege und Radverkehrsanlagen verbindlich und regelgerecht nach den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA 2010) gebaut werden und die nagelneuen aber viel zu engen Radwege der Vergangenheit angehören. Damit schaffen wir die Basis für den Durchbruch der eMobilität, wo sie wirklich Sinn ergibt: beim Fahrrad. Der Aufbau von Fahrradverleihsystemen auch mit Elektrofahrrädern und Spezialfahrrädern wie Lastenrädern hat deshalb unsere Unterstützung. Darüber hinaus wollen wir einen Aktionsplan für einen ganzheitlichen Landesradverkehrsplan, unter anderem für die touristischen Radrouten, entwickeln und umsetzen.

BÜNDNIS 90/Die Grünen möchten den Anteil des Fahrradverkehrs deutlich erhöhen. Dafür sind sichere Fahrradabstellplätze notwendig. Besonders an den Bahnhöfen fehlen oftmals adäquate Fahrradabstellanlagen. Deshalb treten wir dafür ein, dass das Land Sachsen-Anhalt ein Programm auflegt, mit dem die Errichtung von Radstationen an Bahnhöfen gefördert wird.

Straßennetz: Erhalt und Ausbau statt Neubau

Sachsen-Anhalt verfügt schon jetzt in vielen Regionen über ein gut ausgebautes Straßennetz. Leider sind aber viele dieser Straßen in einem Zustand, von dem teilweise akute Gefährdungen ausgehen. So manche Brücke wird nur noch durch Gottvertrauen zusammengehalten. Die Menschen in einigen Orten leiden unter einer extremen Verkehrsbelastung, weil nötige Instandsetzungsmaßnahmen nicht durchgeführt oder Ortsumgehungen nicht angegangen werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf den Erhalt und die Pflege bestehender Straßen. Dadurch schützen wir unsere Landschaften mitsamt ihren Tier- und Pflanzenarten vor Eingriffen, die sie unwiederbringlich beschädigen oder vernichten.

Wo eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur nachweislich erforderlich ist, wollen wir als Alternative zu extrem teuren Autobahn-

Neubauvorhaben eine kostengünstigere und am tatsächlichen Bedarf orientierte Sanierung und den Ausbau vorhandener Straßenverläufe.

Durch den Verzicht auf die Verlängerungen der A 71, der A 143, Nordverlängerung der A 14 und Verzicht auf die Neutrassierung der B 190n könnte Sachsen-Anhalt eine Vielzahl wichtiger Verkehrsprojekte finanzieren. Dazu gehört der mehrspurige Ausbau der B 189 und B 71 bis zur niedersächsischen Landesgrenze inklusive langersehnter Ortsumgehungen als bedarfsgerechte Alternative zum Neubau der A 14. Dies ist nicht nur günstiger, sondern vermeidet weitere Versiegelungen des Bodens und durch die zumeist parallel zu den Bundesstraßen geplanten Autobahnen das Zerschneiden von ökologisch wertvollem Lebensraum.

Unserer Meinung nach muss der günstigeren und umweltfreundlicheren Alternative stets Vorzug gewährt werden. Das käme auch den von Lärm und Abgasen geplagten Menschen vor Ort entgegen. Gut ausgebaute, mehrspurige Bundesstraßen mit Ortsumfahrungen sind gute Alternativen zu Autobahnen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehen mit öffentlichen Mitteln sorgsam um und wollen die knappen Ressourcen lieber in den Erhalt unserer Landes- und Kreisstraßen sowie in Fahrradinfrastruktur stecken. Angesichts der knappen Haushaltsmittel des Landes für den Straßenbau soll auf ein Neubau von Landesstraßen verzichtet werden und im Bereich der Landesstraßen vorrangig die Unterhaltung des bestehenden Straßennetzes verbessert werden. Außerdem wollen wir den Übergang zwischen Auto, Fahrrad und dem öffentlichen Personennahverkehr durch Park-and-Ride-Plätze und sichere Fahrradparkplätze verbessern.

In Ortslagen, wo der Durchgangsverkehr zur unerträglichen Last für die Bewohnerinnen und Bewohner geworden ist, befürworten wir den Bau von Ortsumgehungen und anderen Schutzmaßnahmen. Dabei ist jeder Eingriff so durchzuführen, dass es zu einem Minimum an Belastungen für Mensch und Natur kommt. Wo Straßen zu groß für den Bedarf sind,

muss auch ein Rückbau und eine Rückgewinnung von Naturflächen möglich sein.

Wir fordern darüber hinaus ein Programm zur Erhaltung und Nachpflanzung der Alleen in Sachsen-Anhalt und ein Modellprojekt zur Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen an Landesstraßen.

Güter umweltfreundlich transportieren

Der Güterverkehr gehört auf die Schiene. Das schont unsere Umwelt, unser Klima und nicht zuletzt unsere Nerven. Um Unternehmen den Umstieg auf die Schiene zu erleichtern, wollen wir mehr Gewerbegebiete an das Schienennetz anschließen und Nebenstrecken für den Güterverkehr besser nutzbar machen. Um die Schiene attraktiver zu machen und bisher mautfreie Straßen zu entlasten wollen wir, dass über den Bundesrat die LKW-Maut auf alle Straße ausgeweitet wird. Giga-Liner, also überlange LKW, lehnen wir ab.

Güterverkehr findet aber nicht nur auf den Schienen und Autobahnen des Landes statt. Die Wirtschaftsverkehre mit großen LKW und Kleintransportern stellen Gemeinden und Städte vor immer größere Herausforderungen. Sie verursachen nicht nur Lärm und Abgase sondern parken oft Fahrbahnen und Fußwege zu und sind für einen hohen Anteil der Emissionen in der Stadt verantwortlich. Wir wollen hier neue Wege gehen. Unser Ziel sind CO₂-freie und lärmarme Wirtschaftsverkehre. Dies wollen wir erreichen, indem wir unter Einbeziehung der wissenschaftlichen Kompetenz im Land Rahmenbedingungen für neue Güterverkehrskonzepte entwickeln, die die Kooperation und Bündelung von Warenverkehren über Unternehmen hinweg ermöglichen, den Einsatz von alternativen Transportmitteln wie Lastenrad oder Elektro-LKW unterstützen und Räume für Minigüterverkehrszentren und Minidepots eröffnen.

Flugverkehr begrenzen

Mit dem Flughafen Leipzig/Halle existiert für Sachsen-Anhalt ein gut ausgebauter und gut erschlossener Standort. Damit ist nach Ansicht von

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Bedarf an Flughäfen im Land gedeckt. Den Flughafen Cochstedt lehnen wir ab.

Nachtflüge beeinträchtigen die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner der Region. Die Maßnahmen zum Lärmschutz sind noch immer unzureichend. Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weitere aktive und passive Schallschutzmaßnahmen. Außerdem sind emissions- und tageszeitabhängige Landegebühren und ein Nachtflugverbot notwendig.

Wer GRÜN wählt, ...

- ... gibt umweltfreundlicher Mobilität Vorfahrt;*
- ... investiert in den Erhalt von Infrastruktur statt in Großprojekte;*
- ... bringt Güter von der Straße auf die Schiene;*
- ... setzt sich für die Förderung von Sozialtickets ein.*

Kapitel 9 Für echte Gleichstellung in Sachsen-Anhalt

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht es in Sachsen-Anhalt in allen Politikfeldern immer auch um gleiche Rechte und Chancen für alle Menschen, gleich welchen Geschlechts, welcher sexuellen Orientierung, welcher Herkunft – das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Eine moderne Gleichstellungspolitik gleicht Nachteile aus, wo Diskriminierung aufgrund des Geschlechts stattfindet. Das bezieht sich auf existenzsichernde Beschäftigung bei gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit ebenso wie auf den uneingeschränkten Zugang von Frauen zu verantwortlichen Positionen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Frauen, Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle sowie Transgender (LSBTI*) müssen vor jeder Form von Gewalt geschützt werden, ihre Rechte strukturell verankert werden. Wir treten für die Freiheit unterschiedlicher Lebensentwürfe und die gleichberechtigte Teilhabe an Gesellschaft ein.

Akzeptanz von LSBTI* stärken

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für „gleiche Liebe – gleiche Rechte“ und eine solidarische Gesellschaftspolitik in Sachsen-Anhalt. Wir haben die Gleichberechtigung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, transidenten und intersexuellen Mitmenschen (LSBTI*) in den vergangenen Jahren maßgeblich vorangetrieben – auf diesem Weg werden wir auch im Land weitergehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass der Schutz der sexuellen Identität in die Landesverfassung aufgenommen wird. Wir setzen uns dafür ein, dass der von uns in den Landtag eingebrachte Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie zügig entwickelt und in der neuen Legislaturperiode konsequent umgesetzt wird. Dieser soll dazu beitragen, Vorurteile und Ressentiments gegen LSBTI* abzubauen und die Akzeptanz von unterschiedlichen sexuellen Identitäten in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern. Homo- und Transphobie zu bekämpfen.

Wir setzen uns für eine unabhängige Landeskoordinierungsstelle zur LSBTI-Thematik mit Netzwerkfunktion zur Sicherstellung einer kontinuierlichen Zusammenarbeit der Landesregierung mit Nichtregierungsorganisationen, die sich mit den Problemen Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, transidenten und intersexuellen Mitmenschen beschäftigen, um den fachlichen Austausch zu verbessern, gesamtgesellschaftliche Defizite zu analysieren und Ansätze zur Verbesserung der Lebenssituation von LSBTI* zu entwickeln und umzusetzen, ein.

Ehe öffnen – Regenbogenfamilien unterstützen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften in allen Rechtsbereichen. Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ist dabei zentrales Anliegen. Dazu gehören für uns die volle Anerkennung von Regenbogenfamilien und deren umfassende Gleichstellung im Sozialrecht, im Sorge- und Adoptionsrecht, im Abstammungsrecht und beim Recht auf Familiengründung durch Adoption, Insemination und Pflegschaft.

LSBTI Eltern sind genauso gute Eltern wie heterosexuelle Menschen. Dennoch sind Regenbogenfamilien häufig auch anders. Nicht selten übernehmen hier mehr als zwei Personen Verantwortung für ein Kind. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind daher für die Schaffung eines Instituts für elterliche Mitverantwortung zur rechtlichen Absicherung der sozialen Elternschaft. Dieses soll neben den leiblichen Eltern maximal zwei weiteren Erwachsenen elterliche Mitverantwortung übertragen, wenn sich alle Beteiligten - inklusive des Kindes - einig sind und keine Sorgerechtsstreitigkeiten bestehen. Wie bei Patchworkfamilien übernehmen weitere Erwachsene Verantwortung für Kinder.

Gesicherte Finanzierung von Beratungs- und Bildungsangeboten für LSBTI*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern auskömmliche und kontinuierliche öffentliche Mittel für Projekte und Organisationen, die LSBTI* beraten

und unterstützen, oder die in den Bereichen Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Bildung tätig sind.

Wir zeigen homo- und transphobe Diskriminierung und Gewalt die Rote Karte. Daher fordern wir mehr konkrete und auch finanziell mit eigenem Budget ausgestattete Ansprechpersonen für LSBTI* in den Polizeidienststellen. Aus- und Fortbildungen der Polizei und des Justizpersonals zu vorurteilsmotivierten Gewaltdelikten müssen ausgeweitet werden. Eine Finanzierung von Diskriminierung jeglicher Art durch öffentliche Gelder darf es nicht geben. Wo Hinweise auf homo- oder transphobe Betätigungen einzelner Träger vorhanden sind, fordern wir alle öffentlichen Zuwendungen auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls unverzüglich zu beenden.

LSBTI*-Flüchtlinge besser schützen

Für Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, weil sie aufgrund ihrer Homosexualität bzw. LSBTI*-Lebensweisen in ihren Herkunftsländern gefährdet sind oder gar verfolgt werden, fordern wir ein unbürokratisches Aufenthaltsrecht und von Anbeginn eine dezentrale Unterbringung aufgrund ihrer besonderen Gefährdungslage innerhalb von Gemeinschaftsunterkünften. Es bedarf einer besonderen Berücksichtigung und Unterstützung von LSBTI*-Flüchtlingen sowie umfangreiche Informationen in ihrer Muttersprache über Beratungs- und Hilfsangebote im LSBTI*-Bereich.

Opfer von § 175 StGB und §151 StGB (DDR) rehabilitieren

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Menschenrechtsverletzungen an Homosexuellen nach 1945 in beiden deutschen Staaten bis heute nicht aufgearbeitet. Deren Opfer wurden trotz Landtagsbeschluss nicht rehabilitiert. Deshalb fordern wir unnachgiebig eine Aufhebung der nach 1945 aufgrund einvernehmlicher homosexueller Handlungen ergangenen Urteile wegen § 175 StGB bzw. § 151 StGB der DDR und eine Entschädigung der Opfer durch einen Entschädigungsfond.

Für Selbstbestimmung und modernes Transsexuellenrecht

Wir fordern eine Modernisierung des sogenannten Transsexuellenrechts. Die Hürden auf dem Weg zur Vornamens- und Personenstandsänderung sind zu beseitigen und die Würde und das Selbstbestimmungsrecht von Trans*-Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Auch für Menschen, die mit nicht eindeutigen biologischen Geschlechtsmerkmalen geboren wurden (Inter*), fordern wir das Recht auf freie Entfaltung und Selbstbestimmung. Chirurgische und medikamentöse/hormonelle Eingriffe dürfen nur mit der informierten Einwilligung der Betroffenen erfolgen.

Diskriminierungsfreie Schule und Verwaltung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass die Lebensvielfalt der Bürgerinnen und Bürger in allen Bereichen der Gesellschaft berücksichtigt wird. Sachsenanhaltische Schulen sollen unterschiedliche sexuelle Identitäten als selbstverständliche Lebensweisen fächerübergreifend vermitteln und wertneutral behandeln. Wir fordern die Verankerung des Themas in den Lehrplänen und Rahmenrichtlinien aller Schulformen und die stärkere Berücksichtigung dieses Themas bei der Zulassung von Unterrichtsmaterialien. Die Sensibilisierung von Lehrenden und Tätigen in Schulsozialarbeit, Kinder- und Jugendhilfe zur Aufklärung in Hinsicht auf sexuelle Vielfalt und gleichgeschlechtliche Lebensweisen zur Prävention von Diskriminierung und Gewalt, ist uns ein wichtiges Anliegen. Jugendliche sollen ihre Sexualität vorurteilsfrei und selbstbestimmt finden können. Wir werden alles unternehmen, damit Jugendlichen ein Coming-out möglich wird, ohne körperliche oder verbale Gewalt befürchten zu müssen. Für die Landesverwaltungen müssen Diversity-Konzepte erarbeitet und umgesetzt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften in allen Bereichen: beim Kindschaftsrecht, beim Adoptions- und Sorgerecht, bei Pflegschaften, im Miet-, Erb-, Beamten- und Steuerrecht ebenso wie im Ausländerrecht. Wir werden dazu über den Bundesrat entsprechende Gesetzesinitiativen auf den Weg bringen.

Die Verbände und Selbsthilfe-Organisationen, die sich um die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern kümmern, müssen mit aufgabenangemessenen Landesmitteln ausgestattet werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass die Lebensvielfalt der Bürgerinnen und Bürger in allen Bereichen der Gesellschaft berücksichtigt wird. Sachsen-anhaltische Schulen sollen unterschiedliche sexuelle Identitäten als selbstverständliche Lebensweisen vermitteln und wertneutral behandeln. Jugendliche sollen ihre Sexualität vorurteilsfrei und selbstbestimmt finden können. Wir werden alles unternehmen, damit Jugendlichen ein Coming-out möglich wird, ohne körperliche oder verbale Gewalt befürchten zu müssen. Für die Landesverwaltungen müssen Diversity-Konzepte erarbeitet und umgesetzt werden.

Für Frauen existenzsichernde Erwerbstätigkeit ermöglichen

Die meisten Frauen und Männer wollen und müssen einer existenzsichernden Beschäftigung nachgehen. Die Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist darauf gerichtet, der Abwanderung vor allem junger, gut ausgebildeter Frauen entgegenzuwirken.

Eine Voraussetzung dafür ist, gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen. Dazu bedarf es flexibler Arbeitszeiten für Frauen und Männer. Neben der ganztägigen Kinderbetreuung müssen flexible Möglichkeiten für Randzeiten gefunden werden, um die Öffnungszeiten der Kitas noch mehr an die Bedürfnisse der Eltern anzupassen.

Geschlechtergerechtigkeit heißt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt auch, gleiche Entlohnung gleichwertiger Arbeit sowie Qualifizierungs- und berufliche Wiedereinstiegsprogramme für Frauen und Männer, die nach einer Phase der Familienarbeit wieder den Beruf aufnehmen wollen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine verbesserte Situation der Förderung von Frauen in der Privatwirtschaft sowie für eine Überarbeitung des Frauenförderungsgesetzes für den öffentlichen Dienst hin zu einem

modernen Gleichstellungsgesetz. Die Ausweitung der gleichstellungs- und frauenfördernden Maßnahmen in der Wirtschaft und bei Existenzgründungen im Land hat für uns Priorität. Unser Ziel ist die gleichberechtigte Verteilung von Familien- und Erwerbsarbeit auf Männer und Frauen und eine gesellschaftliche Neubewertung dieser Tätigkeiten.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Landeseinrichtungen konsequent familienfreundlich gestaltet werden und wir werden politische Leitplanken entwickeln, die auch die Privatwirtschaft auf Familienfreundlichkeit verpflichtet. Für Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Modelle entwickeln, die es Frauen und Männern ermöglichen, Pflegeverantwortung zu übernehmen.

Wir favorisieren ein Steuerrecht, das Frauen nicht als Zuverdienerinnen versteht, sondern eigenständige Existenzsicherung und daraus resultierende eigene Rentenansprüche sichert. Das so genannte Ehegattensplitting ist aus unserer Sicht nicht mehr zeitgemäß und daher durch eine Individualbesteuerung und eine unabhängige Kindergrundsicherung zu ersetzen. Wir werden uns für entsprechende Initiativen im Bundesrat einsetzen.

Ein besonderes Augenmerk ist auf die in unserem Land besonders große Gruppe der Alleinerziehenden zu richten. Sie brauchen verlässliche Unterstützung bei der Kinderbetreuung, der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche und bei der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Landesprogramm zügig umsetzen

Das Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt wurde vor allem mit unserer Hilfe auf den Weg gebracht und dient der Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit im Alltag. Wir werden uns für seine Umsetzung und Konkretisierung einsetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass alle Maßnahmen in Politik, Verwaltung und Gesellschaft auf ihre Auswirkungen für beide Geschlechter überprüft werden. Landesausgaben sollen künftig konsequent an Anforderungen

der Geschlechtergerechtigkeit ausgerichtet werden. Dies führt zu mehr Transparenz, Qualität und Nachhaltigkeit bei der Verteilung staatlicher Ausgaben. Geschlechtergerechte Haushaltsführung (Gender Budgeting) muss gängiges Mittel der Haushaltsaufstellung werden. Alle Ressorts haben konkrete Projekte hierfür zu benennen.

Frauen und Männer diskriminierungsfrei bilden

Geschlechtsbezogene Vorurteile und stereotype Verhaltensweisen sind im Bildungsbereich nach wie vor verbreitet. Das beeinflusst die Berufsorientierung von Mädchen und Frauen und erschwert ihren Zugang zu technischen, naturwissenschaftlichen und gehobenen Berufen. Ebenso muss die Unterrepräsentanz von Männern in erzieherischen, pädagogischen und dienstleistenden Berufen beendet werden. Die Vorstellung von typischen „Frauenberufen“ und „Männerberufen“ muss bereits in der Kindertagesstätte und in der Schule aufgebrochen werden. Die weitere Unterstützung des Kompetenzzentrums für geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe ist für uns ein klares Muss.

An Universitäten und Hochschulen des Landes studieren ebenso viele Frauen wie Männer und erbringen dabei herausragende Leistungen. Trotzdem sind Frauen in höheren Positionen unterrepräsentiert. Das ist ungerecht und bedeutet einen wissenschaftlichen und ökonomischen Verlust. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Frauen auf allen Ebenen des Wissenschaftsbetriebs vertreten sehen. Um mehr Frauen eine Karriere in der Wissenschaft zu ermöglichen, muss die Förderung von Frauen verstärkt werden, z. B. durch Mentoring-Programme, Quoten bei Stellenbesetzungen und die familienfreundliche Gestaltung wissenschaftlicher Karrieren (Tenure Track).

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung ein.

Frauen vor Gewalt und Diskriminierung schützen

Frauenhäuser, Frauenzentren und Beratungsstellen bilden ein gutes Netzwerk der Antigewaltarbeit in Sachsen-Anhalt. Sie arbeiten an der

Grenze der Belastbarkeit. Für Prävention und Öffentlichkeitsarbeit sind fast keine Mittel vorhanden. Wir brauchen ein Investitionsprogramm für Barrierefreiheit, zusätzliche Stellen zur Kinderbetreuung in Frauenhäusern und ein mobiles Team zur psychosozialen Betreuung für Frauen und Kinder.

Das Überwinden von Geschlechterrollen und Gewaltprävention beginnt im frühen Kindesalter und sollte schon Thema in Kindergarten und Schule sein, wobei es nach wie vor geschlechtsspezifische Angebote für Mädchen und Jungen geben soll. Auch andere sexuelle Identitäten brauchen eine sensible Ansprache.

Frauen mit Behinderungen haben wie alle Menschen das Recht auf die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen sie bei der Verwirklichung ihrer gesellschaftlichen und rechtlichen Gleichstellung sowie bei der Arbeitsplatzsuche oder dem Besuch von nicht barrierefreien Einrichtungen. Frauen mit Behinderungen erleben häufiger sexuelle Gewalt und Diskriminierungen als Frauen ohne Behinderung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Beratungsstellen für diese spezifischen Belange sensibilisiert und zu kompetenter Beratung befähigt werden.

Fraueninteressen strukturell verankern

Auf allen Ebenen muss es eine Interessenvertretung für Frauen und ihre Rechte und Chancen geben. Wir brauchen eine unabhängige Landesbeauftragte für Geschlechtergerechtigkeit. Die Weisungsungebundenheit und Hauptamtlichkeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten darf nicht in Frage gestellt werden.

Der Landesfrauenrat als größte Dachorganisation für Fraueninteressen im Land ist anderen Landesverbänden in sächlicher und personeller Ausstattung gleichzustellen.

Frauen an Politik und Macht beteiligen

Seit fast 100 Jahren gibt es in Deutschland das Frauenwahlrecht. Es ist an der Zeit, die politische Teilhabe von Frauen zu stärken. Wir wollen, dass mehr Frauen aktive Rollen in Politik und Gesellschaft übernehmen. Bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind daher mindestens 50 Prozent aller Positionen für Frauen reserviert. Die „Quote“ ist unser Erfolgsmodell – wie viele profilierte Politikerinnen unserer Partei beweisen. Wir werden prüfen, wo und wie weit sich gesetzliche Regelungen zur paritätischen Gestaltung des Politikbetriebes auch in Sachsen-Anhalt verankern lassen.

Wer GRÜN wählt, ...

- ... verhilft unterschiedlichen Lebensentwürfen zu Gleichstellung;*
- ... setzt sich für mehr Frauen in Entscheidungspositionen ein;*
- ... stimmt für ein gesichertes Netz in der Antigewaltarbeit.*

Kapitel 10 Für ein Soziales Sachsen-Anhalt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten entschieden dafür ein, dass alle Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben und ein Leben in Würde führen können - von der Kindheit bis ins hohe Alter. Unsere Sozialpolitik schafft Bedingungen für eine angemessene Grundversicherung und befähigt zu selbstbestimmter Lebensführung. Alle sollen die Unterstützung bekommen, die sie in ihrer persönlichen Situation benötigen und die ihnen eine Perspektive für die eigene Entwicklung eröffnet. Wir setzen uns dafür ein, dass auf Landesebene verbindliche Sozialziele formuliert werden, z. B. für Kinder, für junge Menschen, für Erwachsene und für Menschen im Alter. Wir brauchen einen Wandel weg von einer nachsorgenden Sozialpolitik, die erst aktiv wird, wenn „das Kind schon in den Brunnen gefallen“ ist, hin zu einer Sozialpolitik, die präventiv wirkt. Mit der Veränderung der Gesellschaft durch den demographischen Wandel greifen herkömmliche Familien- und Nachbarschaftsstrukturen weniger bzw. gar nicht mehr. Wir wollen daher solche Initiativen wie Freiwilligenagenturen und soziale Selbsthilfegruppen unterstützen, freiwilliges Engagement fördern und soziale Teilhabe für die Menschen verbessern. Wichtig sind uns dabei mobile, familienergänzende und familienentlastende Dienste.

Sicherung des Existenzminimums

Die Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zielt auf eine Existenzsicherung von der Wiege bis zur Bahre. Die Soziale Sicherung bedeutet für uns, den Menschen über ihre gesamte Lebensspanne hinweg den Grundbedarf zu garantieren. Die Maßnahmen dazu sind sanktionsfreie und armutsfeste Kindergrundsicherung, Ausbildungsförderung, Grundsicherung und Garantierente. Dafür muss sich Sachsen-Anhalt im Bund einsetzen.

Kinderarmut bekämpfen

Derzeit lebt nahezu jedes vierte Kind in Sachsen-Anhalt in Armut. Auf diesen sozialpolitischen Skandal hat die schwarz-rote Landesregierung

bislang nur unzureichende Antworten gefunden. Gerade Kinder die in Armut leben, sind vielfältigen Formen der Benachteiligung ausgesetzt: Nachteile in der Schule und Ausbildung, schlechtere Gesundheit oder Vorsorge, eingeschränkter Zugang zu Kultur sowie zu angemessenem Wohnraum. Deshalb stehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Kindergrundsicherung und Sonderförderung von Kitas und Schulen in Vierteln mit besonderem Entwicklungsbedarf. Außerdem wollen wir die Ausbildungssituation von Alleinerziehenden verbessern und ausbildungsferne Jugendliche mit einer Stärkung der Teilzeitausbildung und sozialpädagogischer Ausbildungsbegleitung unterstützen. Auch wollen wir erreichen, dass SchülerInnentickets rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr gelten.

Sozialpolitik muss lebenslang Chancen für eine selbstbestimmte Lebensgestaltung eröffnen. Für die Entwicklung einer modernen Sozialpolitik müssen Menschen die Möglichkeit haben, Netzwerke und individuelle Unterstützungsangebote kombinieren zu können. Deshalb wollen wir weg vom Schubladensystem in der Beurteilung von Menschen (Leitsyndrom) hin zu individueller Beurteilung. Dazu bedarf es regional abgestimmter Angebote und personenzentrierter Bedarfsfeststellung.

Gemeinsame Verantwortung statt Konkurrenz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fördern lokale Verantwortungsgemeinschaften. Sozialleistungen sollen nicht weiterhin im Sinne eines Marktes organisiert werden mit entsprechender Konkurrenz unter den Leistungserbringern. Sondern wir wollen grundsätzlich umsteuern hin zu einem System geteilter und gemeinsam getragener, lokaler Verantwortung. Regionale Akteure, sei es im Bereich des Gesundheitssystems, der Altenhilfe und Pflege sowie der Eingliederungshilfe, konkurrieren dann nicht mehr um Klienten, sondern steuern in gemeinsamer Verantwortung die Leistungserbringung in ihrer Region.

Wir wollen diese Entwicklung durch Modellprojekte anstoßen, bestehende Leuchtturmprojekte prämiieren und eine Diskussion auf Landesebene befördern und moderieren.

Für ein würdiges Leben im Alter sorgen

Wir setzen uns für eine generationengerechte Gestaltung unserer Gesellschaft ein. Die Belange der älteren Menschen dürfen nicht auf Probleme der Renten- und Pflegekassen reduziert werden. Eine zunehmend älter werdende Bevölkerung bringt eine strukturelle Veränderung der Gesellschaft mit sich und bietet gleichzeitig die Chance, die Seniorinnen und Senioren verstärkt an der gesellschaftlichen Entwicklung zu beteiligen. Die gesellschaftlichen Veränderungen betreffen viele Lebensbereiche der älteren Menschen, wie Wohnen, Mobilität, gesundheitliche Versorgung, aber auch öffentliche Bereiche wie Stadtplanung und Verkehr. Diese Veränderungen generationenverträglich zu gestalten gelingt nur, wenn alle Altersgruppen Verantwortung für eine solidarische Gesellschaft übernehmen. Uns ist es wichtig, dass die Menschen möglichst lange ihre Eigenständigkeit behalten und aktiv am Leben teilhaben. Lange Eigenständigkeit reduziert auch das Risiko der Pflegebedürftigkeit. Daher wollen wir die Selbstständigkeit im Alter durch Teilnahme an Bildungsmöglichkeiten, Gedankenaustausch, soziale Kontakte, Bewegung und Mobilität, nachbarschaftliche Hilfen und Freiwilligenengagement fördern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung und bessere Koordination der bestehenden Beratungs- und Anlaufstellen – wie der Alten- und Servicezentren, der Seniorenvertretung, dem Seniorenbeauftragten und -beirat in den Kommunen sowie der Freiwilligenagentur – ein, um den veränderten Anforderungen besser gerecht zu werden. In Zusammenarbeit mit Integrations- oder Ausländerbeiräten der Kommunen wollen wir die besonderen Bedürfnisse älterer Migrantinnen und Migranten klären und gezielte Hilfsstrukturen entwickeln. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für selbstbestimmtes Leben in allen Phasen ein. Das wollen wir auch im Tod er-

möglichen. Deshalb werden wir die begonnene Diskussion zur Erweiterung der Bestattungskultur fortführen mit dem Ziel, bei erklärtem Willen die Bestattung ohne Sarg und das Verstreuen der Totenasche zu ermöglichen. Palliativversorgung und Hospizarbeit sollen einen höheren Stellenwert gewinnen.

Pflege: ambulant und stationär

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass Pflegebedürftige, Pflegende und Angehörige durch funktionierende Versorgungs-, Beratungs- und Entlassungsangebote unterstützt werden. Wir wollen die tatsächliche Wahlfreiheit der zu Pflegenden und ihrer Angehörigen bezüglich ihrer Wohn- und Lebensform. Die ambulante Pflege, Krankenhäuser und Kommunen sollen sich verstärkt dieser Herausforderung stellen, um den Automatismus der Heimbetreuung älterer Menschen zu vermeiden. Alternative Wohn- und Betreuungskonzepte, die die Selbständigkeit der Menschen erhalten, sind zu fördern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die Pflege im Quartier als gesundheitspolitisches Leitbild verankern. Dabei ist ein grundsätzlicher Kurswechsel von Nöten. Der vorzugsweise Ausbau von stationären Pflegeheimen ist zu stoppen. Wohnen und Pflege im Alter muss auch dort geschehen können, wo die Menschen leben: in der eigenen Häuslichkeit, im eigenen Quartier. Dafür ist die Versorgungslandschaft gezielt zu vernetzen. Tragfähige und sich gegenseitig ergänzende ambulante und niedrigschwellige Versorgungsstrukturen sind in jeder Region zu schaffen. Anfänglich sind dafür regionale Pflegekonferenzen ins Leben zu rufen. Das Land hat diesen Prozess mit klaren Zielvorgaben für alternative Wohnformen aktiv voran zu bringen. Auch muss das Land endlich seinen gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen und eine Landespflegekonzeption erarbeiten. Im grünen Sinne wollen wir die wohnortnahe und die ambulante Pflege darin verankert wissen, mit klarer Ausgestaltung und Finanzierung.

Für Selbstbestimmung statt Ausgrenzung sorgen

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gilt der Grundsatz der Inklusion. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist umfassend und individuell zu sichern. Menschen mit Behinderungen müssen jederzeit ihr Leben selbstbestimmt führen können. Dafür ist die Eingliederungshilfe im Land grundsätzlich zu reformieren. Das Land hat dafür eine Arbeitsgruppe mit der LIGA der freien Wohlfahrtspflege zu gründen, die einen neuen Rahmenvertrag erarbeiten soll. Wir wollen eine personenzentrierte Hilfeplanung, die gemeinsam mit den Betroffenen zu erstellen ist. Dabei wird der konsequente Ausbau der Gewährung eines auskömmlichen persönlichen Budgets für behinderte Menschen nach SGB IX angestrebt, um den Menschen mit Handicap ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Im Bereich des Arbeitsmarktes wollen wir bestehende Angebote (z. B. Werkstätten für behinderte Menschen oder Wohnheime) erhalten, statt gänzlich zu ersetzen und neue Angebote eröffnen, um tatsächliche Wahlmöglichkeit zu schaffen. Die Anzahl der Integrationskoordinatorinnen und -koordinatoren, die zwischen dem Arbeitgeber, dem Arbeitnehmer mit Handicap, den Angehörigen und den Leistungsträgern vermittelt, muss deutlich erhöht werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die freie Wahl behinderter Menschen zwischen Behindertenwerkstätten und freiem Arbeitsmarkt. Für älter werdende Behinderte wollen wir ein Ausscheiden aus dem Arbeitsleben individuell organisieren. Wir kämpfen für eine konsequente barrierefreie Gestaltung aller öffentlichen Räume, Gebäude, Einrichtungen und öffentlichen Verkehrsmittel. Internetpräsenzen und Informationen sowie Kommunikation sollen für alle Bürgerinnen und Bürger ohne fremde Hilfe zugänglich sein. Materialien und Veröffentlichungen, auf die das Land Einfluss hat, sollen auch in leichter Sprache verfügbar sein. Dies nützt auch Familien mit Kleinkindern und älteren Menschen. Weiterhin sehen wir in der umfassenden barrierefreien Erreichbarkeit der touristischen Angebote eine bundes- und europaweite Profilierungsmöglichkeit Sachsen-Anhalts.

Für gute Arbeit

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verfolgen mit der Arbeitsmarktpolitik das Ziel, Arbeitssuchende erfolgreich in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren und Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Vereinbarkeit von Erwerbs-, Familien- und ehrenamtlicher Arbeit ermöglichen.

Wir begrüßen alle sinnvollen Modelle der Arbeitszeitumverteilung. Dies fängt beim Abbau von Überstunden an, schließt Teilzeitarbeit und Arbeitszeitkonten ein und geht bis zu tariflicher Arbeitszeitverkürzung. Als Arbeitgeber sind Land und Kommunen gefordert, durch verkürzte Arbeitszeiten Neueinstellungen von jungen Menschen möglich zu machen. Wir setzen uns für bessere Zuverdienstmöglichkeiten und für starke Tarifpartner ein.

Betriebsräte sind Teil einer demokratischen Unternehmenskultur. Wir wollen diese im öffentlichen Bereich stärken und das Personalvertretungsgesetz entsprechend novellieren. Auch in Sachsen-Anhalt sollen zukünftig nur Unternehmen, die nachweislich Tariflöhne bezahlen, öffentliche Aufträge erhalten. Dazu sind im Vergabegesetz soziale und ökologische Vergabekriterien vorzuschreiben. Wir unterstützen alle europarechtlichen Bestrebungen, in Zukunft auch die örtliche Tarifbindung von Vergabegesetzen zu ermöglichen. Wir sehen einen hohen Bildungsstandard, der vom Land gewährleistet werden muss, als den besten Schutz vor Arbeitslosigkeit. Die Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird hier die Rahmenbedingungen so setzen, dass für zukunftsfähige Arbeitsplätze auch Fachkräfte zur Verfügung stehen. Die europäische Arbeitsmarktintegration sehen wir als Mittel gegen Fachkräftemangel und als Chance für unseren Arbeitsmarkt. Wir wollen, dass Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) zur gezielten Förderung von Gruppen mit besonderen Zugangshemmnissen zum Arbeitsmarkt, aber auch zur gezielten beruflichen Weiterbildung, verwendet werden. Nicht alle Menschen können auf dem ersten Arbeitsmarkt Arbeit finden, darum halten wir die Einführung eines Sozialen Arbeitsmarktes für notwendig.

Leistungsbezug bürgernäher gestalten

Die Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN denkt das Leistungssystem vom Bürger her. Nicht vom Rechtskreis. Bisher sind bspw. die Arbeitsmarktinstrumente, die Behindertenhilfe, die Kinder- und Jugendhilfe sowie Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung je eigene Rechtskreise und verschiedenen Verwaltungseinheiten zugeteilt. Diese „Versäulung“ des Leistungsrechts steht der Tatsache entgegen, dass Personen oftmals mehrfache, multiple und zusammenhängende Bedarfe besitzen. Daher ist es ein zentrales sozialpolitisches Anliegen, die rechtskreisübergreifende Leistungserbringung zu stärken. Sowohl im Bereich Alten- und Behindertenhilfe, wie auch im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe ist dies ein notwendiger Schritt, um den Leistungsbezug bürgerfreundlicher zu gestalten, Synergien zwischen den Leistungssystemen zu nutzen und Bürokratie letztlich abzubauen.

Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden diesen Prozess durch Modellprojekte anschieben. Ausführungsgesetze zu den Sozialgesetzbüchern sind entsprechend zu überarbeiten.

Wer GRÜN wählt, ...

- ... stärkt Eigenverantwortung, und Teilhabe aller Menschen;*
- ... setzt sich für ein selbstbestimmtes Wohnen im Alter ein;*
- ... setzt sich für einen sozialen Arbeitsmarkt ein;*
- ... fordert eine Landespflegekonzeption.*

Kapitel 11 Sachsen-Anhalt gesund und munter

Den Menschen als Ganzes betrachten, in all seinen Lebensaltern und Lebenszuständen bestmöglich und mit ihm gemeinsam für seine Gesundheit sorgen – so wollen wir Gesundheitspolitik in Sachsen-Anhalt gestalten. Gemeinsam gilt es, im Land Konzepte zu entwickeln für ein gesundes Sachsen-Anhalt. Heute, morgen und übermorgen. Damit jeder eine bestmögliche Vorsorge, Behandlung und Pflege genießen kann.

Ärztliche Versorgung auf dem Land sichern

Wir brauchen weitere Projekte, um junge Ärztinnen und Ärzte im Land zu halten und wollen andere Berufszweige einbinden, um die vorhandenen Strukturen zu entlasten. Mobile Praxisassistentinnen und –Assistenten sind in anderen Bundesländern schon ein Erfolgsmodell, denn sie entlasten Ärztinnen und Ärzte ebenso wie Patientinnen und Patienten. Gleichzeitig sind auch die ambulanten Pflegedienste zu stärken: durch die eindeutige Zuweisung von Tätigkeiten an Pflegedienste einerseits und Praxisassistenten andererseits. Diese Pflegenden sollten durch Qualifizierungen ihre Kompetenzen zur Übernahme übertragungsfähiger ärztlicher Aufgaben stärken. Eine solche Ausweitung ihrer Aufgaben entlastet weiter unseren Bedarf an Ärztinnen und Ärzten auf dem Lande. Wir setzen uns dafür ein, dass sich alle Krankenkassen am Vertrag mit dem Hausärzterverband beteiligen und so zur Finanzierung der medizinischen Versorgung in der Fläche beitragen.

Rettungsdienst

Die Belastungen für die Retterinnen und Retter sowie die Feuerwehren im Land haben in den letzten Jahren merklich zugenommen. Wir wollen durch eine zeitgemäße Ausstattung und faire Lohngestaltung den wachsenden Anforderungen begegnen und die Attraktivität der Berufe erhöhen. Angestellte und freiwillige Retterinnen und Retter wollen wir besser vor den Folgen der Einsatzrisiken schützen und deren Arbeitskraft höher versichern. Die Notfallseelsorgeteams sind als wichtiges Instru-

ment auch zur seelischen Entlastung von Retterinnen und Rettern zu fördern.

Geburtshilfe aus einer Hand – Hebammen stärken

Seit alters her bringen uns Hebammen auf die Welt. Doch der Berufsstand kämpft seit langem in Deutschland um seine Existenz. Wir setzen uns für eine bessere Entlohnung von Hebammen ein. Das Land hat sich aktiv bei der Erarbeitung einer Lösung der Haftpflichtproblematik auf Bundesebene einzubringen. Denn wir wollen die Wahlfreiheit der Frauen bewahren. Ob ein Kind zu Hause, im Geburtshaus oder im Krankenhaus zur Welt kommt, hat allein in den Händen der Eltern zu liegen. Zur Anerkennung der Hebamme als eigentlich Zuständige für den Bereich Geburt wollen wir zusammen mit den zuständigen Akteuren den hebammengeleiteten Kreissaal in Sachsen-Anhalt als Modellprojekt entwickeln. Auch braucht es eine Landeskampagne zur Stärkung der natürlichen Geburt.

Gute Pflege muss gepflegt werden

Ärztliche Leistungen sollen vermehrt auf medizinisches Pflegefachpersonal übertragen werden: Insbesondere in Pflegeheimen kann durch diese Erweiterung der pflegerischen Kompetenzen die Versorgungsqualität der Bewohnerinnen und Bewohner verbessert und können Krankenhauseinweisungen minimiert werden. Die pflegerische Aus- und Weiterbildung im Land ist an europäischen Standards zu orientieren. Insbesondere die Akademisierung Pflegender schreitet deutlich zu langsam voran. Wir wollen, dass Pflegestudiengänge an den Hochschulen des Landes gefördert und ausgebaut werden. Es bedarf einer starken hauptamtlichen Interessenvertretung der Pflege und eine Übertragung hoheitlicher Aufgaben an die Berufsgruppe. Diese soll über ihre Berufsordnung und die Qualitätssicherung eigenständig in Form der Selbstverwaltung bestimmen.

Keine Macht den Drogen und freies Wachsen für Cannabis

Eine verantwortliche Sucht- und Drogenpolitik bedeutet für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass sowohl illegale Substanzen (z. B. Crystal) als auch

legale (Alkohol, Tabak) oder verschreibungspflichtige Suchtmittel (z. B. Benzodiazepine, Opiate) wie auch die nicht stoffgebundenen Süchte (z. B. Glücksspiel-, PC-Sucht) berücksichtigt werden. Dabei setzen wir auf einen Dreiklang aus Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung. Anstelle der gescheiterten repressiven Drogenpolitik bedarf es einer an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierten Regulierung. Wer abhängig ist, braucht Hilfe und keine Strafverfolgung. Ein niedrigschwelliges Angebot von Suchtberatung und Hilfestellen hat sich vielerorts bewährt und soll erhalten bleiben und für die Auseinandersetzung auch mit neuen Formen der Sucht ausgebaut werden. Ausreichend stationäre, teilstationäre und ambulante Therapiemöglichkeiten müssen geschaffen und deren Vernetzung verbessert werden.

Wir werden die Aufklärung über Süchte und gefährliche Substanzen im Schul- und Jugendbereich vorantreiben. Kinder und Jugendliche stark zu machen, ist die beste Drogenprävention. Zudem haben wir vor, den privaten (Kleinstmengen) Besitz und Konsum von Cannabis und anderen, nicht legalen psychotropen Substanzen zu entkriminalisieren. Deren Vertrieb muss aber mit allen rechtstaatlichen Mitteln im Rahmen der Bekämpfung der organisierten Kriminalität streng verfolgt werden. Cannabis wollen wir zu privaten Konsumzwecken legalisieren und seine medizinische Anwendung weiter erproben.

Alkoholkonsum spielt bei 50 Prozent aller Gewaltstraftaten besonders in Sachsen-Anhalt (Vergleich zum Bund: 30 Prozent)¹ eine Rolle. Diesem

¹ KORREKTUR 08.02.2016: Die im Text genannten Zahlen sind falsch. Richtig ist: In Sachsen-Anhalt fanden 2014 8,9 Prozent der Straftaten unter Alkoholeinfluss statt. Seit 2010 (11,5 Prozent) sind diese Zahlen rückläufig (Quelle: LKA Sachsen-Anhalt und Ministerium für Inneres und Sport). Auch der Vergleich mit den Zahlen des Bundes ist falsch. Dort fanden 2014 10,2 Prozent der Straftaten unter Alkohol statt (Quelle: BKA); in den letzten Jahren fanden in Sachsen-Anhalt prozentual weniger Straftaten unter Alkoholeinfluss statt als im Bundesdurchschnitt. Das ändert aber nichts an der Notwendigkeit drogenpräventiver Sozialarbeit.

muss durch stärkere drogenpräventive Sozialarbeit entgegengetreten werden.

Psychiatrische Versorgung verbessern

Im Bereich der psychiatrischen Versorgung sind gemeindepsychiatrische Verbände ein Schritt zu besserer Versorgung von Patientinnen und Patienten, die nicht an Kreisgrenzen endet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich im Gesundheitsbereich für regionale Gesundheitskonferenzen sowie die Bündelung und Kooperation der Akteure im Rahmen kleinräumiger regionaler Strukturen ein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Kooperation der Akteure fördern und die Landesgesetzgebung hinsichtlich dieses Ziels evaluieren und anpassen. Die Vorteile sind, dass die Leistungen aus einer Hand erbracht werden. Träger können sich gezielter spezialisieren und durch Kooperationen abstimmen. Dadurch können diese ihre Arbeit sozialräumlich orientieren.

Wir wollen diese Entwicklung durch Modellprojekte anstoßen, bestehende Leuchtturmprojekte ausbauen und eine Diskussion auf Landesebene befördern und moderieren.

Eine hohe Qualität in der ambulanten Versorgung seelisch Kranker soll gesetzlich verankert werden. Wir halten das Einsetzen von Psychiatriekoordinatoren in allen Landkreisen für ebenso angebracht wie die Verankerung gemeindepsychiatrischer Verbände im Psychisch-Krankengesetz. Die Anzahl tagesklinischer psychiatrischer Betten im Krankenhausplan ist zu erhöhen. Das Land Sachsen-Anhalt soll Modellprojekte im Bereich der aufsuchenden Behandlung psychisch Kranker (Home-Treatment) initiieren und fördern. Im Bereich der fachärztlichen und psychischen Betreuung wollen wir eine Bedarfsplanung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert. Beschränkungen, die zu langen Wartezeiten führen, wollen wir abbauen und setzen uns für flexible Bedarfspläne ein.

Vorsorge ist die bessere Medizin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein Gesundheitssystem, das nicht erst dann greift, wenn Menschen schon krank sind. Vorsorge ist oft die bessere Medizin.

Und auch Umweltpolitik ist Gesundheitsprävention. Kinder sind von Belastungen wie Lärm, Feinstaub und Umweltgiften stärker belastet als Erwachsene, deswegen wollen wir eine Umweltpolitik auf Kindernasenhöhe. Nicht zuletzt soll das Land auch im Bund auf bessere Präventionsangebote hinwirken und für die eigene Belegschaft sowie für Landeseinrichtungen, Schulen und Kitas mit gutem Beispiel voran gehen. So können beispielsweise Bewegungsmöglichkeiten in der Mittagspause oder gesündere Pausenverpflegung eingeführt werden.

Zu Vorsorge gehört auch, der HIV- und AIDS-Prävention angesichts steigender Infektionsraten mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Das sportliche Sachsen-Anhalt fördern

Sport in der Gruppe und im Verein hat viele wichtige Funktionen: Miteinander gewinnen und verlieren können, gemeinsam Sport treiben, ein gesunder Lebensstil für alle Altersgruppen, die Stärkung sozialer Beziehungen und die Förderung der Integration.

Sportentwicklung muss so ausgerichtet sein, dass Herkunft, Alter, Behinderung oder sexuelle Identität den Zugang zum Sport nicht einschränken. Als Spiegel der Gesellschaft spielen Rassismus, Homophobie und andere Formen der Ausgrenzung leider auch im Sport noch immer eine Rolle. Wir unterstützen Sportvereine im Kampf dagegen solche Einstellungen und setzen uns dafür ein, dass hier engagierte Vereine und Projekte weiter gefördert werden. Wir erwarten vom organisierten Sport, dass er hier klare Kante gegen Ausgrenzung zeigt.

Die Sportförderung in Sachsen-Anhalt muss gerade in finanziell schwierigen Zeiten eine verlässliche Größe sein. Wir wollen sie aufrechterhalten.

Gezielte Maßnahmen sollen dafür sorgen, dass der Sport die Freizeit bereichert und die Gesundheit gefördert wird. Dazu gehört auch, dass Sportstätten, Spielplätze und Strukturen erhalten werden. Wir sehen besonders die Sportvereine als förderungswürdig an, die durchgängig Angebote für Kinder und Jugendliche in allen Altersklassen haben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für sozial gestaffelte Eintrittsgelder bei Schwimmbädern und anderen sportlichen Einrichtungen ein.

Da immer mehr Vereine in Sachsen-Anhalt die Verantwortung für den Erhalt kommunaler Sportanlagen übertragen bekommen, muss dies in der Förderpraxis berücksichtigt werden.

Wer GRÜN wählt, ...

- ... sorgt für den Ausbau wohnortnaher, ambulanter und aufsuchender Pflege- und Versorgungsstrukturen;*
- ... engagiert sich für ehrliche Drogenpolitik mit freiem Hanf und verstärkter Prävention;*
- ... unterstützt den Breitensport.*

Kapitel 12 Verbraucherschutz ermöglicht Selbstbestimmung

Selbstbestimmtes Leben ist in unserer hochkomplexen Gesellschaft nur möglich, wenn Bürgerinnen und Bürger relevante, vollständige und unabhängige Informationen erhalten können, um für sich selbst freie Einkaufs-, Verhaltens- oder Konsumverzichtsentscheidungen zu treffen. Wir wollen auch weiterhin gute, faire Produkte und Dienstleistungen, die den Menschen nützen und nicht zu Gesundheitsschäden, Umweltzerstörung, Ausbeutung oder finanziellen Verlusten führen. Daher ist aus unserer Sicht ein starkes Verbraucherschutzrecht eine konsequente Weiterentwicklung klassischer individueller Schutzrechte zur Sicherung persönlicher Freiheit. Wir können Machtungleichgewichte zwischen großen Firmen und Individuen nicht ignorieren. Gemeinsam mit der Politik können wir Bürgerinnen und Bürger dies ändern. Verstöße und Täuschungen müssen konsequent geahndet und abgestellt werden.

Gute Produkte erkennen können

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legen nicht nur Wert auf eine gesunde und umweltschonende Produktion von Nahrungsmitteln, sondern auch auf genaue Angaben zu Inhaltsstoffen über die gesamte Prozesskette hinweg. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen beim Lebensmitteleinkauf erkennen können, was in den Produkten enthalten ist und welche Zusätze verwendet wurden. Hier sind Bund und Land verantwortlich, für klare und verständliche Informationen zu sorgen und irreführende Bezeichnungen zu verbieten. Restbestandteile im niedrigen Prozentbereich eines Produkts dürfen nicht länger dazu dienen, das Produkt als besonders hochwertig zu deklarieren. Kreativ nichtssagende Namensneuschöpfungen und Irreführungen über zentrale Bestandteile, wie oft genug viel zu viel Zucker in vermeintlich gesundheitsfördernden Lebensmitteln und Säften, gehören ins Geschichtsbuch, aber nicht länger auf den Tisch. Wir wollen die Einführung einer schnell erfassbaren Kennzeichnung der zentralen Nährwertigenschaften von Lebensmitteln (Lebensmittel-Ampel) und setzen uns dafür ein, hier schnell einen neuen

Anlauf zu ihrer Einführung zu unternehmen. Zudem sollen alle Bestandteile eines Produkts, insbesondere bei komplex weiterverarbeiteten Nahrungsmitteln, explizit, verständlich, vollständig und in lesbarer Größe auf der Verpackung aufgeführt sein. Ein Warnsymbol für Produkte mit genetisch modifizierten Bestandteilen ist längst überfällig.

Wir streben ein regionales Gütesiegel für (Bio-)Produkte aus Sachsen-Anhalt an. Das macht es Verbraucherinnen und Verbrauchern leichter und stärkt die regionale Wirtschaft.

Seiner Verantwortung für gute und gesunde Lebensmittel kann unser Bundesland durch eine gute Ausstattung des Landesamts für Verbraucherschutz sowie der Ausweitung von Lebensmittel- und Hygienekontrollen nachkommen. Geschulte Prüferinnen und Prüfer müssen durch ihre stete Präsenz in den lebensmittelverarbeitenden Betrieben, Imbissen und Restaurants einen Kontrolldruck erzeugen. So werden die Betriebe motiviert, die vorgeschriebenen Normen zur Lebensmittelsicherheit einzuhalten und ihrer Verantwortung gegenüber dem Verbraucher gerecht zu werden. Verfehlungen müssen mit harten Strafen geahndet werden. Neben der Erteilung hoher Auflagen und Geldbußen gehört dazu die Veröffentlichung von Verstößen in den Medien und auch im Betrieb selbst (z.B. eine Hygiene-Ampel für Gaststätten).

Seiner bundespolitischen Verantwortung muss unser Bundesland beim Schutz der Bevölkerung vor schädlichen Chemikalien insbesondere in Kleidung und Spielzeug, sowie bei Bauprodukten, Möbeln und anderen Einrichtungsgegenständen nachkommen.

Verbraucherzentralen stärken

Die Verbraucherzentralen sind etablierte und verlässliche Anlaufstellen für Bürgerinnen und Bürger. Sie benötigen dringend mehr Personal und mehr Ressourcen, um den landesweiten Beratungsbedarf decken zu können. Wir wollen daher die Unabhängigkeit der Verbraucherzentrale stärken und sie finanziell besser ausstatten, damit sie ihr Beratungsangebot erweitern und jeden erreichen kann, gerade auch im ländlichen

Raum. Spezifische Informations- und Beratungsangebote für Migrantinnen und Migranten, Menschen mit geringerer Bildung und Sinnesbehinderte muss sie ebenfalls leisten können. Im Kontext von Klimawandel und Energiewende kommt der Verbraucherzentrale als unabhängiger Beratungsstelle für Energieverbrauchssenkung und Energiekostendämpfung zudem eine besondere Rolle zu. Die Inanspruchnahme der Angebote darf nicht an sozialen Hürden scheitern.

Über die materielle Ausstattung hinaus muss die Verbrauchzentrale in ihrer Rolle als Advokat der Bürgerinnen und Bürger auch mit einem umfassenden rechtlichen Instrumentarium ausgestattet werden – welches von einem vollständigem (Muster-)Klagerecht bis hin zu einem umfassenden, konkreten Informationsrecht reichen muss. Sie muss bei Pfusch und Betrug öffentlich Ross und Reiter benennen dürfen.

Ein Verbandsklagerecht müssen auch andere gemeinnützige Verbraucherschutzverbände erhalten.

Datenschutz ist der neue Verbraucherschutz

Die weitgehenden Urteile des Bundesverfassungsgerichts zu Datenschutz und informationeller Selbstbestimmung harren noch immer einer starken rechtlichen Umsetzung. Angesichts der vielfältigen neuen Datenspuren von digitalen Geräten muss ein echter rechtlicher Anspruch für Bürgerinnen und Bürger erreicht werden, Herrin beziehungsweise Herr der eigenen Daten bleiben zu können. Dies beginnt bei einem durchzusetzenden Anspruch auf Datensparsamkeit bis hin zu einem robusten Informations- und Löschanpruchs gegenüber öffentlicher Verwaltung, Dienstleistern und Firmen.

Die zunehmende Gestaltung des öffentlichen und privaten Lebens durch Algorithmen und oftmals nicht mehr kritisch hinterfragte statistische Bewertungen, ist zurückzudrängen. Scoring-Werte sind nicht mit unserem Bild von freien Bürgerinnen und Bürgern vereinbar.

Staatliche und private Stellen sind verantwortlich für die Sicherung von erhobenen Daten. Viel zu häufig sind in der jüngeren Vergangenheit

Datendiebstähle aufgrund schlampiger Sicherheitsmaßnahmen bekannt geworden, die kostspielige Folgen für betroffene Bürgerinnen und Bürger haben können. Hier sind verbindlichere Auflagen, verbunden mit Melde-, Informations- und Entschädigungspflichten, denkbare Lösungsansätze.

Wir wollen, dass die Verbraucherzentralen Bürger und Bürgerinnen unabhängig zu Themen wie IT-Sicherheit und sicherer Umgang mit E-Government beraten und sie dafür auch entsprechend personell und sachlich ausstatten.

Wer GRÜN wählt, ...

- ... stärkt Verbraucherrechte als Werkzeug zur eigenverantwortlichen gesunden Lebensführung;*
- ... sorgt für eine starke Verbraucherzentrale;*
- ... stärkt den Datenschutz.*

Kapitel 13 Für ein kulturell vielfältiges Sachsen-Anhalt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die vielfältige Kulturlandschaft Sachsen-Anhalts erhalten und weiterentwickeln. Zu ihr gehören vier Weltkulturerbestätten, traditionsreiche Festspiele, eine ambitionierte Musik- und Theaterlandschaft, zahlreiche Museen, bedeutsame Sammlungen, eine reiche Bibliothekslandschaft und die engagierte Arbeit vieler Vereine und Förderkreise. Wir brauchen ein umfassendes Kulturkonzept, basierend auf der Arbeit des Kulturkonvents.

Die Kunst ist grundrechtlich garantiert frei von staatlicher Bestimmung und hat einen Wert an sich.

Kunst und Kultur sind für uns Daseinsvorsorge, denn sie tragen entscheidend dazu bei, das Wertefundament unserer Gesellschaft zu sichern. Sie setzen Kreativität und Fantasie frei, sie konfrontieren uns mit Geschichte und Gegenwart, mit Tradition und ungewohntem Neuen. Sie versehen uns mit Kompetenzen und statten uns mit Selbstvertrauen aus. Sie regen zur Auseinandersetzung an, bringen unterschiedliche Menschen in den Dialog und fördern so Toleranz und gesellschaftliches Engagement.

Kulturelle Infrastruktur sichern

Im Zentrum der Kulturpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt steht die Erhaltung kultureller Räume und deren kultureller Infrastruktur. Dazu gehören beispielsweise Jugendzentren, Ateliers, Probenräume, Theater, Bibliotheken, Museen, Aufführungs- und Ausstellungsorte und soziokulturelle Zentren. Sie ermöglichen ein vielfältiges Angebot, Kultur zu erleben und aktiv mitzugestalten. Unser Ziel ist es, dass jede und jeder in angemessener Entfernung vom Wohnort die für sie oder ihn passenden kulturellen Angebote nutzen kann. Statt Kürzungspolitik brauchen wir eine visionäre zukunftsorientierte Stärkung von Kunst und Kultur. Da die lokalen Ausgangslagen sehr unterschiedlich sind, müssen lokal Konzepte für eine passende Infrastruktur entwickelt werden.

Soziale Lage der Kulturschaffenden stärker in den Blick nehmen

Kulturschaffende brauchen existenzsichernde Rahmenbedingungen, die die künstlerische Auseinandersetzung erst ermöglichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher für eine stabile soziale Absicherung für Künstlerinnen und Künstler und der in der Kultur Beschäftigten ein – ob im Kulturbetrieb, in der Kreativwirtschaft, für Selbstständige oder abhängig Beschäftigte, ob in freier oder unselbstständiger Mitarbeit oder im Praktikum. Immer dort, wo Landesmittel fließen, muss tarifgemäß und fair bezahlt werden. Die Landesregierung soll die Förderung von Kunst und Kultur auch durch die Unterstützung von Initiativen und durch kreative Modellprojekte unterstützen.

Niemanden von Kultur ausschließen

Kultur lebt heute wie zu allen Zeiten von der Bereitschaft der Menschen, sich an ihr zu erfreuen, sie als nachhaltige Lebensbereicherung zu empfinden und für sie Verantwortung zu übernehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen daher eine lebendige lokale Kulturlandschaft ermöglichen, die die institutionalisierte Kultur ergänzt und die alle einbezieht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass das bürgerschaftliche Engagement – in allen Kultursparten – mehr Anerkennung und Unterstützung erhält.

Soziale Stellung oder kulturelle Herkunft dürfen keine Barrieren für den Zugang zur Kultur sein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Heranführung aller Menschen an Kunst und Kultur ein, unabhängig von deren individuellem Hintergrund. Eintrittsgelder, Benutzungsgebühren oder körperliche Beeinträchtigungen dürfen keine unüberwindlichen Schwellen darstellen.

Jede Altersgruppe hat spezifische kulturelle Bedürfnisse und das Recht, dass auf diese in hoher Qualität eingegangen wird. Vor allem Kinder und Jugendliche brauchen öffentliche Räume, in denen sie ihre Kreativität entfalten können. Ihr Zugang zu Musikschulen, Bibliotheken, Theater- oder Tanzprojekten darf nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern. Wir

wollen im ganzen Land breit gefächerte kulturelle Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche sicherstellen.

Kultur an allen Orten fördern

Kulturpolitik muss sich angesichts des demographischen Wandels und der geringen Besiedlungsdichte in Sachsen-Anhalt den Anforderungen der ländlichen Regionen stellen. Öffentliche Kultureinrichtungen sind aller Orten bedroht.

Vielfältige Kultur gehört in den ländlichen Raum. Dafür treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein. Fahrbibliotheken müssen weiter nutzbar sein. Sozio-kulturelle Zentren, gerade im ländlichen Raum, brauchen eine verlässliche Förderung. Begegnungsstätten junger Menschen dürfen nicht geschlossen werden.

Für die Entwicklung der Städte ist die Förderung der kulturellen Strukturen ein wichtiger Motor. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN engagieren sich gegen die zunehmende Verödung der Innenstädte. Wir wollen eine Stadt, in der innerstädtisches Wohnen, phantasievolle Umnutzungen im Gebäudebestand, der Denkmalschutz, die Rückeroberung von Industriebrachen und die Gestaltung öffentlicher Räume im Vordergrund stehen. In diesem Sinne werden wir kreative Initiativen fördern.

Denkmalschutz stärken

Wir wollen bedeutsame Denkmäler erhalten. Denkmalschutz, wie er bisher verstanden wird, behindert manchmal einen Erhalt geschützter Ensemble. Wo Denkmalschutz von Nutzern oder Eigentümern nicht wirtschaftlich realisiert werden kann, ist politisches Handeln erforderlich. Wächterhäuser und Quartiersmanagement sehen wir als wichtige Elemente eines lebendigen Denkmalschutzes an. Ziel aller Maßnahmen muss es sein, das Denkmal zu erhalten und einer nachhaltigen Nutzung zuzuführen.

Die Gruppe der technischen Denkmale, aber auch viele Schlösser, Dorfkirchen und ländliche Bauten befinden sich in einem besorgniserre-

genden Zustand. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind sich der Bedeutung des Baukulturerbes bewusst und setzen sich für eine entsprechende finanzielle Förderung ein. Denkmaleigentümer, ehrenamtliche Denkmalpfleger, Stiftungen aber auch die vielfältigen Bürgerinitiativen wollen wir unterstützen, beraten und einbeziehen.

Kultur- und Kreativwirtschaft eine Perspektive geben

Kultur- und Kreativwirtschaft sind schon heute ein wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor in Sachsen-Anhalt. Die gewachsenen Strukturen und Potenziale wollen wir unter Einbeziehung der Kulturschaffenden gezielt fördern. Hier sehen wir die Möglichkeit, die Entstehung zahlreicher neuer Arbeitsplätze zu unterstützen.

Der Förderung des Kulturtourismus in Sachsen-Anhalt wollen wir einen höheren Stellenwert einräumen und dabei neben den Großstädten Magdeburg und Halle (Saale) auch die Potenziale der ländlichen Regionen stärker aktivieren. Die Weltkulturerbestätten, die Tourismusrouten sowie die Jubiläen und Festivals müssen in ein zukunftsfestes Tourismuskonzept integriert werden, das auch die Flüsse, die Fahrradwege, die Kurorte und den Harz berücksichtigt.

Jugendkultur unterstützen

Jugendkultur ist ein sich stetig wandelndes Phänomen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen selbst organisierte Initiativen junger Kreativer, beharren nicht auf starren Strukturen und stehen für eine offene generationenübergreifende Kommunikation über die unterschiedlichen kulturellen Bedürfnisse. Kommunale Infrastruktur muss sich dem anpassen und Freiräume schaffen.

Kultur finanziell absichern

Kultur braucht eine auskömmliche Finanzierung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es für erforderlich, dass der Kulturetat mindestens ein Prozent des Landeshaushaltes beträgt.

Wer GRÜN wählt, ...

- ... will Kunst und Kultur für alle zugänglich machen;*
- ... fördert die kulturelle Identität von Stadt, Region und Land;*
- ... stärkt den Denkmalschutz;*
- ... will die wirtschaftliche und soziale Lage der Kulturschaffenden verbessern;*
- ... sichert die auskömmliche Finanzierung von Kunst und Kultur.*

Kapitel 14 Ökologisch bauen, gesund wohnen, Städte und Gemeinden nachhaltig entwickeln

Wie wir unsere bauliche Umwelt entwickeln, beeinflusst in erheblichem Maße unsere Lebensqualität und die der künftigen Generationen. Nachhaltigkeit muss das wichtigste Kriterium sowohl für die Stadtentwicklung als auch für alles Bauen und Sanieren in unserem Bundesland werden.

Nachhaltige Stadtentwicklung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Städte und Gemeinden so entwickeln, dass sie für ihre BewohnerInnen attraktiv sind und negative Auswirkungen auf die Umwelt minimiert werden. Dafür ist eine ganzheitliche Stadtentwicklung erforderlich. Die klimagerechte Stadt, die sowohl dem Klimawandel entgegenwirkt als auch sich seinen Auswirkungen anzupassen versteht, muss Ziel des Stadtumbaus sein. Klimatische Gesichtspunkte sind bei der Durchgrünung der Städte stärker zu berücksichtigen. Dem Straßengrün kommt eine besondere stadtklimatische und stadt-bildprägende Wirkung zu. Der Biotopverbund in der Stadt und im Stadt-Umland-Bereich ist zu verbessern.

Wir wollen eine Stadt der kurzen Wege. Hierzu ist eine gesunde Nutzungsmischung zu entwickeln, Die Innenstädte sind zu stärken, sie sollen zum Flanieren, Einkaufen, Arbeiten und Kultur genießen einladen. Aber sie sind auch als Wohnstandort für alle Bevölkerungsgruppen zu erhalten. Voraussetzung für attraktive Innenstädte ist die Reduzierung des motorisierten Verkehrs und der Vorrang für Fussgänger- und RadfahrerInnen.

Die Ausdehnung der Stadt ist zu begrenzen, es dürfen keine neuen Flächen am Rande versiegelt werden. Stattdessen sind Brachflächen wieder einer Nutzung zuzuführen. Behutsame Nachverdichtung in Stadtquartieren kann sowohl die Zersiedelung des Umlandes eindämmen als auch die städtische Qualität der Quartiere verbessern.

BürgerInnen müssen frühzeitig mit echten Gestaltungsmöglichkeiten beteiligt und ihre Ideen ernstgenommen werden. Das kann von Planungswerkstätten bis hin zu Gestaltungsbeiräten gehen. Die Erarbeitung ganzheitlicher Stadtumbaukonzepte im Dialog mit der Bevölkerung muss besser gefördert werden.

Ökologisch bauen – kulturvoll, energie- und ressourcensparend

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn das Bauen einen entscheidenden Beitrag hierzu leistet. Sowohl bei Umbau und Sanierung als auch beim Neubau ist der Energieverbrauch für Errichtung und Nutzung der Gebäude drastisch zu reduzieren. Der Passivhausstandard ist anzustreben. Für die Energieerzeugung und –nutzung sind Quartierskonzepte zu entwickeln. Ressourcenschonendes Bauen heißt, dem Erhalt Vorrang vor dem Neubau zu geben, nachwachsende Rohstoffe zu verwenden und die Recyclbarkeit von Baustoffen und Bauteilen sicherzustellen. Bauen mit Holz als einem nachwachsenden Rohstoff muss sowohl gefördert als auch bauordnungsrechtlich erleichtert werden.

In Sachsen-Anhalt besitzen wir ein reiches bauliches Erbe. Dies gilt es zu bewahren und weiterzuentwickeln. Für größere Bauvorhaben des Landes muss es Standard werden, dass die beste Lösung durch Architekturwettbewerbe ermittelt wird. Ebenso ist bis zu einem Prozent der Investitionssumme für baugebundene Kunst einzusetzen.

Bezahlbares und gesundes Wohnen für Alle

Wohnen ist ein Grundrecht und muss für alle in Sachsen-Anhalt Leben gesichert sein. Bei der Entwicklung des Wohnungsbestandes ist dem demografischen Wandel Rechnung zu tragen, das heißt auch, dass Barrierefreiheit größere Bedeutung erhält. Der Umbau von Wohnungen für die Anpassung an Mobilitätseinschränkungen und besondere Lebenssituationen muss verstärkt gefördert werden, um eine echte Wahlfreiheit zwischen Verbleib in der eigenen Wohnung und Pflege im Heim zu gewährleisten. Gefördert werden müssen ebenso generationenübergreifendes Wohnen und Wohngemeinschaften.

Bei der Reduzierung von Schadstoffen in unserem Wohnalltag setzen wir auf Verbraucherinformation, Vorbildwirkung, Förderung und eine Überprüfung der Zulassung von Baustoffen auf gesundheitsbeeinträchtigende Wirkungen sowie eine Zertifizierung wohngesunder Baustoffe. In den Wohngebieten sind Modellprojekte für autofreies Wohnen zu fördern. Hierzu müssen auch Ausnahmen von der Stellplatzpflicht geschaffen werden. Eine kinderfreundliche Wohnumfeldgestaltung kann Voraussetzung für Förderungen werden.

Wohnen muss bezahlbar bleiben. Für jeden Geldbeutel müssen auch künftig Wohnungen in unseren Innenstädten verfügbar sein. Beginnenden Tendenzen zur Gentrifizierung in unseren großen Städten ist entgegenzuwirken und die Instrumente Mietspiegel und gegebenenfalls Mietpreisbremse zu nutzen. Die Situation in der Wohnungswirtschaft differenziert sich zunehmend aus. Deswegen müssen die Schwerpunkte im Stadtumbau auf den Prüfstand. Die Förderung ist von der Abrissförderung mehr zur Umbauförderung zu entwickeln. Dies betrifft insbesondere die Städte, in denen eine stabile bis steigende Haushaltszahl erwartet wird.

Wer GRÜN wählt, ...

... stimmt für nachhaltige Stadtentwicklung

... will bezahlbares und gesundes Wohnen für alle

... fördert ressourcensparendes Bauen.

Kapitel 15 Für freies Netz und unabhängige Medien

Die digitale Gesellschaft ist Realität und kein Neuland. Wir gestalten sie gemeinsam und wollen Sachsen-Anhalt aus dem digitalen Winterschlaf wecken. Kommunikation und Information finden immer stärker im Netz statt. Telemedizin oder die digitale Verwaltung sind große Potenziale für unser Land. Sachsen-Anhalt muss sich diesem andauernden Transformationsprozess gegenüber offen zeigen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diesen Wandel gestalten und mit unseren Ideen vorweg gehen. Alle Menschen in Sachsen-Anhalt sollen von den Chancen profitieren können, die das Internet ihnen bietet.

Landesweite Breitband-Garantie

Sachsen-Anhalt steht mit dem Breitbandausbau immer noch am Anfang und die schwarz-rote Landesregierung hat dafür die Verantwortung. Sie koppelt unser Land von der Digitalisierung ab und verpasst den Anschluss ans schnelle Internet. Wir wollen diesen Rückstand aufholen und in Sachsen-Anhalt schnellstmöglich flächendeckend leitungsgebundene Anschlüsse mit mindestens 100 Mbit/s. Außerdem wollen wir die Lücken im Mobilfunknetz endlich schließen.

Netzpolitik ist Wirtschaftspolitik für den Standort Sachsen-Anhalt und schafft gute zukunftsfeste Arbeitsplätze. Die Verfügbarkeit breitbandiger Netzanschlüsse ist ein entscheidender Standortfaktor und die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung und Forschung wird maßgeblich davon abhängen, online zu sein. Die Offenheit gegenüber der IT-Wirtschaft muss durch die Politik gelebt werden, zum Beispiel indem sachsen-anhaltische Unternehmen durch gute vorbereitete Ausschreibungen und Losgrößen Chancen haben, öffentliche Aufträge zu erhalten.

Digitale Demokratie und eGovernment für alle

Freiheit und Bürgerrechte leben auch im Netz. Freier Zugang zu Informationen und freie Meinungsäußerung finden sich gerade im Internet.

Wir wollen, dass Verwaltung und Politik die Transparenz des Netzes stärker nutzen. Hierzu gehört, dass Gutachten, Studien etc., die im Auftrag von Ministerien, Landesbehörden oder Landtagsfraktionen angefertigt wurden, frei zur Verfügung gestellt werden. Denn was mit öffentlichem Geld bezahlt wird, muss auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Dazu gehören auch Gremiendatenbanken und Liveübertragungen ins Internet.

Behördliche Dienstleistungen sind allumfassend auch online und bürgerfreundlich anzubieten (z. B. App-Angebote, Online-Konsultationsverfahren, E-Petitionen). BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein IT-Konzept für Sachsen-Anhalt auf den Weg bringen, welches alle Maßnahmen bündelt, die digitale Sicherheit gewährleistet und den Kontakt zu Behörden unter anderem durch eine Social-Media-Strategie vereinfacht.

Freien Zugang zum Internet schaffen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen freien Internetzugang für alle Einwohnerinnen und Einwohner Sachsen-Anhalts. Frei heißt für uns nicht ohne Regeln, aber Netzsperrern lehnen wir ab, weil sie der Einstieg in die Zensur des Internets sind.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass alle das Internet gleichberechtigt nutzen können. Das private Video muss genauso schnell übertragen werden wie der kommerzielle Stream eines Spielfilms. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es deswegen für nötig, die Netzneutralität gesetzlich zu verankern und als eine Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe zu begreifen.

Wir wollen darüber hinaus auch den freien Netzzugang über WLAN fördern, im öffentlichen Raum und im öffentlichen Personennahverkehr. Der Ausbau öffentlicher und öffentlich geteilter WLAN-Netze gemeinsam mit Initiativen und privaten Partnern sowie der entschlossene Einsatz zur Abschaffung der Störerhaftung ist unser Ziel.

Datenschutz und Informationsfreiheit stärken

Über persönliche Daten muss jede und jeder selbst bestimmen! Wir setzen uns für den Grundsatz des Schutzes und der Sparsamkeit im Umgang mit Daten ein. Vorratsdatenspeicherung lehnen wir als krassen Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit ab. Die informationelle Selbstbestimmung muss aber auch gegen die ungerechtfertigte staatliche Überwachung und ausufernde Verwertung durch kommerzielle Interessen verteidigt werden. Eine erste Möglichkeit dazu ist, den Landesdatenschutzbeauftragten weiter zu stärken und entsprechend personell auszustatten. Außerdem muss seine Aufgabe als Beauftragter für die Informationsfreiheit gestärkt und personell unternetzt werden. Wir wollen das Informationszugangsgesetz des Landes deutlich verbessern und die Zugangshürden senken.

Open Government zu erreichen bedeutet, grundsätzlich die Kostenfreiheit einzuführen sowie den Begründungsvorbehalt auf die Behörden zu verlagern.

Es muss möglich sein, privat, geschäftlich und mit Behörden zu kommunizieren, ohne dass Dritte mithören können. Darum setzen wir uns für sichere Verschlüsselungsmethoden ein und lehnen deswegen jede Bestrebung, den privaten und wirtschaftlichen Gebrauch von Verschlüsselungen einzuschränken, ab.

Auf Missstände öffentlich hinzuweisen, ist wichtig für die Demokratie. Deswegen wollen wir Whistleblower durch eine landesgesetzliche Regelung besser schützen.

Freie und Offene Software fördern – Selbstbestimmung stärken

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Förderung von freier und offener Software sowohl in der Verwaltung, den Bildungseinrichtungen als auch im privaten Bereich ein. Sie ermöglicht die uneingeschränkte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger und fördert Innovationen in Sachsen-Anhalt. Bei der Entwicklung von Software aus staatlichen Mitteln sind deshalb offene Lösungen erste Wahl. Nicht zuletzt lassen sich

durch die Verwendung von offener Software auch Lizenzgebühren senken und langfristig staatliche Ausgaben einsparen.

Gleichzeitig wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Nutzung offener Software auch im privaten Bereich fördern. Wir wollen deshalb eine Informationsoffensive zu offener Software, um die Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu steigern.

Moderne Medienvielfalt ist Meinungsvielfalt

Freie Medien leisten einen wichtigen Beitrag zur Meinungsbildung und kritischen Berichterstattung. Wir treten konsequent für die Unabhängigkeit des Journalismus und der Medienanstalt Sachsen-Anhalt ein. Eine politische Einflussnahme auf die Medien darf es nicht geben - die notwendigen Reformen im neuen Medienstaatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk dürfen nicht weiter aufgeschoben werden. Mit einer Reform der Aufsichtsstrukturen für mehr Staatsferne und Diversität wollen wir dies zügig umsetzen. Dazu gehört auch, die Vielfalt der in Sachsen-Anhalt lebenden Menschen vor und hinter der Kamera sowie im Programm stärker abzubilden. Im MDR-Rundfunkrat ist zum Beispiel künftig ein Sitz für eine/n Repräsentant/in einer MigrantInnenorganisation zu vergeben.

Ebenso setzen wir uns dafür ein, den MDR modern und multimedial aufzustellen. Hierzu gehört auch, dass alle Inhalte im Netz abrufbar bleiben und nicht nach sieben Tagen verschwinden. Durch verdichtete Medienhäuser und Kostendruck in den Redaktionen sehen wir eine Gefahr für die Qualität und Vielfalt der Medienberichterstattung in Sachsen-Anhalt. Gerade Bürgermedien und neue Netzformate bedürfen unserer Unterstützung, um ihre Erfolgsgeschichte fortzuschreiben. Insbesondere die Offenen Kanäle sowie die nichtkommerziellen Lokalradios in Sachsen-Anhalt leisten einen wesentlichen Beitrag zur Medienvielfalt und müssen daher langfristig finanziell abgesichert sein. Bei Medien und Jugend setzen wir auf Kompetenzvermittlung statt Zensureinrichtungen und die Schaffung eines öffentlich-rechtlichen Jugendsenders.

Medienkompetenz stärken

Moderne Realitäten von Social Networking bis zum Schutz persönlicher Daten gilt es mit steigender Medienkompetenz gerecht zu werden. Dazu gehören auch Präventions- und Interventionsprogramme gegen Cybermobbing. Diesen Herausforderungen wollen wir mit Medienerziehung gerecht werden. Dafür braucht es kein eigenes Schulfach, denn Medienkompetenz muss als Querschnittsaufgabe in allen Fächern vermittelt werden. Die Schulen, Universitäten und Hochschulen wollen wir bei der Entwicklung von digitalen Lehrinhalten und deren Vermittlung sowie der Reform des Urheberrechts unterstützen.

Wer GRÜN wählt, ...

- ... stimmt für eine Breitbandgarantie in Sachsen-Anhalt;*
- ... sorgt für uneingeschränkten Zugang zu öffentlichen Daten und Informationen;*
- ... lehnt jede Datenschnüffelei und Zensur ab;*
- ... fördert freie und offene Software;*
- ... will ein vielfältiges und unabhängiges Medienangebot und keine Medienkartelle.*

Kapitel 16 Für einen demokratischen und verlässlichen Rechtsstaat eintreten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür ein, dass alle Bürgerinnen und Bürger an der Demokratie teilhaben – und zwar in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft. Eine starke Demokratie lebt von der beständigen Einmischung aller Menschen in die öffentlichen Belange. Daher fordern wir die Abschaffung des Tanzverbotes, sowie das Verbot von öffentlichen Sportveranstaltungen an stillen Feiertagen. Demokratie darf nicht nur auf dem Papier stehen, sie muss von den Bürgerinnen und Bürgern auch wahrgenommen werden können. Wir brauchen einen gelebten demokratischen Rechtsstaat, der ein Garant für Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit ist und so als beste Abwehr gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit funktioniert.

Demokratie stärken

Viele Menschen in Sachsen-Anhalt sind von der Demokratie und ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten enttäuscht. Sie beklagen unfruchtbaren politischen Streit und zeigen eine grundsätzliche Skepsis gegenüber dem repräsentativen politischen System.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine produktive Streitkultur. Aber ernsthafter politischer Streit, nicht nur Rechthaberei, ist produktiv und nötig. Die besten Lösungen für eine Gesellschaft können nicht durch Harmonie und Vermeidung von Auseinandersetzung gefunden werden. Im konstruktiven Streit, in der Belebung der Demokratie, im Miteinander eines lebendigen Parlamentarismus mit gestärkten direktdemokratischen Elementen liegt für uns die Chance, Menschen wieder für Politik und Demokratie zu begeistern. Um die Arbeit der Abgeordneten transparenter zu machen, haben wir durchgesetzt, dass Abgeordnete ihre Nebentätigkeiten offenlegen und Interessenvertreterinnen und -vertreter sich in ein Lobbyregister eintragen müssen. Diese ersten Schritte auf einem langen Weg hin zu einem offeneren und transparenteren Landtag

werden wir weitergehen. Diese Offenheit wollen wir auch durch grundsätzlich öffentliche Ausschusssitzungen umsetzen.

Wir wollen, dass die Landtagsabgeordnete bei ihren Pensionsansprüchen nicht länger bevorzugt werden. Deswegen wollen wir diese Ansprüche in die gesetzliche Rentenversicherung integrieren.

Gewaltenteilung ist ein Grundwert unserer Demokratie. Indem Minister und Ministerinnen gleichzeitig noch Abgeordnete sind, wird die Kontrolle der Regierung durch das Parlament erschwert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb eine strikte Trennung von Regierung und Parlament. Um das Parlament zu stärken, wollen wir außerdem die Landesbeauftragten direkt beim Landtag ansiedeln und die ungünstige Angliederung an die Landesverwaltung beenden.

Menschen- und Demokratiefeindlichkeit bekämpfen

In den vergangenen 25 Jahren wurden mindestens 13 Menschen in unserem Bundesland von rechten Gewalttätern umgebracht. Antisemitismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind keine Phänomene an den Rändern unserer Gesellschaft. Vielmehr sind sie auch in der sachsen-anhaltischen Bevölkerung verbreitet. Deshalb treten wir jeder Form von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit aller Entschiedenheit entgegen.

Die Kriminalisierung von Protest und Engagement gegen Neonazis als „Linksextremismus“ weisen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entschieden zurück. Antifaschistisches Engagement ist und bleibt notwendig in einem Land, in dem ein rechtes Terrornetzwerk wie der NSU mehr als zehn Jahre lang unerkant Morde und Sprengstoffanschläge begehen konnte.

Ebenso schwer wie rechtsextreme Parteien und Gruppierungen bedroht eine um sich greifende neonazistische Jugend- und Alltagskultur das demokratische Gemeinwesen. Neonazis versuchen, gesellschaftliche Strukturen wie Elternräte zu unterwandern. Notwendig ist darum eine stabile Jugendarbeit in den Kommunen und professionelle Unterstüt-

zung für alle, die sich gegen Neonazis und für die Demokratie engagieren.

Staatliches und insbesondere polizeiliches Handeln gegen Neonazis muss schnell, konsequent und mit dem Blick für (potenzielle) Opfer rechter Gewalt erfolgen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen lokale Bürgerbündnisse und Initiativen gegen Rechts und arbeiten in ihnen aktiv mit. Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit wollen wir verstetigen und ausbauen. Hierzu gehören für uns eine Eltern- und Angehörigenberatung sowie ein unabhängig von Polizei und Verfassungsschutz arbeitendes Aussteigerprogramm zu etablieren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen auch die erfolgreichen Förderprogramme für Demokratie und Toleranz in geteilter Verantwortung von Bund und Land fortführen. Sie sind als kontinuierliche Programme auszugestalten. Die Antragsbürokratie wollen wir vereinfachen.

Hürden an demokratischer Teilhabe abbauen – Teilhabe ermöglichen

Eine lebendige Demokratie hängt nicht nur davon ab, wer regiert, sondern auch davon, wie offen und beteiligungswillig sie gestaltet ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Bürgerinnen und Bürger auch zwischen den Wahlen über wichtige politische Fragen entscheiden lassen. Denn Bürgerbeteiligung ist kein Gnadenakt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Zahl der notwendigen Stimmen zur Herbeiführung von Volksinitiativen, Einwohner- oder Bürgerinitiativen ebenso senken wie bei den entsprechenden Begehren und Entscheiden. Die direktdemokratischen Instrumente sollen so bürgerfreundlich gestaltet sein, dass es zu einer lebendigen demokratischen Praxis kommt, die die Gesellschaft stärkt und künstliche technokratische Hürden beseitigt.

Um das Wissen um die Wege der Mitbestimmung besser zu den Bürgerinnen und Bürgern zu bringen, wollen wir die Möglichkeiten der Lan-

deszentrale für politische Bildung ausweiten und neue Schwerpunkte dort setzen, wo Demokratie erfahrbar wird. Dazu gehört für uns auch ein ausreichendes Angebot von Materialien und Formaten in einfacher und verständlicher Sprache.

Wir begreifen die Zivilgesellschaft mit ihrem reichen Spektrum an Initiativen, Vereinen und Verbänden als Motor einer lebendigen Demokratie. Deswegen werden wir ihre Bedeutung stärken, indem Anhörungen und Stellungnahmen verbindlicher gestaltet werden. Wo Bürgerinitiativen in Kommunen eigene Ideen und Vorschläge entwickeln, muss es das Recht geben, diese den kommunalen Parlamenten als Vorlage zu unterbreiten. Die Einführung von Sperrklauseln auf kommunaler Ebene lehnen wir ab.

Wir wollen alle Einwohnerinnen und Einwohner Sachsen-Anhalts an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen teilhaben lassen. Wir glauben daran, dass sich Jugendliche, Flüchtlinge, EU-AusländerInnen und MigrantInnen aktiv einbringen wollen und werden darum das Wahlalter auf 14 Jahre senken und das Wahlrecht für die genannten Gruppen öffnen.

Bürgerfreundliche, transparente und effiziente Verwaltungsstrukturen schaffen

Wir wollen eine effiziente, transparente und bürgernahe Verwaltung. Die Zuständigkeiten von unterster, oberer und oberster Instanz sind neu zu regeln. Es kann nicht sein, dass nach der umstrittenen Kreisgebiets- und Gemeindegebietsreform die Aufgabenverteilung (Funktionalreform) nach wie vor unerledigt bleibt. Die Entscheidungsbefugnis auf kommunaler Ebene muss erhöht werden. Auch die Kontrolle kommunaler Zweckverbände wollen wir verbessern. Zusätzlich muss in der Kommunalverfassung den Einwohnern sowie Vertretern von Bürgerinitiativen die Möglichkeit eingeräumt werden, Fragen zur Angelegenheit der Kommune zu stellen oder Anregungen und Vorschläge auch in nicht beschließenden Ausschüssen zu unterbreiten (Fragestunde).

Die Aufgaben des Landesverwaltungsamtes gehören auf den Prüfstand. So sie in den Gemeinden und Landkreisen besser erledigt werden können, sollen sie dort angesiedelt werden. Zudem können Aufgaben der bestehenden Landesämter in das Landesverwaltungsamt überführt werden.

Sachsen-Anhalt als kleines Bundesland sollte, wo immer möglich, die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern suchen, insbesondere mit Sachsen und Thüringen. Gerade bei Fachbehörden kann eine Bündelung des Sachverstands in länderübergreifenden Ämtern die Effizienz verbessern.

Ehrenamtliches Engagement stärken

Eine lebendige und verantwortungsbewusste Zivilgesellschaft stärkt das Rückgrat unserer Demokratie. Um einer breiten Masse der Bevölkerung Möglichkeiten zur Beteiligung nahezubringen, sind die freiwillig und ehrenamtlich Tätigen und deren persönlich erbrachten Leistungen öffentlich und in einem besonderen Maße zu würdigen und wertzuschätzen. Eine Engagement fördernde Infrastruktur wie Freiwilligenagenturen, sind finanziell zu stabilisieren und rechtlich abzusichern.

Für einen demokratischen und verlässlichen Rechtsstaat eintreten

Wer Bürgerrechte beschränkt, beschneidet die Freiheit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN tun alles, um die Freiheit in Sachsen-Anhalt zu schützen und auch rechtsstaatlich legitimierte Eingriffe auf ein Minimum zu beschränken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verteidigen die Freiheit gegen einen Sicherheits- und Schnüffelstaat. Mehr Überwachung führt nicht zu mehr Sicherheit. Das vermeintliche Streben nach Sicherheit ist zum Feigenblatt der Überwacher geworden. Der demokratische Rechtsstaat aber bewahrt und schützt die Grund- und Freiheitsrechte seiner Bürgerinnen und Bürger und beschränkt Eingriffe auf ein Minimum. Im Zweifel für die Freiheit ist unser Credo. Terrorismus und Kriminalität wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekämpfen, ohne Freiheitsrechte unverhältnismäßig

einzuschränken. Wir werden uns allen Bestrebungen entgegenstellen, die den Rechtsstaat unter dem Deckmantel der Terrorismusprävention auszuhöhlen versuchen.

Das neue Sicherheits- und Ordnungsgesetz haben wir in weiten Teilen erfolgreich vor dem Landesverfassungsgericht zu Fall gebracht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Gesetz vollständig evaluieren und reformieren. Den Grundrechten soll umfassend zur Geltung verholfen werden, diskriminierende Bestimmungen wie Zwangstests sind aus dem Gesetz zu streichen. Computer und Telekommunikationsgeräte müssen stärker als bislang vor staatlicher Schnüffelei geschützt werden.

Verfassungsschutz mittelfristig abschaffen

Die Selbstaufdeckung des Terrornetzwerks des NSU lehrt uns: Der Verfassungsschutz als Inlandsgeheimdienst ist demokratisch kaum kontrollierbar. Als ein Relikt des Kalten Krieges wollen wir ihn mittelfristig abschaffen. Die frei werdenden Stellen wollen wir nutzen, um mehr Polizistinnen und Polizisten einstellen zu können und den Landesbeauftragten für Datenschutz zu stärken. Damit stärken wir ernsthaft Sicherheit und Demokratie im Land.

So lange der Verfassungsschutz nicht abgeschafft ist, muss er besser (parlamentarisch) kontrolliert werden. Die Arbeit der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) ist mit einer Novelle des Verfassungsschutzgesetzes transparenter zu gestalten. Ihre Rolle gegenüber der Landesregierung ist zu stärken, denn ansonsten läuft demokratische Kontrolle ins Leere.

Statt Aufklärung zu bekommen, wird mit dem Einsatz von V-Leuten kriminelles Handeln belohnt und werden hunderttausende Euro in die Szenen transferiert. Diese Praxis wollen wir beenden.

Für eine bürgernahe, demokratisch kontrollierte und gut ausgestattete Polizei

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in der Arbeit der Polizei eine zentrale Stütze des demokratischen Rechtsstaats. Bürgerinnen und Bürger wünschen sich gefühlte und tatsächliche Sicherheit. Wir werden deshalb die notwendigen Reformen der sachsen-anhaltischen Polizei konsequent weiterführen. Zur weiteren Verbesserung der Polizeiarbeit im Land erarbeiten wir gemeinsam mit Polizistinnen und Polizisten sowie unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger ein Leitbild Polizei.

Auch bei der Polizei gilt für uns, dass die Zahl der dafür notwendigen Beamtinnen und Beamten sich nicht nach Haushaltslage, sondern nach den ihnen zugewiesenen Aufgaben und der zu erreichenden Qualität bestimmt wird. Wir wollen, dass in allen Regionen des Landes bei Gefahr für Leib und Leben die Polizei spätestens nach 20 Minuten vor Ort ist. Unser Ziel ist, mehr Beamtinnen und Beamte vor Ort mit dem Fahrrad und zu Fuß auf Streife zu schicken, um so den Kontakt von Polizei und Bevölkerung zu verbessern. Angesichts der zu erwartenden Altersabgänge in den kommenden Jahren müssen mehr Polizistinnen und Polizisten ausgebildet und eingestellt werden. Zudem muss die Ausstattung der Polizei verbessert werden. Das gilt besonders für die notwendige technische Aufrüstung im Bereich der Vorgangsbearbeitung vor Ort.

Die Polizei ist als Teil des demokratischen Rechtsstaats selbstverständlich auch Gegenstand von Kontrolle, Kritik und gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Wir wollen die Hinterfragung der Polizei verbessern und transparenter machen, indem die auf Initiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beim Innenministerium eingerichtete Polizeibeschwerdestelle zu einer unabhängigen Behörde mit umfassenden Untersuchungsrechten umgebaut wird. Dabei muss es für Polizistinnen und Polizisten auch möglich sein sich anonym an die Beschwerdestelle zu wenden.

Polizeibeamtinnen und -beamte in Uniform müssen für Bürgerinnen und Bürger ansprechbar sein. Deshalb setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf

eine eindeutige Kennzeichnung durch Namensschilder bzw. eine individuelle Nummernkennzeichnung. Wir werden dies gesetzlich regeln. Insbesondere bei Demonstrationen würde dies das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger erheblich stärken.

Eigenständigkeit der Justiz stärken

Eine unabhängige und effizient arbeitende Justiz ist ein Fundament unseres Rechtsstaates. Sie muss als dritte Gewalt einer Demokratie autonom tätig sein können und jedweder Einmischung widerstehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Eigenständigkeit der Justiz stärken, indem wir die Aufgabenbereiche und Verantwortlichkeiten der Justizbehörden und sonstigen Einrichtungen klarer trennen und parteipolitische Einflussnahme auf die Besetzung von Richterämtern verhindern.

Justiz besser ausstatten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Gerichte und Staatsanwaltschaften besser ausstatten, damit sie ihre Aufgaben effizient, bürgernah und in angemessener Zeit erledigen können. Zahlreiche qualitative Probleme im Betrieb der Haftanstalt Burg-Madel haben gezeigt, dass Public-Private-Partnership-Modelle (PPP) im Bereich der Justiz nichts zu suchen haben. Der Strafvollzug als hoheitliche Aufgabe gehört nicht in private Hand. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die aktuellen PPP-Modelle konsequent überprüfen und keine neuen PPP-Projekte eingehen.

Die Resozialisierung straffällig gewordener Personen ist eine der zentralen Aufgaben des Strafvollzugs. Dafür sind kleinere Anstalten besser geeignet als teure Großgefängnisse. Eine Schließung von Justizvollzugsanstalten halten wir daher für den falschen Weg und setzen auf einen umfassenden Variantenvergleich, bei dem die Standorte unabhängig geprüft werden. Die Justizvollzugsanstalten im Land müssen zudem auch personell so ausgestattet sein, dass sie in der Lage sind ihre Aufgaben vollumfänglich wahrzunehmen. Besonders im Jugendvollzug müssen dafür Therapiemöglichkeiten für die Insassen ausgeweitet werden.

Für eine an den Menschen orientierte Justiz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen außergerichtliche Mittel der Streitbeilegung, wie Schlichtung und Mediation, ausbauen und stärken. Richterinnen und Richter sollen dazu ermutigt werden, sich auf diesen Gebieten weiterzubilden und dort tätig zu werden. Zeugenschutz, Opferschutz und Opferhilfe sind uns zentrale Anliegen. Wir stehen für die Ausweitung von Opferschutzprogrammen und den Ausbau des Netzes von Opferhilfeeinrichtungen. Für Zeuginnen und Zeugen muss der wirksame Schutz ihrer persönlichen Daten vereinfacht und praxisnäher gestaltet werden. Gerade im Bereich der politisch motivierten Kriminalität stellen sich viele Menschen aus Angst nicht als Zeuginnen und Zeugen zur Verfügung.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das gilt auch für aktuelle und ehemalige Strafgefangene und Sicherungsverwahrte. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für die unbedingte Wahrung der Menschenrechte und das Recht auf Resozialisierung für alle ehemaligen Gefangenen ein.

Elektronik ersetzt keine Resozialisierung

Im Jahr 2012 hat Sachsen-Anhalt die Elektronische Aufenthaltsüberwachung (EAÜ), die „Elektronische Fußfessel“, eingeführt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen diese Maßnahmen sehr kritisch und halten sie nur in absoluten Ausnahmefällen für gerechtfertigt. Einer Ausweitung der Anwendungsbereiche stehen wir entgegen. Die „Fußfessel“ verhindert weder Straftaten, noch beugt sie diesen vor. Die Technik ist darüber hinaus ungenau und nicht abschließend manipulationssicher, wie Fälle aus der Praxis zeigen. Statt elektronischer Maßnahmen setzen wir auf gut ausgebildetes Personal, mehr Prävention, eine engmaschige Führungsaufsicht und gute Angebote der Bewährungshilfe.

Schulschwänzer gehören in die Schule, nicht in den Knast

Mehr als die Hälfte aller Jugendlichen, die im Jugendarrest landen, sind Schulschwänzer. Oft liegt das Schulschwänzen, eine Ordnungswidrigkeit, bereits Jahre zurück, wenn die Jugendlichen den Arrest antreten müssen.

Dies macht weder pädagogisch noch aus Sicht der Prävention Sinn. Im Gegenteil, durch den Jugendarrest kommen nicht straffällige Jugendliche oftmals zum ersten Mal in ihrem Leben in Kontakt mit haftähnlichen Bedingungen und möglicherweise auch mit echten Kriminellen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden Schulschwänzen als Ordnungswidrigkeit abschaffen und somit den unsinnigen Jugendarrest als Sanktionsmaßnahme ausschließen. Wir wollen die Ursachen für Schulschwänzen in den Familien und an der Schule durch mehr Prävention und eine Stärkung der Schulsozialarbeit bekämpfen.

Erinnerungskultur entwickeln

In Sachsen-Anhalt befinden sich zahlreiche Orte des Gedenkens an die beispiellosen Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur. Außerdem finden sich Gedenkstätten an die Menschenrechtsverletzungen während der Zeit der sowjetischen Besatzung sowie der SED-Diktatur in der DDR. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Gedenkstätten Räume lebendiger Auseinandersetzung und Orte immer neuer Fragen an die Vergangenheit und des Handelns in der Gegenwart. Wir wollen die Erinnerungskultur entwickeln und unterstützen und insbesondere die Bildungsarbeit an den Gedenkstätten und Orten des Gedenkens fördern. Wir wollen, dass das Land zivilgesellschaftliche Gruppen und Kommunen bei ihrer wichtigen Arbeit unterstützt.

DDR-Vergangenheit aufarbeiten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt stehen insbesondere in der Tradition der Demokratie-, Bürgerrechts- und Umweltbewegung der DDR. Seit unserer Gründung haben wir einen wichtigen Beitrag für die demokratische Öffnung der Gesellschaft, für die Rechte von Minderheiten und die Selbstbestimmung der Menschen geleistet. Der Kampf der Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler zur Überwindung der Machtverhältnisse in der DDR und für Errichtung einer lebendigen Demokratie in unserem Land sind uns Verpflichtung für die Zukunft.

Das Leben in der DDR ist differenziert zu betrachten. Einerseits muss geschehenes Unrecht konsequent aufgearbeitet und Verantwortung individuell benannt werden. Nötig ist eine langfristig gesicherte Erinnerungsarbeit in den Gedenkstätten des Landes, aber auch in den Schulen und gesellschaftlichen Einrichtungen. Dazu gehört auch, dass sich sowohl die Partei Die Linke als auch die ehemaligen Blockparteien ihrer eigenen Geschichte kritischer als bisher in Verantwortung für die gemeinsame Zukunft stellen.

Andererseits ist die individuelle Lebensleistung vieler DDR-Bürgerinnen und -Bürger anzuerkennen. Schließlich geht es um die Würde der Menschen und ihre Selbstachtung sowie um Perspektiven in einem zusammenwachsenden Deutschland. Wir begrüßen es, wenn es möglich ist, dass sich Täterinnen und Täter und Opfer der DDR-Repression begegnen und ihre Geschichte wahrhaftig aufarbeiten. Opfernverbände haben weiterhin unsere Unterstützung. Unser Ziel ist, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, die individuelle Versöhnung ermöglichen. Zur Aufarbeitung gehört auch die Erweiterung des Arbeitsauftrages der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (LStU) um zusätzliche Aspekte systematischen Unrechts in der DDR. Wir wollen für das Thema „DDR-Geschichte“ in den Schulen einen festen Platz sichern und die wissenschaftliche Aufarbeitung der DDR weiter unterstützen.

Europäisch denken und handeln

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind für ein stärkeres Gewicht der Europapolitik in Sachsen-Anhalt, denn wichtige Themen für das Land Sachsen-Anhalt wie Klimaschutz, Bildungs- und Hochschulpolitik, Struktur- und Agrarpolitik werden in Brüssel gestaltet. Wer heute Politik im Land wirksam gestalten will, muss die bestehenden Einflussmöglichkeiten auf europäischer Ebene nutzen. Daher werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die organisatorischen, finanziellen und personellen Voraussetzungen schaffen, damit Sachsen-Anhalt im Konzert der Regionen wahrgenommen

wird. Dazu wollen wir unter anderem die Europäischen Partnerschaften Sachsen-Anhalts stärken bzw. reaktivieren.

Mit der Subsidiaritätsprüfung aus dem Lissabon-Vertrag kann das Land mitbestimmen, was Europa entscheiden soll und darf. Dies eröffnet auch die Möglichkeiten, europäischen Themen in der Landesverwaltung und im Landtag von Sachsen-Anhalt endlich die Bedeutung zu geben, die ihnen zukommt. Gerade im Umweltbereich werden EU-Richtlinien häufig mit großer Verspätung im Land umgesetzt. Eine solche Verwaltungspraxis bringt Sachsen-Anhalt nicht nur einen schlechten Ruf ein, sondern führt zudem noch zu lähmender Rechtsunsicherheit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden dafür sorgen, dass europäisches Recht zeitnah umgesetzt wird. Mit der Europäischen Bürgerinitiative können Bürgerinnen und Bürger Themen in Brüssel direkt auf die Tagesordnung bringen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden dafür sorgen, dass hierüber umfangreich informiert wird, damit diese Rechte auch tatsächlich in Anspruch genommen werden können. Auch die Arbeitsplatz- und Ausbildungs-garantie für junge Europäerinnen und Europäer ist ein wichtiger Impuls für Sachsen-Anhalt.

Viele Kommunen haben europäische oder internationale Partner – seien es Schulen, Städtepartnerschaften oder wissenschaftliche Einrichtungen. Für das Land Sachsen-Anhalt soll diese sog. „kommunale Außenpolitik“ vom Land aktiv unterstützt werden.

Wer GRÜN wählt, ...

- ... stärkt den Kampf gegen Rechts;*
- ... macht Mitmachen möglich;*
- ... verbessert die demokratische Kontrolle der Polizeiarbeit;*
- ... setzt sich für die Abschaffung des Verfassungsschutzes ein;*
- ... sichert eine unabhängige Justiz.*

Stichwortverzeichnis

A	Artenvielfalt	6-8, 25-27
	Abfall	12
	Atomenergie	19, 21
	Agrarpolitik	23-29
	Ausbildungsplatzgarantie	36-37
	Alterssicherung	82, 84-85
	Arbeitsmarktpolitik	56, 86-87
	Antisemitismus	113
B	Biodiversität	6-8, 25-27
	Bodenschutz	5, 27
	Bildungspolitik	1, 30-42, 48-52
	Breitbandausbau	56, 107
	Behinderung, Menschen mit	34-35, 80, 86, 88
C	CCS-Technologie	20-21
	Car-Sharing	66-69
D	Demographischer Wandel	55, 62, 64, 82, 101, 105
	Drogenpolitik	90-91
	Datenschutz	97-98, 109-110, 117
	Denkmalschutz	101
	Demokratie	35, 46, 48, 87, 107-111, 112-119
	DDR	121
E	Elbe/Elbausbau	10
	Erneuerbare Energien	16-19, 40, 54-56
	Energiewende	10-11
	Energieeinsparung	17
	Elektronische Aufenthaltsüberwachung	120
	Europapolitik	122-123
F	Föderalismusreform	41, 64
	Flüchtlingspolitik	43-47, 75, 115
	Familienpolitik	49, 74, 77-78
	Finanzpolitik	62-65
	Frauen	38, 51, 73-81, 90

G	Gentechnik	27, 29, 40
	Gemeinschaftsschule	31-33
	Geschlechtergerechtigkeit	73-81
	Gleichstellung	38, 51, 73-81
	Gesundheitspolitik	89-94
	Grundsicherung	78, 82-83
	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	113
H	Hebammen	90
	Hochwasserschutz	8-10
	Homosexualität	50, 73,77
	Hochschulpolitik	38-41
I	Inklusion	34, 37, 86
	Integration	43, 45, 47, 84, 86
J	Jugendstrafrecht	52
	Jugend	50-52
	Jugendarrest	85
	Justiz	119-121
K	Klimaschutz	2, 8-10, 17-18, 27, 36, 66-67, 104
	Kohlekraft	4, 18, 19-20
	Kinderbetreuung	50, 77-78
	Kinder(politik)	30-35, 48-51
	Kulturpolitik	56-57, 99-103
L	Lärmschutz	14, 66, 70-72
	Luftreinhaltung/saubere Luft	14, 23
	Länderfinanzausgleich	41, 64
	LSBTI*	73-77
M	Massentierhaltung	23-29
	Medienpolitik	110
N	Naturschutz	2, 5-20
	Netzpolitik	107
O	Ökolandbau	28
	ÖPNV	66-67

P	Pflegepolitik	85-88
	Polizei	118
	Pestizide	28-29
R	Rassismus	43, 45, 93, 113
	Regionalwirtschaft	60
	Rechtsextremismus	113
S	Schule/Schulpolitik	31-36
	Schulautonomie	34
	Studiengebühren	39
	Steuerpolitik	64-65
	Sozialpolitik	82-88
	Sportpolitik	93
	Stadtentwicklung	104-106
	Schuldenabbau	63-64
T	Tierschutz	4-12, 23-26, 40
	Tourismus	56-57
	Trans- & Intersexuelle	73-77
U	Umweltschutz	2-3, 4-15, 28, 36, 57, 60, 66-71, 92
V	Verkehrspolitik	66-72
	Verbraucherschutz	95-98
	Verfassungsschutz	117
W	Wasser	9-11
	Wirtschaftspolitik	54-61
	Wissenschaft und Forschung	38-41
	Wohnungspolitik	105-106

Impressum & V.i.S.d.P.

Dieses Landtagswahlprogramm wurde auf dem 34. Landesparteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt am 04.07.2015 beschlossen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt
 Cornelia Lüddemann & Sebastian Lüdecke (Landesvorsitzende)
 Otto-von-Guericke-Str. 65
 39104 Magdeburg
 Telefon: 0391 / 401 55 39
 Telefax: 0391 / 401 55 30
 E-Mail: info@gruene-sachsen-anhalt.de
 Netz: www.gruene-sachsen-anhalt.de